



**DENKWERKSTATT
„POLITIK UND VERTRAUEN“**

REPORT No. 03 | JUNI 2012

**VERTRAUEN
DURCH MEHR
BETEILIGUNG**

**VERTRAUEN
IN EUROPA**

**POLITIK
UND VERTRAUEN**

**FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG**

Forum Berlin

DENKWERKSTATT „POLITIK UND VERTRAUEN“

JUNI 2012

REPORT 03

VERTRAUEN DURCH
MEHR BETEILIGUNG

VERTRAUEN IN EUROPA

DENKWERKSTATT „POLITIK UND VERTRAUEN“

JUNI 2012

- 4 ÜBER DIE DENKWERKSTATT „POLITIK UND VERTRAUEN“**
- 7 VERTRAUEN DURCH MEHR BETEILIGUNG**
- 8 BÜRGERBETEILIGUNG IN DEUTSCHLAND**
DIETER RUCHT
- 16 IMPULSE: ERFAHRUNGEN AUS DER PRAXIS**
HANS HAGEDORN / PAVEL MAYER / FRIEDEMANN WALTHER
- 24 DISKUSSION IN WORKSHOPS – ERGEBNISSE**
ANGELA BORGWARDT
- 30 VERBINDLICHKEIT SCHAFFT VERTRAUEN**
SERGE EMBACHER
- 34 KOMMUNALPOLITIK, PARTIZIPATION UND
VERTRAUEN. EIN KOMMENTAR**
INGO SIEBERT
- 41 VERTRAUEN IN EUROPA**
- 42 EINFÜHRUNG**
HELLA DUNGER-LÖPER
- 44 VERTRAUEN IN DER EUROPÄISCHEN UNION**
DANIELA SCHWARZER
- 52 IMPULSE: ERFAHRUNGEN AUS DER PRAXIS**
GUNTER PLEUGER / SIGRID E. NIKUTTA
- 60 DISKUSSION IN WORKSHOPS – ERGEBNISSE**
ANGELA BORGWARDT
- 66 VERTRAUEN IN EUROPA. EIN KOMMENTAR**
GÖTTRIK WEWER
- 70 WEM GEHÖRT EUROPA? EIN KOMMENTAR**
MARTIN WILHELM
- 73 DIE TEILNEHMER/INNEN DER GESPRÄCHE**
- 74 DIE INITIATOR/INNEN DER DENKWERKSTATT
DIE AUTOR/INNEN DER TEXTE**

ÜBER DIE DENKWERKSTATT „POLITIK UND VERTRAUEN“

FRANZISKA RICHTER

Referentin bei der Friedrich-Ebert-Stiftung

HELLA DUNGER-LÖPER

Staatssekretärin, Bevollmächtigte des Landes Berlin beim Bund,
Europabeauftragte und Beauftragte für Bürgerschaftliches Engagement

GUNNAR GRÄF

Unternehmer und Professor an der ESCP Europe, Paris

Vertrauen gilt als eine unverzichtbare Basis für gesellschaftliches Zusammenleben und politisches Handeln. Doch zunehmend sinkt das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik und die demokratischen Institutionen. Dabei sind die Gewinnung und der Erhalt von Vertrauen gerade in Zeiten schwindender politischer Bindungen und wachsender sozialer Unsicherheiten ein zentrales Thema für die Politik. Gelingt es ihr nicht, dieses Thema positiv zu gestalten, wächst Politikverdrossenheit und der gesellschaftliche Zusammenhalt geht verloren.

Was bedeutet Vertrauen in unserer Gesellschaft und wie kann eine Vertrauenskultur gestärkt werden?

Diesen Fragen widmet sich unsere Denkwerkstatt, die dazu dienen soll, das Denken in neue Richtungen zu lenken und alte Pfade zu verlassen. Zur Verknüpfung neuer Gedanken, Bereiche und Netzwerke haben wir Akteure aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, traditionellen und neuen Medien, Zivilgesellschaft, Kunst und Kultur eingeladen, um miteinander – auch kontrovers – zu diskutieren und gemeinsam (weiter) zu denken.

Die vielfältigen Perspektiven der Teilnehmer/innen ermöglichen auch Antworten auf die Frage, ob und was die Politik von anderen gesellschaftlichen Bereichen in Bezug auf Vertrauensbildung lernen kann. So lohnt zum Beispiel der Blick auf die Methodik des Trustmanagements in Unternehmen oder das sogenannte Web of Trust im Internet: Gibt es dort Vertrauensbeziehungen und wie sind sie ausgestaltet? Kann die Politik aus solchen Modellen und Prinzipien Erkenntnisse gewinnen?

In den bisherigen Werkstattgesprächen, deren Gastgeber das Projekt „Gesellschaftliche Integration“ der Friedrich-Ebert-Stiftung ist, wurden wichtige Aspekte zum Thema Vertrauen diskutiert: die Rolle von Vertrauen in der Politik, in der Wirtschaft und in Netzwerken; Transparenz und Vertrauen sowie Authentizität und Führung; der Zusammenhang von Vertrauen und Beteiligung; Vertrauen in und zu Europa. Bei den Diskussionen waren wir immer wieder überrascht, wie stark und in welchen Facetten Vertrauen den Wandel von Gesellschaft und Organisationen prägt.

Vor diesem Hintergrund erscheint es uns umso wichtiger, weiterhin eine Plattform des offenen Austausches und gegenseitiger Anregungen zu bieten, um gemeinsam Handlungsempfehlungen zur Stärkung von Vertrauen zu erarbeiten und Leitlinien („code of conduct“) für politische Entscheidungsträger/innen zu entwickeln.

Für unsere Denkwerkstatt haben wir ein spezielles Logo entwickelt: das Bild einer Pyramide, die sich aus vielen Personen zusammensetzt. Es symbolisiert für uns die Prozesse, die zur Stärkung einer Vertrauenskultur unabdingbar sind: sich aufeinander verlassen, sich gegenseitig vertrauen und aufeinander stützen können, um gemeinsam ein großes Ganzes aufzubauen bzw. zu erreichen.

Die Vorträge und die wesentlichen Ergebnisse der Workshops werden regelmäßig in den Werkstattreports publiziert, ergänzt durch Impulse und Kommentare von Werkstattteilnehmer/innen.

Der vorliegende Report 03 dokumentiert die Vorträge und Diskussionsergebnisse des 4. Werkstattgesprächs zum Thema „Vertrauen durch mehr Beteiligung“ und des 5. Werkstattgesprächs, das den Auftakt unserer neuen thematischen Reihe „Vertrauen in Europa“ darstellt.

Wir wünschen viel Freude und interessante Einsichten bei der Lektüre!



BÜRGER- BETEILIGUNG IN DEUTSCHLAND: ERFAHRUNGEN UND HERAUS- FORDERUNGEN AM BEISPIEL VON STUTTGART 21

DIETER RUCHT

Ko-Leiter der ehemaligen Forschungsgruppe Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in Europa am Wissenschaftszentrum Berlin

BÜRGERPROTESTE

DIE BETEILIGUNGS- VERFAHREN BEI DER UMSETZUNG VON GROSSPROJEKTEN MÜSSEN REFORMIERT WERDEN.

In meinem Vortrag möchte ich am Beispiel des Verkehrs- und Städtebauprojekts Stuttgart 21 (S 21) zeigen, welche Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung gemacht wurden, insbesondere aufseiten der Protestierenden. Ausgehend von diesem konkreten Fall sollen am Ende einige verallgemeinernde Schlüsse gezogen werden, wobei ich dabei nicht nur das Stuttgarter Bahnprojekt, sondern viele andere Großprojekte im Blick habe.

Ich beginne mit einem empirischen Befund: Seit einigen Jahren zeichnet sich in der Gesamtbevölkerung ein Vertrauensverlust in die etablierte Politik ab. Es gibt viele, häufig punktuelle Umfragen, die dieses Phänomen bestätigen und zum Teil erschreckende Zahlen liefern. Im Fall Stuttgart 21 kann man feststellen, dass die Protestierenden im Vergleich zum Durchschnitt der Gesamtbevölkerung ein extrem geringes Vertrauen in die politisch Verantwortlichen haben – sie sind unzufrieden mit dem politischen Geschäft und dem politischen Personal. Dies war ein Ergebnis einer Befragung von Protestierenden, die an der Montagsdemonstration am 18. Oktober 2010 im Stuttgarter Schlossgarten teilgenommen haben.¹

HINTERGRÜNDE DES PROJEKTS S 21

Über das Projekt S 21 ist viel geschrieben worden. Auf die Details des Planungsverfahrens kann ich an dieser Stelle nicht eingehen. Die Idee zu S 21 entstand etwa 1993 bei den Verantwortlichen der damaligen Deutschen Bundesbahn. Die Bahn sollte längerfristig an die Börse gehen. Dafür musste das Unternehmen profitabel gemacht werden. Ein Mittel dazu bestand darin, von der Bahn genutzte Innenstadtfächen frei zu bekommen, um diese dann teuer verkaufen zu können. Entsprechend sollten unterirdische Durchgangsbahnhöfe die bestehenden oberirdischen Kopfbahnhöfe ersetzen. Diese Pläne betrafen nicht nur Stuttgart, sondern waren auch für andere Städte angedacht, zum Beispiel für München, Frankfurt und Mannheim. Am Ende war Stuttgart 21, abgesehen von dem sehr speziellen Vorhaben in Lindau, das einzig verbliebene Projekt dieser Art der Bahnhofsumgestaltung.

In Kürze wird per Volksabstimmung in Baden-Württemberg über den möglichen Ausstieg des Landes aus der Finanzierung des Projekts entschieden. Diese Abstimmung wird für die Gegnerinnen und Gegner des Projekts vermutlich negativ ausgehen. Nicht, weil deren Argumente so schwach wären, sondern weil die Hürden für Volksentscheide nirgends so hoch sind wie in Baden-Württemberg und im Saarland. Die Regelungen zur Volksabstimmung sind hier im Grunde Verhinderungsinstrumente für Volksentscheide. Denn um einen Erfolg zu erringen, muss sich nicht nur die Mehrheit der Abstimmenden, sondern ein Drittel aller Wahlberechtigten für die Vorlage aussprechen.² Insofern begünstigt diese Regelung diejenigen, die am Status quo festhalten. Sie können mögliche Änderungen dadurch zu Fall bringen, dass sie nicht am Volksentscheid teilnehmen. Diese Regelung ist bemerkenswert, sind doch nicht nur in der Schweiz, sondern auch in Bayern keinerlei Quoren vorgesehen. Dort entscheiden nach Überwindung der ersten Hürden allein diejenigen, die an der Abstimmung teilnehmen und insoweit ihr Interesse an der anhängigen Entscheidung bekunden.

¹ Diese Umfrage des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) wurde von Dieter Rucht, Britta Baumgarten, Simon Teune und Wolfgang Stuppert durchgeführt. Am 18. Oktober 2010 wurden bei der Kundgebung gegen Stuttgart 21 im Schlossgarten 1.500 Fragebogen nach dem Zufallsprinzip an Demonstrierende verteilt. Diese Fragebogen wurden zu Hause ausgefüllt, zurückgeschickt und von der Forschergruppe ausgewertet. Mehr als 800 Personen beantworteten die Fragen (54 Prozent Rücklaufquote). Zu den Ergebnissen vgl. http://www.wzb.eu/sites/default/files/projekte/stgt_21_kurzbericht_2010.pdf (15.02.2012).

² Bei der Volksabstimmung am 27. November 2011 lehnte die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg einen Ausstieg des Landes aus dem Projekt ab (58,8 Prozent Nein-Stimmen, 41,1 Prozent Ja-Stimmen). Von rund 7,6 Millionen Stimmberechtigten hatten 3,68 Millionen ihre Stimme abgegeben (Beteiligung von 48,3 Prozent). Damit hatten die Projektgegner das Quorum von einem Drittel der Stimmberechtigten um etwa eine Million Stimmen verfehlt. Vgl. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, http://www.lpb-bw.de/volksabstimmung_stuttgart21.html (30.01.2012).



VERTRAUEN IN POLITIK UND DEMOKRATIE?

Die Gegnerinnen und Gegner des Projekts werden oft mit dem Vorwurf konfrontiert, demokratische Entscheidungen nicht akzeptieren zu wollen oder grundsätzlich Antidemokraten zu sein. Nach den Ergebnissen unserer Befragung kann man das zurückweisen. Bei über 90 Prozent der Demonstrierenden war eine hohe Akzeptanz für die demokratischen Grundwerte und die demokratische Grundordnung festzustellen. Das sind –

Geringes Vertrauen der Protestierenden in die „politische Klasse“

gemessen an der Gesamtbevölkerung – überdurchschnittlich viele. Auch zeigt sich eine überdurchschnittlich hohe Wahlbeteiligung bei den Protestierenden. Sie sind zwar vom etablierten Politikbetrieb frustriert, klinken sich aber nicht aus der Politik aus. Im Vergleich zum Durchschnitt der Baden-Württemberger haben sie sich zudem zu einem höheren Anteil an den vergangenen Landtagswahlen beteiligt. Und sie wollen sich auch in einem höheren Maße an den nächsten Wahlen beteiligen. Das widerspricht dem gängigen Vorurteil, bei den Gegnerinnen und Gegnern des Projekts handele sich um Menschen, die sich von der etablierten Politik völlig abgewandt hätten und nun ihr Heil nur noch im Protestieren suchten.

Deutlich wurde jedoch eine massive Unzufriedenheit der Protestierenden mit der konkreten Ausgestaltung von Politik und dem Verhalten der „politischen Klasse“, wie es mit negativem Unterton heißt. Das Vertrauen in die Politikerinnen und Politiker ist bei den Demonstrierenden insgesamt gering.

Über 90 Prozent der Befragten können sich vorstellen, sich an einer Aktion zivilen Ungehorsams zu beteiligen. Das ist ein sensationelles Ergebnis, doch müsste man wissen, was die Befragten unter zivilem Ungehorsam verstehen. Folgt man der Tradition von Mahatma Gandhi oder Martin Luther King, so ist ziviler Ungehorsam an strenge Voraussetzungen gebunden. Es gibt aber auch einen sehr lockeren Gebrauch dieses Begriffs, etwa in dem Sinne: Immer, wenn ich mich querstelle, dann ist es „ziviler Ungehorsam“. Diese leichtfertige Rede wäre eine eigene Kritik wert, die an dieser Stelle nicht ausgeführt werden kann.

MOTIVATION DER PROTESTIERENDEN

Immer wieder wurde in der Öffentlichkeit gefragt, warum die Bürgerinnen und Bürger in Stuttgart so spät aufgewacht seien, warum die Proteste erst Jahre nach der Entscheidung begonnen hätten.

Richtig ist, dass die Massenproteste erst relativ spät eingesetzt haben: nämlich im Frühjahr 2010. Falsch ist jedoch die Behauptung, es habe davor keinen oder wenig Protest gegeben. Dazu nur einige Stichworte: Kurz nach der öffentlichen Bekanntgabe des Projekts wurde schon eine erste Unterschriftensammlung gegen das Vorhaben durchgeführt. Hinzuweisen ist zudem auf Einwendungen im Genehmigungsverfahren sowie Klagen bei Verwaltungsgerichten. Zudem wurde im Herbst 2007 ein lokales Bürgerbegehren zu Stuttgart 21 in Gang gesetzt, für das sich 67.000 Menschen per Unterschrift einsetzten. Eine Befassung mit dem Bürgerbegehren wurde allerdings im Gemeinderat mit der formalen und juristisch korrekten Begründung abgelehnt, das Begehren würde sich gegen bereits bestehende Verträge richten. Allerdings hatte Oberbürgermeister Wolfgang Schuster zum Zeitpunkt dieses anstehenden Bürgerbegehrens in der ersten Stufe relativ hastig seine Unterschrift unter einen Vertrag gesetzt, während die übrigen Projektpartner erst ein Jahr danach oder noch später unterschrieben haben. Er hat damit Fakten geschaffen, die dieses Bürgerbegehren faktisch ausgehebelt haben.

Bei unserer Erhebung haben wir die Stuttgarter Protestierenden gefragt, welches Ereignis sie erstmalig dazu veranlasst hat, sich gegen S 21 zu engagieren. Am wichtigsten war demnach das eben erwähnte Bürgerbegehren. Für fast ein Drittel der Befragten war die Ablehnung des Bürgerentscheids der entscheidende Impuls, sich gegen S 21 zu engagieren. Ein großer Teil der Protestierenden gegen S 21, die 2010 öffentlich in Erscheinung traten, war also bereits spätestens seit 2007 gegen das Projekt aktiv. Es gab aber auch noch andere Ereignisse, die schon früher zum Protest veranlasst haben.

Im Prinzip haben die Bürgerinnen und Bürger alle verfügbaren institutionellen Mittel genutzt, um sich gegen Stuttgart 21 zu wenden. Dazu gehören Unterschriftensammlungen, Einsprüche im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens, Klagen vor Verwaltungsgerichten und die Bildung neuer politischer Gruppen, die in den Gemeinderat einziehen konnten.

Was hat die Menschen angetrieben, gegen S 21 zu protestieren? Gängig war der Vorwurf, ein großer Teil der Protestierenden in Stuttgart befürchte konkrete Nachteile für sich selbst, etwa durch den Baulärm oder eine Verstopfung der Innenstadt rund um den Bahnhof. Diese Gründe würden von ihnen allerdings wohlweislich verschwiegen, um nicht als Egoisten dazustehen. Doch nur relativ wenige der Protestierenden wohnen in Bahnhofsnähe. Und auch der Kreis derer, die aufgrund von Untertunnelungen Schäden an ihren Wohnungen und Häusern befürchten, ist weitaus kleiner als die Zahl der Protestierenden. Das lässt den Rückschluss zu, dass die bekannte „St.-Florians-Politik“ – die es ja durchaus gibt, nach dem Motto: Ihr könnt die Müllverbrennungsanlage oder die Windmühle gerne bauen, aber nicht in meiner Nähe – im Fall Stuttgart kein treibendes Motiv zu sein scheint.

Es stehen also andere Gründe gegen das Projekt im Vordergrund. Dazu gehört erstens der Sachverhalt, dass die Nachteile des Projekts nicht frühzeitig und umfassend offengelegt wurden. Vielmehr mussten sie erst von den Gegnerinnen und Gegnern des Projekts herausgearbeitet werden, zum Teil auch durch die Veröffentlichung von skeptischen Gutachten, die der Öffentlichkeit vorenthalten wurden. Sachliche Einwände der Projektgegner, so jedenfalls deren Wahrnehmung, wurden nicht ernst genommen.

Zweitens gibt es Annahmen und Spekulationen über einen Interessensfilz, zum Beispiel zwischen einer Stiftung, die sich schon im Vorfeld für die Grundstückserschließung der anfallenden Freiflächen interessiert hat und in deren Stiftungsrat unter anderem auch Politikerinnen und Politiker saßen – wie zuletzt Tanja Gönner.³ Hier lag der Verdacht nahe, dass wirtschaftliche und politische Interessen beim Projekt S 21 auf das Engste verknüpft sind.

Drittens ist bei den Protestierenden eine wachsende Skepsis gegenüber einem bestimmten Fortschrittsverständnis festzustellen, die zum Beispiel die Frage provozierte: Ist es denn so wichtig, von Stuttgart aus 15 oder 20 Minuten früher in Ulm zu sein? Tut es denn der alte Kopfbahnhof – wenn man ihn erneuern und modernisieren würde – nicht genauso wie der deutlich teurere und mit gravierenden Folgekosten verbundene Durchgangsbahnhof? Besonders beim Schlichtungsverfahren kam dieses zentrale Argument gegen S 21 klar zur Sprache.

³ Die CDU-Politikerin Tanja Gönner war von 2005 bis 2011 Umweltministerin und 2010/2011 zusätzlich Verkehrsministerin des Landes Baden-Württemberg. Gönner war Befürworterin des Projekts Stuttgart 21 und zugleich im Beirat der Stiftung „Lebendige Stadt“ des Projektentwicklers ECE, der ein Einkaufszentrum auf einem Bahngelände in Stuttgart geplant hatte. Nach öffentlicher Kritik bzw. dem Vorwurf eines Interessenkonflikts ließ Gönner ihre Mitgliedschaft im Beirat der Stiftung ruhen.



Die Gegnerinnen und Gegner des Projekts machten deutlich, dass es eine andere Option gibt und dass sie nicht nur „Nein-Sager“ sind, sondern ein Alternativprojekt vorschlagen, nämlich einen modernisierten Kopfbahnhof (K21), der leistungsfähiger sein könnte als das neue Projekt.

Bei unserer Erhebung haben wir gefragt, welche Argumente gegen S 21 unter den Demonstrierenden dominieren (die Befragten konnten jeweils drei Argumente nennen). Ganz oben stehen die hohen Kosten des Projekts, gefolgt von der Aussage, dass vor allem die Banken und Baukonzerne dabei profitieren würden. Noch bedeutsamer scheinen aber die insgesamt an dritter und vierter Stelle rangierenden Argumente, die mit der Demokratiefrage zu tun haben: Kritisiert werden Demokratiedefizite bei der Planung und beim Umgang mit den Kritikerinnen und Kritikern von S 21. Fasst man die Nennungen dieser beiden Punkte zusammen, so ergibt sich als häufigster Einwand: Die Protestierenden sind nicht nur mit der Art des Projekts und dessen Nachteilen massiv unzufrieden, sondern insbesondere mit der Art und Weise, wie mit ihnen umgegangen wurde. Obgleich formale Einspruchsmöglichkeiten bestanden hatten, fühlten sich die Gegnerinnen und Gegner des Projekts am Ende doch real von den Entscheidungsprozessen ausgeschlossen oder an den Rand gedrängt. So wäre im Einzelnen zu erörtern, wie die Anhörung im Planfeststellungsverfahren abgelaufen ist und ob dabei überhaupt Chancen bestanden haben, die vorgebrachten Einwände zu würdigen.

Unzufriedenheit über den Umgang mit Kritik

WAS LIEF BEI DEN BETEILIGUNGSVERFAHREN SCHIEF?

In Stichpunkten kann gesagt werden: Es wurden nie öffentlich Planungsalternativen erwogen, auch nicht in der Frühphase des Projekts. So wurde zum Beispiel nicht danach gefragt, was es kosten würde und welche sonstigen Vor- und Nachteile sich ergäben, wenn man den bestehenden Bahnhof beibehalten und modernisieren würde. Erst eine solche Kalkulation hätte einen sachlich fundierten Abwägungsprozess zwischen zwei grundlegenden Optionen ermöglicht. Stattdessen wurden jahrelang nur die Vorteile von S 21 benannt.

Eine zentrale Rolle spielten dabei die beiden regionalen Zeitungen. Die Redakteure, die mit dem Thema intensiv befasst waren, sind zwar der Auffassung, sie hätten ihre Leserinnen und Leser umfassend informiert, hätten immer wieder Pro und Contra aufgelistet und auch Kritikerinnen und Kritiker des Projekts, zum Beispiel in Leserbriefen, ausführlich zu Wort kommen lassen. Das trifft vor allem für die späteren Phasen des Konflikts durchaus zu. Betrachtet man jedoch die redaktionelle Linie der Zeitungen anhand ihrer Kommentare und Leitartikel, dann gab es beispielsweise bei den Stuttgarter Nachrichten seit Bekanntgabe des Projekts S 21 keinen einzigen kritischen Kommentar, sondern nur entschiedene Unterstützung.

Der bereits erwähnte Vorwurf an die Gegnerinnen und Gegner des Projekts, diese wären erst nach Abschluss aller Verfahren aufgewacht, um nun zu protestieren, trifft nur auf einen Teil von ihnen zu. Vor allem aber widerspricht dieser Vorwurf der ebenfalls von Befürworterseite erhobenen Kritik, das ganze Verfahren habe deshalb so lange gedauert, weil die Menschen immer wieder protestiert haben. Zwar sind kleinere Verzögerungen auf den Protest zurückzuführen. Andere Verzögerungen gehen aber auf das Konto der Befürworterinnen und Befürworter des Projekts. So hatte Bahnchef Johannes Ludewig im Jahr 1999 dem Projekt S 21 eine Absage erteilt. Erst durch seinen Nachfolger Hartmut Mehdorn wurde das Projekt wieder aufgegriffen.

Dieses Hin und Her hat bei vielen Stuttgarter Bürgerinnen und Bürgern zunächst zu einer abwartenden Haltung geführt: Wer weiß, ob das Projekt wirklich in Gang kommt?

Diese abwartende Haltung wurde auch durch die Frage der zu erwartenden Projektkosten und die lange offene Aufschlüsselung der Finanzierungsanteile begünstigt. Wie bei vielen anderen Großprojekten haben sich die Kostenschätzungen der Träger von S 21 immer weiter erhöht, was bei manchen Gegnerinnen und Gegnern des Projekts die Hoffnung nährte, am Ende würde S 21 aus finanziellen Gründen scheitern. Für heftige Kritik sorgte zudem der Umstand, dass in bestimmten

Phasen der Planung offiziell an einer veralteten Kostenplanung festgehalten wurde und auf dieser Basis Verträge geschlossen wurden, obgleich intern das Wissen um erhebliche Verteuerungen bereits vorhanden war. Einen unwürdigen Höhepunkt solcher Vorgänge lieferte der damalige Ministerpräsident Günther Oettinger, der die erhöhten internen Kostenschätzungen in einem

Aktenvermerk als nach außen „schwer kommunizierbar“ einstufte und sich damit an der Täuschung der Öffentlichkeit beteiligte.

Schließlich sorgte der – um es vorsichtig auszudrücken – unverhältnismäßige Polizeieinsatz vom 30. September 2010 für eine weitere Verbitterung der Protestierenden und für den Zuspruch und Zulauf neuer Unterstützerinnen und Unterstützer. Für viele war unfassbar, was sich an diesem Tag abgespielt hatte.

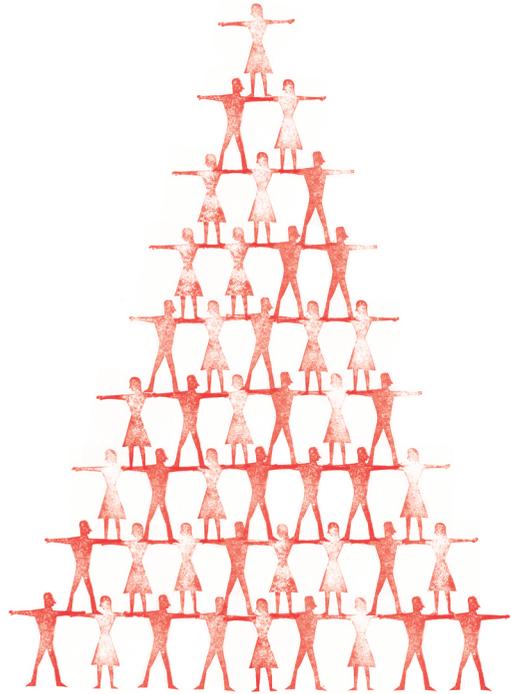
Nicht nur die vorausgegangenen Schritte der Durchsetzung des Projekts, sondern auch das eine neue Offenheit versprechende Schlichtungsverfahren zum Konflikt um S 21 sind als Vorbild für gelungene Bürgerbeteiligung nicht geeignet. Zum einen erfolgte die Schlichtung, wie auch von Heiner Geißler betont, viel zu spät. Sie war auch in ihrem Status unklar. Zunächst war von einem „Faktencheck“ die Rede. Am Ende des Verfahrens hatte sich Geißler praktisch selbst ermächtigt und einen „Schlichterspruch“ vorgelegt, der nichts mehr mit einem Faktencheck zu tun hatte. Merkwürdig waren zudem die Umstände, unter denen Geißler den Beteiligten ihre Zustimmung abgerungen hatte, nämlich im Rahmen einer hektischen Pendeldiplomatie am Tag der Bekanntgabe des Schlichterspruchs. Stundenlang eilte Geißler zwischen Befürwortern und Gegnern hin und her, während sich die Spannung der wartenden Journalistinnen und Journalisten immer weiter erhöhte. Die Konfliktparteien hatten nicht die Zeit, den vorgelegten Text in Ruhe zu lesen, zu diskutieren und zu überschlagen, um dann eine wohl überlegte Position zu beziehen. Das erklärt auch die anfänglichen Fehleinschätzungen eines Teils der Gegnerinnen und Gegner des Projekts, noch sei alles offen und es gäbe derzeit weder Gewinner noch Verlierer.

FEHLER BEI DER UMSETZUNG VON GROSSPROJEKTEN

Meine letzten Bemerkungen gehen über den Fall S 21 hinaus. Dieser Streit eignet sich in mancher Hinsicht als ein Lehrstück und ist auch als Bezugspunkt für vergleichende Betrachtungen von besonderem Interesse. Welche typischen Fehler sind bei der Planung und Verwirklichung von Großprojekten festzustellen? In Stichworten:

- Es gibt keine frühzeitige, umfassende und transparente Information über das Vorhaben.
- Planungsalternativen grundsätzlicher Art werden nicht öffentlich erwogen oder erst in späteren Phasen ins Spiel gebracht, dann in der Regel von Kritikerinnen und Kritikern des Projekts.





Verfahren der Pseudobeteiligung

- Die Nachteile des Projekts werden verschwiegen oder kleingeredet.
- Die Kritikerinnen und Kritiker werden sehr häufig diskreditiert. Das gilt zum Beispiel auch für die Anfänge der öffentlichen Debatte um Atomenergie.
- Die Kosten werden notorisch – und oft auch bewusst – unterschätzt, um das Projekt in Gang bringen zu können, wohl wissend, dass es ab einem bestimmten Stadium unabhängig von der Kostenfrage kein Zurück mehr geben wird.
- In diesem Sinne werden auch frühzeitig Fakten geschaffen, etwa indem bei bestimmten Bauabschnitten sehr schnell vorangegangen wird, um einen Stopp des Projekts zu erschweren.
 - Die gesetzlich vorgeschriebenen Anhörungen in Planfeststellungsverfahren sind Verfahren der Pseudobeteiligung und gewährleisten keine Ergebnisoffenheit. Nach Anhörung der Stellungnahmen erfolgt regelmäßig eine Entscheidung zugunsten des jeweiligen Projekts.
 - Außerrechtliche Verfahren der Bürgerbeteiligung, die durchaus sinnvoll sein können (z. B. Runde Tische oder Mediationsverfahren), werden selten und oft erst spät genutzt.

WIE SOLLTEN GROSSPROJEKTE MIT BÜRGERBETEILIGUNG UMGESETZT WERDEN?

Aus den aufgelisteten Fehlern und Versäumnissen kann im Umkehrschluss Folgendes abgeleitet werden:

- Man muss frühzeitig und möglichst vollständig informieren: zunächst über das Projekt, wie es von den Antragstellern oder Betreibern angedacht ist.
- Man muss aber auch, und das könnte durchaus in der Verantwortung der Betreiberseite liegen, über alternative Planungen diskutieren. Man kann ja sagen: Wir haben alles mitbedacht und

Man muss alle Betroffenen rechtzeitig beteiligen.

besprochen, um am Ende das Projekt A zu befürworten. Aber es sollte der Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden, dass auch ein Projekt B oder ein Projekt C möglich ist und aus diesen oder jenen Gründen verworfen wurde.

- Es sollten keine frühzeitigen Fakten geschaffen werden, um damit den Druck zur Durchsetzung des Projekts zu erhöhen.
- Man sollte das Planfeststellungsverfahren reformieren und diskursiver gestalten. Entscheidungen der Behörde müssen eine Auseinandersetzung mit Gegenargumenten erkennen lassen.
- Mediationsverfahren sollten dann eingeschaltet werden, wenn zu erwarten ist, dass sich die Situation stark polarisiert oder dass es zu einer Blockade kommt, sei es auf politischer oder auf außerparlamentarischer Ebene. Im Verfahren selbst sollte man die Grundsatzfragen von den Detailfragen möglichst trennen. Das war eine Schwäche des Schlichtungsverfahrens bei S 21, wo es zum Teil sehr stark um Details ging (z. B. die Neigungswinkel der Gleise), die zu Lasten von grundsätzlichen Fragen behandelt wurden. Man könnte zum Beispiel bestimmte technische Einzelheiten auslagern und hätte dadurch mehr Zeit und Ruhe für Grundsatzfragen.
- Man muss alle Betroffenen rechtzeitig beteiligen, etwa durch Bürgerforen, Runde Tische, Mediationsverfahren, Planungszellen.
- Bürger- bzw. Volksentscheide können in festgefahrenen Situationen eine definitive Konfliktlösung bedeuten. Dabei sollte, sofern die Eingangshürden passiert sind, die Mehrheit derjenigen entscheiden, die an der Abstimmung teilnehmen. In diesem letzten Stadium ist kein Quorum angebracht.



IMPULSE: ERFAHRUNGEN AUS DER PRAXIS

BÜRGERFORUM 2011

HANS HAGEDORN

Geschäftsführer der DEMOS Gesellschaft für E-Partizipation mbH

PIRATENPARTEI

PAVEL MAYER

Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, Vorstandsmitglied der Piratenpartei

BÜRGERSTIFTUNG NEUKÖLLN

FRIEDEMANN WALTHER

Vorstandsvorsitzender der Bürgerstiftung Neukölln

BÜRGERFORUM 2011

HANS HAGEDORN

Am Anfang des Projekts BürgerForum 2011 stand die Frage: Was passiert eigentlich, wenn wir sehr viele Bürgerinnen und Bürger danach fragen, wie gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland gefördert werden kann? Und dies nicht einfach in einer demoskopischen Umfrage, sondern in einem Verfahren, bei dem die Teilnehmerinnen und Teilnehmer drei Monate Zeit haben, sich intensiv mit dem Sachverhalt zu beschäftigen und vor allen Dingen sehr vielfältig zusammengesetzt sind.

· BUNDESWEITES BÜRGERBETEILIGUNGSPROJEKT ZUM THEMA „GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT“

· ENTSTANDEN AUF INITIATIVE DES BUNDESPRÄSIDENTEN CHRISTIAN WULFF, GEMEINSAM MIT BERTELSMANN STIFTUNG UND HEINZ NIXDORF STIFTUNG

· MOTTO: „ZUKUNFT BRAUCHT ZUSAMMENHALT. VIELFALT SCHAFFT CHANCEN“

· KONZEPT: 10.000 BÜRGERINNEN UND BÜRGER ERARBEITEN REFORMVORSCHLÄGE ZU SECHS VORGEgebenEN THEMENFELDERN (BILDUNG, INTEGRATION, DEMOGRAFIE, DEMOKRATIE UND BETEILIGUNG, FAMILIÄRE LEBENSFORMEN, SOLIDARITÄT UND GERECHTIGKEIT).

· IN 25 STÄDTEN UND LANDKREISEN KONNTEN JEWEILS BIS ZU 400 BÜRGERINNEN UND BÜRGER BEI VERANSTALTUNGEN VOR ORT UND AUF EINER INTERAKTIVEN INTERNETPLATTFORM „BÜRGERPROGRAMME“ GEMEINSAM DISKUTIEREN UND IDEEN ENTWICKELN, WIE DER ZUSAMMENHALT DER GESELLSCHAFT GESTÄRKT BZW. DAS ZUSAMMENLEBEN IN EINER IMMER VIELFÄLTIGER WERDENDEN GESELLSCHAFT KÜNFTIG GESTALTET WERDEN KANN.

· AUS 600 ERSTEN LÖSUNGSEIDEN WURDEN IN EINER ABFOLGE VON DISKUSSIONEN UND ABSTIMMUNGEN DIE SECHS „ÜBERZEUGENDSTEN VORSCHLÄGE“ GEMEINSAM ONLINE AUSGEARBEITET UND DEM BUNDESPRÄSIDENTEN AM „TAG DER DEMOKRATIE“ IN BONN AM 28. MAI 2011 ÜBERREICHT.

Siehe dazu: <http://bund.buergerforum2011.de>, <http://bund.buergerforum2011.de> (Vorstellung und Evaluation des Projekts), http://www.buergerforum2011.de/site/downloads/bp_bund/BF2011_BuergerProgramm.pdf, http://www.buergerforum2011.de/site/downloads/bp_bund/BF2011_BuergerProgramm.pdf (Sechs Vorschläge für die Politik).



Um diesen Prozess zu organisieren, haben wir eine kombinierte Methode angewandt: Es wurden Veranstaltungen in 25 verschiedenen Regionen Deutschlands durchgeführt, wo sich jeweils etwa 400 Leute vor Ort trafen und die Themen festlegten. Die Hauptarbeit lief dann aber online, wo sich viele Tausend Bürgerinnen und Bürger in Ausschüssen zusammenfanden und die konkreten Texte erarbeiteten – so entstanden politische Forderungen, über die man sich auch mal zoffen konnte. Wir mussten ganz eigene Verfahren entwickeln, um zu erreichen, dass so viele Leute mit einem asynchronen Werkzeug zu gemeinsamen Ergebnissen kommen. Im Umsetzungsprozess gab es natürlich viele Baustellen. Drei davon würde ich gerne heute mit Ihnen in einem Workshop besprechen:

- Erstens: Wie schafft man es, Tausende von Teilnehmerinnen und Teilnehmern einzuladen, die ein vielfältiges Bild der Gesellschaft widerspiegeln, ohne sich dabei finanziell zu ruinieren? Das war eine große Baustelle, an der wir lange arbeiten mussten.
- Zweitens: Wie koordiniert man diese Teilnehmerinnen und Teilnehmer, dass sie nicht nur zum „Wutbürger“ werden, sondern sehr konstruktiv zusammenarbeiten und Vorschläge gemeinsam erarbeiten können?
- Drittens: Wie können die Ergebnisse anschlussfähig gemacht werden? Anschlussfähig im ehrlichen Sinne, dass also alle Seiten etwas davon haben und nicht nur eine Showveranstaltung am Schluss stattfindet, wo gesagt wird: Es war sehr angenehm, aber nun gehen wir wieder zur Tagesordnung über. Entscheidend ist vielmehr: Wie kann man erreichen, dass es in den verschiedenen Arbeitsbereichen für jeden einzelnen Beteiligten bis hin zum Bundespräsidenten sinnvoll war, an diesem Projekt teilgenommen zu haben?

Das ist keinesfalls eine vollständige Liste aller Baustellen dieser Beteiligungsform. Wir könnten diese nun in der Gruppe weiter vervollständigen und dabei auch über Fragen der Transparenz sprechen. Auch andere Fragen wären wichtig: Wofür ist ein solcher Prozess eigentlich da? Und welche Ziele werden damit verfolgt?

PIRATENPARTEI

PAVEL MAYER

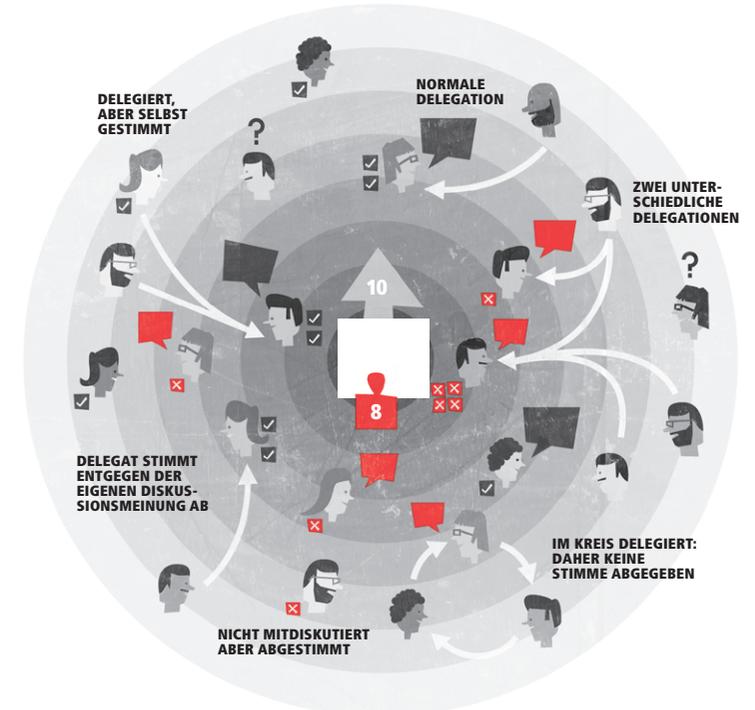
Zu Beginn möchte ich ein paar Worte zur Entwicklung der Partei sagen: 2009 sind innerhalb von zwei Monaten zehnmals so viele Mitglieder in die Piratenpartei „geschwappt“, wie ursprünglich da waren. Damals haben sich die Zahlen in Berlin von etwa 60 Mitglieder auf 800 bis 900 Mitglieder erhöht, bundesweit von etwa 1.000 auf 12.000 Mitglieder. 95 Prozent davon waren zuvor nie in irgendeiner politischen Partei aktiv gewesen. In der Piratenpartei fand sich also plötzlich ein Ausschnitt der Gesellschaft zusammen, der erst einmal herausfinden musste, wie man eigentlich eine politische Partei aufbaut und wie Parteipolitik funktioniert. Eine wichtige Frage war zum Beispiel: Wie einigt man sich auf irgendetwas? Und das alles unter der Bedingung, kaum Geld zur Verfügung zu haben. Die meisten Mitglieder haben sich vorher auch überhaupt nicht gekannt. Es gab keine vorangegangenen Vertrauensbeziehungen oder Netzwerke und kaum Erfahrungen in der Politik.

Ein Instrument, das uns in diesem Prozess sehr geholfen hat, war das System der „Liquid Democracy“, das ehrenamtlich von Parteimitgliedern in mehreren Jahren Arbeit konstruiert worden ist. Zunächst war es ein System für innerparteiliche Meinungs- und Willensbildung,

LIQUID DEMOCRACY

Delegated Voting DELEGATIONSPRINZIP

BY @HDREADY MIT IDEEN
VON @PUDO & @TWTWGERIDOO



aber schon mit dem Fernziel verbunden, es auf allgemeine Bürgerbeteiligung auszuweiten. Wir wollten in einem ersten Schritt ausprobieren, ob es überhaupt im Parteirahmen funktioniert, bevor wir damit nach draußen gehen.

Dadurch, dass wir als Partei kaum Strukturen hatten, brauchten wir eine ganze Reihe von wichtigen Prinzipien. Ohne diese Prinzipien wäre das System in der Partei überhaupt nicht akzeptiert worden. Ein wichtiges Prinzip war die Gleichberechtigung aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Das heißt: gleiches Antragsrecht für alle. Dieses Prinzip ist bis heute sehr wichtig. Dann ein weiteres Prinzip, das sich auch bewährt hat: die Kontrolle über den eigenen Antrag oder die eigene Initiative. Das heißt, die Antragstellerinnen und Antragsteller sind nicht gezwungen, ihren Antrag zu verändern, sondern sie behalten die Kontrolle darüber. Andere können aber einen eigenen Alternativantrag einstellen.

Zum Prozess im Liquid-Democracy-System: Jeder kann online einen Antrag stellen. Wenn es für den Antrag eine bestimmte Zahl von Unterstützerinnen und Unterstützern gibt, kommt er in die Diskussionsphase. Dann wird er eingefroren und es wird über ihn abgestimmt, schließlich gibt es noch ein quantifiziertes Feedback.

Damit man mit der Antragsflut klar kommt, gibt es verschiedene Mechanismen. Klassische Quoren: Neue Anträge brauchen mindestens die Unterstützung von fünf Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Systems, bevor sie in die Diskussionsphase kommen; ein Zehn-Prozent-Quorum müssen alle Anträge überspringen, bevor über sie abgestimmt wird. Das ist die klassische Variante. Das Entscheidende oder „Flüssige“ daran ist, dass das System über ein ausgeklügeltes Delegationssystem verfügt. Das heißt, jeder und jede kann die eigene Stimme entweder global an irgendjemand anderen delegieren. Man kann aber auch themenbereichsbezogen delegieren oder nur auf einen bestimmten Antrag bezogen. Der Bürger oder die Bürgerin kann sich überall selbst beteiligen, selbst abstimmen. Wenn man das nicht tut,

System der „Liquid Democracy“



verfällt die eigene Stimme nicht, sondern wird dann von demjenigen mit wahrgenommen, an den man sein Stimmrecht delegiert hat. Die Stimmdelegation ist beliebig übertragbar. So können auch Delegationsketten entstehen. Im Endeffekt bildet dieser Delegationsgraph eine Vertrauens- und Kompetenzstruktur innerhalb der Partei ab. So kann es dazu kommen, dass einige Personen mit einem Stimmengewicht von 30 oder 40 Stimmen abstimmen und dann so etwas wie Superdelegierte sind. Darauf können sie sich aber nicht ausruhen, da die delegierten Stimmen jederzeit wieder selbst wahrgenommen werden können.

Zu den Erfahrungen: Wir haben die Nutzung dieses Tools recht früh in der Satzung des Landesverbandes Berlin verankert. Das Liquid-Democracy-System stellt aus verschiedenen rechtlichen Gründen kein eigenes Organ dar. Aber in der Satzung steht, dass sämtliche Organe der Partei gehalten sind, Entscheidungen, die dort positiv beschieden wurden, vorrangig zu behandeln, und das Ergebnis dieses Systems bei ihren Entscheidungen zu berücksichtigen.

Wir haben festgestellt, dass das ein wichtiger Erfolgsfaktor für solche Beteiligungssysteme ist. Es gibt auch Landesverbände, in denen das System nicht funktioniert hat. Dafür kann schon ausreichen, wenn der Vorstand sagt: Interessiert uns nicht, was in dem System passiert. Die Mitglieder sagen dann: Beteiligung macht auch Arbeit – und warum soll ich mich beteiligen, wenn das Ergebnis für die Tonne ist? Das war wohl der wichtigste Aspekt für den Erfolg des Systems: Es muss irgendwie nachvollziehbar und am besten auch quantifizierbar sein, wie sich die eigene Beteiligung im System auswirkt.

Als Vorstandsmitglied fand ich das System sehr sinnvoll – gerade bei kontroversen Themen und gerade in einer Partei, wo man die Stimmungslage zu vielen Fragen nicht kennt, da sie noch nie diskutiert wurden. Es war sehr hilfreich, sich auf dieses System verlassen zu können, um im Vorhinein abschätzen zu können, wie viel Widerstand oder wie viel Ärger es denn geben wird, wenn man diese oder jene Entscheidung trifft.

Dabei haben sich interessante Zahlen in Bezug auf die Piratenpartei ergeben. Wenn man in diesem System etwa 95 Prozent Zustimmung hat, dann kann man davon ausgehen, dass alles relativ entspannt läuft. Bei 80 Prozent Zustimmung muss man schon mit schwerem Wetter rechnen. Und bei 30 Prozent Gegnerinnen und Gegnern muss man sich schon sehr warm anziehen, um durchzukommen.

Man kann sich das System auch im Detail anschauen. Die Anträge und die Abstimmungsergebnisse usw. sind alle öffentlich. Es gibt das System des Berliner Landesverbandes und das des Bundesverbandes.

Auf Bundesebene gibt es etwa 4.000 bis 5.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Das System in der jetzigen Form funktioniert etwa bis zu einer Größenordnung von 20.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die dort gemeinsam Entscheidungen treffen können. Für alles, was darüber hinausgeht, bedarf es noch weiterer Entwicklung und Forschung, wie man das weiter skaliert bekommt. Das Ziel ist natürlich, dass das System in

Zukunft auch auf 3 oder 80 Millionen oder sogar 5 Milliarden oder 10 Milliarden Menschen skaliert.

Im Workshop der heutigen Denkwerkstatt würde ich gerne folgende Frage diskutieren: Wie kann parlamentarische Arbeit so gestaltet werden, dass sie auf mehr Akzeptanz stößt und für die Bürgerinnen und Bürger auch nachvollziehbar ist?

Nachvollziehbare Auswirkung von Beteiligung

BÜRGERSTIFTUNG NEUKÖLLN

FRIEDEMANN WALTHER

Die Bürgerstiftung Neukölln wurde von einigen engagierten Bürgerinnen und Bürgern im Jahr 2005 gegründet. Eine erste Initiative reicht sogar bis ins Jahr 1998/99 zurück. Welche Gründe haben dazu geführt, dass es einen solchen Zusammenschluss von Bürgerinnen und Bürgern gab? Bei der Antwort auf diese Frage kommt man auf viele Punkte, die Professor Rucht in seinem Vortrag angesprochen hat: nämlich Unzufriedenheit mit bestimmten ritualisierten Politikverfahren, Unzufriedenheit mit fehlender Nachhaltigkeit und der Kurzatmigkeit von Politik, mit politischen Ritualen zwischen Parteien, die vielen auf die Nerven gehen, für viele auch nicht nachvollziehbar sind und zudem nichts mit der realen Problemstellung vor Ort zu tun haben.

Gegründet wurde die Bürgerstiftung Neukölln in einer Zeit, als es bundesweit eine Welle von Bürgerstiftungsgründungen gab. Das Modell kommt im Grunde aus dem angelsächsischen Raum. Eine Bürgerstiftung mit solch einem Zuschnitt verfolgt das Ziel, Menschen aus einem bestimmten lokalen Kontext als Stifterinnen und Stifter zusammenzuführen. Dadurch soll eine Plattform für Bürgerinnen und Bürger geschaffen werden, die sich dann für Dinge einsetzen, die das Gemeinwesen und seinen Zusammenhalt stärken.

Das Konzept ist zunächst sehr allgemein und wird von jeder Stiftung unterschiedlich ausgefüllt. Die Bürgerstiftung Neukölln hat sich auf drei Feldern von vornherein als etwas Besonderes verstanden:

- Erstens als eine Stiftung, die die multikulturelle Vielfalt in Neukölln abbildet, die also kein Projekt der deutschstämmigen Mittelstandsbürgerinnen und -bürger ist, sondern eine Stiftung, die möglichst breit und offen aufgestellt ist. Zudem ermöglicht sie einen niedrigschwelligen Einstieg, der nicht nur über das „große Geld“ funktioniert, sondern auch über ehrenamtliches Engagement, das Stiften von Zeit, Ideen und Beteiligung.
- Die zweite Besonderheit ist, dass wir uns als Stadtteilstiftung gegründet haben, das heißt als einen Zusammenschluss in einem bestimmten Berliner Bezirk: in Neukölln. Es handelt sich dabei übrigens um die erste Stadtteilstiftung in Deutschland.

- Drittens verstehen wir uns nicht vorrangig als eine mäzenatische Stiftung. Zwar hat bei uns das Mäzenatische auch seinen Platz, doch wollen wir vor allem eine Stiftung sein, die den Bürgerinnen und Bürgern eine Teilnehmungsplattform im Gemeinwesen bietet.

Im Folgenden möchte ich die Berührungspunkte zwischen unserer Stiftung und dem heutigen Thema verdeutlichen: Politik und Vertrauen mit dem Schwerpunkt auf Bürgerbeteiligung.

In der Stiftung findet Beteiligung auf drei Feldern statt:

Einmal im Sinne einer Bürgerplattform: In großen und mittleren Veranstaltungen kommen Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Bereichen zusammen und beschäftigen sich mit konkreten Themen. Ein Thema war zum Beispiel ethnische Ökonomien, ein anderes Mentoren- und Patenschaftsprojekte, die sich an Schulen richten und Jugendliche in ihrer persönlichen Biografie unterstützen sollen. An diesen zwei Beispielen wird deutlich, dass wir einen Ansatzpunkt für Beteiligung im Zusammenführen unterschiedlichster Akteure mit ihren jeweiligen Interessen in einem Kiez bzw. in einem Bezirk sehen.

Zweiter Ansatzpunkt im Sinne von Beteiligung ist, die Stiftung als experimentellen Ort für Teilnehmungsmodelle zu nutzen. Wichtig ist zum

Plattform für Bürgerinnen und Bürger



einen der Werkstattgedanke, den zum Beispiel unsere N+-Werkstätten verfolgen. Ein zweites Beispiel ist der Ecopolicyade-Wettbewerb in Neukölln, den wir 2010 veranstaltet haben. Bei diesem Computerspiel gestalten Jugendliche im Wettbewerb miteinander in kleinen Teams das Gemeinwesen. Sie können über bestimmte Ressourcen verfügen, diese in einem kybernetischen Modell einsetzen und dann, wenn es gut läuft, in einem Idealzustand, im „Paradies“ landen. Das war ein interessantes Experiment, bei dem wir gemerkt haben: Wenn man in der Arbeit mit Jugendlichen den Computer als Medium einsetzt, kann man sie besser packen und dafür gewinnen, sich zu beteiligen. Die Jugendlichen, die von Lehrkräften als die Schwierigsten ihrer Schule eingeschätzt worden waren, erwiesen sich am Ende als diejenigen, die über Stunden hinweg konzentriert am Computer saßen und sich gemeinsam mit anderen darüber Gedanken machten, wie sie ein Gemeinwesen voranbringen und gestalten können, und die anschließend auch noch an der analogen Podiumsdiskussion intensiv teilnahmen. Diese Form der Beteiligung erbrachte also sehr spannende Ergebnisse. Unsere Stiftung versteht sich ja auch als ein Ort des Versuchs, neue Modelle der Beteiligung umzusetzen, um Jugendliche für Engagement zu gewinnen, aber auch Menschen, die an den traditionellen Beteiligungsformen nicht mehr teilnehmen oder eine gewisse Distanz dazu entwickelt haben.

Drittens betrachtet sich die Stiftung als Befähiger von Beteiligung. Das Beispiel Ecopolicyade ist schon eine Brücke dorthin. Darüber hinaus geht es aber sehr viel fundamentaler um die Frage: Wie können Kinder und Jugendliche heute überhaupt in die Lage versetzt werden, an unserem gesellschaftlichen Leben teilzunehmen? Wir sind der Meinung, dass es einer intensiven Partnerschaft bedarf: zwischen

dem Staat auf der einen Seite mit seinen Institutionen – Schule, Jugendeinrichtungen, Kitas – und einer aktiven zivilgesellschaftlichen Begleitung auf der anderen Seite. Unser Ansatz ist hier, mit Mentorinnen und Mentoren zu intervenieren. Wir führen seit fünf Jahren ein Mentorenprogramm an der Kepler-Schule durch, das nach Aussage aller Beteiligten Erfolg hat – im Rahmen des-

sen, was man Erfolg nennen kann bei einer Zielgruppe, die kurz vor dem Abschluss der Hauptschule steht. Diese Gruppe verlässt vielfach ohne Abschluss die Schule, hat aber durch dieses Modell einen Push bekommen und sich verbessert.

Wir haben daraus Rückschlüsse auf die Zielgruppe der Acht- bis Zwölfjährigen gezogen und ein Projekt entwickelt, das sich Neuköllner Talente nennt. Das Projekt läuft seit drei Jahren und hat inzwischen hundert Patenschaften hervorgebracht. Die Patinnen und Paten kommen überwiegend aus der Mittelschicht und sind enorm motiviert, Kinder, die aus teilweise sehr schwierigen Verhältnissen kommen, zu unterstützen. Die Kinder und ihre Familien wurden durch diese Paten und Patinnen sehr gestärkt, sie haben gelernt, Kraft zu gewinnen.

Zwei Fragen, die sich im Rahmen unserer Arbeit stellen, würde ich im Workshop gerne diskutieren.

Zum einen die Frage, wie man Schulen leichter als Kooperationspartner gewinnen und sie dazu bringen kann, sich solchen Instrumenten stärker zu öffnen als bisher. Dass Schulen zum Beispiel sagen: Unsere Schulsozialarbeit ist nicht nur eine betreuende Sozialarbeit, sondern auch eine Sozialarbeit, die Partner von außen und auch Ehrenamtliche hereinholt, die versucht, mit ihnen gemeinsam etwas zu entwickeln, um die Ressource des zivilgesellschaftlichen Engagements für eine Schule und für den Bildungsprozess nutzbar zu machen.

Die zweite Frage ist: Wie kann man Nachhaltigkeit in solchen Kontexten schaffen? Wir spüren, dass man viele interessante Modelle anschieben und hochinnovative Ansätze entwickeln kann, die sich in der Praxis auch bewähren, dass aber die Zeiträume, in denen man diese Projekte auf eine gesicherte Basis stellen kann, so lange sind, dass viele gute Ansätze leider wieder versacken. In solch einer aktuellen Situation befinden wir uns gerade wieder. Vielleicht gibt es hier Ideen, was man für eine Verstetigung von Projekten tun kann.

An solchen Beispielen wird deutlich, dass wir ein neues Arrangement zwischen Staat und Zivilgesellschaft brauchen, und dass sich das ganz konkret in Schulen bzw. in lokalen Einrichtungen beweist. Wir arbeiten an solchen Experimenten und Modellen bereits mit Erfolg – gemessen an den geringen Mitteln, die wir haben. Aber wir könnten sie sehr viel mehr ausbauen, wenn noch mehr Unterstützung und noch mehr Input käme, für den wir werben.

Befähiger von Beteiligung



DISKUSSION IN WORKSHOPS – ERGEBNISSE

ANGELA BORGWARDT
Wissenschaftliche Publizistin

In drei Workshops diskutierten jeweils etwa zehn Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die Frage, welche Prozesse und Strukturen der Beteiligung nötig wären, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik zu stärken. In den intensiv geführten Diskussionen wurden Fragen und Anregungen formuliert.

WORKSHOP I

WIE KANN DIE BETEILIGUNG EINER GROSSEN ANZAHL VON BÜRGERINNEN UND BÜRGERN ERFOLGREICH ORGANISIERT WERDEN?

Wenn sehr viele Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden sollen – wie im Fall des BürgerForums – und zudem eine Vielfalt der Teilnehmenden erreicht werden soll, stellen sich zunächst zwei Fragen:

- Wie wählt man die Bürgerinnen und Bürger aus?
- Und welche Ansprache ist sinnvoll, um sie für eine Beteiligung zu gewinnen?

Beim BürgerForum sollten 10.000 Bürgerinnen und Bürger aktiviert werden. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Call Centern wählten in einem Zufallsverfahren etwa 150.000 bis 200.000 Personen aus und riefen sie an. Von den etwa 10.000 der angesprochenen Personen, die an einer Teilnahme interessiert waren, beteiligten sich dann aber nur etwa 3.000 aktiv. Hier wurde die Vermutung geäußert, dass die Menschen durch gezielte, persönliche Ansprache eher zum Engagement motiviert werden können. Althergebrachte Beteiligungssysteme auf kommunaler Ebene seien letztlich sinnvoller als großangelegte Beteiligungsverfahren dieser Art, um wirkliche Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu erreichen.

In diesem Zusammenhang wurde die Frage gestellt, ob Onlinesysteme als Beteiligungsverfahren nicht zu viele Personen ausschließen. Dazu wurde angemerkt, dass der Onlinezugang heute einem weit überwiegenden Teil der Bevölkerung offensteht. Als das BürgerForum zum ersten Mal 2008 durchgeführt wurde, hatten sehr viel mehr potenzielle Teilnehmerinnen und Teilnehmer abgesagt, weil sie mangels Computer keine Möglichkeit hatten, sich online zu beteiligen. Im Jahr 2010 waren es dagegen nur noch unter zehn Prozent der Angesprochenen.

Diskutiert wurde auch über die Frage, wie erreicht werden kann, dass sehr viele Menschen konstruktiv zusammenarbeiten und dabei ein gemeinsames Ergebnis entsteht. Es scheint, dass beim BürgerForum dieses Ziel erreicht wurde, da die Ergebnispapiere nicht von professionellen Journalisten, sondern von den beteiligten Bürgerinnen und Bürgern diskutiert und auf der Onlineplattform gemeinsam verfasst wurden. Daraus kann abgeleitet werden, dass solche Beteiligungsverfahren durchaus sinnvoll sind und auch eine große Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern – trotz unterschiedlicher Interessen und Werte – in der Lage ist, zusammen Ergebnisse zu erarbeiten. Allerdings war von Beteiligten auch Kritik am Diskussionsprozess und an der Entstehung der Ergebnisse vorgebracht worden

(z. B. mangelnde Offenheit der Diskussionen, starker Einfluss der Moderatoren, Intransparenz des Verfahrens). Bürgerbeteiligungsverfahren wie das BürgerForum haben im derzeitigen Zuschnitt offenbar noch deutliche Grenzen und müssen auf Basis der bisherigen Erfahrungen weiterentwickelt werden. Beteiligungsprozesse können das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik nur dann stärken, wenn sie transparent und demokratisch organisiert sind und die Beteiligten das auch so wahrnehmen.

Zudem müssen die Ergebnisse solcher Beteiligungsverfahren ernst genommen werden und eine spürbare Wirkung auf politische Entscheidungen entfalten, wenn damit das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik gestärkt werden soll. Dabei sollte nicht davon ausgegangen werden, dass die Politikerinnen und Politiker eine von der Bürgerschaft vorgeschlagene Maßnahme direkt „eins zu eins“ umsetzen. Doch könnten solche Ergebnisse öffentliche Aufmerksamkeit für wichtige Themen

Transparente, demokratische Beteiligungsprozesse als Ziel



Diskursive und direkt demokratische Beteiligung

erzeugen und somit ein erster wichtiger Schritt sein, um politische Aufgaben zu erkennen und zu bearbeiten. Offen bleibt jedoch die Frage, wie aus solchen Beteiligungssystemen wie dem BürgerForum wirkliche politische Veränderungen herbeigeführt werden können: Wie könnte so viel Druck auf die Politik ausgeübt werden, um den nächsten notwendigen Schritt zu gehen, indem zum Beispiel ein anderer Beteiligungsprozess, etwa ein Referendum, auf diese Basis aufgesetzt wird?

In der Diskussion wurde das starke Bedürfnis nach einem verbindlicheren und kräftigeren Entscheidungsinstrument deutlich. Hier wurde vorgeschlagen, diskursive Beteiligungsverfahren mit direkt demokratischen Elementen zu verbinden, um die Mängel beider Verfahren auszugleichen: So liegt eine Schwachstelle der direkten Demokratie darin, dass mit Ja-Nein-Fragen komplexe Prozesse kaum abgebildet werden können. Diskursbeteiligungsprozessen fehlt es wiederum an Verbindlichkeit. Ein guter Weg könnte deshalb eine Kombination der beiden Methoden sein, indem Diskursverfahren an direkt demokratische Entscheidungen gekoppelt und direkt demokratische Entscheidungsprozesse von groß angelegten öffentlichen Diskussionen begleitet werden.

Die Diskussion zeigte, dass die Beteiligung einer großen Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern bisher noch mit einigen Problemen behaftet ist. Diese müssen unbedingt gelöst werden, damit solche Beteiligungsprozesse zu mehr Vertrauen in die Politik beitragen können. Nach Ansicht der Diskutierenden sollte man sich deshalb mit diesem Thema in Zukunft stärker beschäftigen.

WORKSHOP II

WIE KANN PARLAMENTARISCHE ARBEIT SO GESTALTET WERDEN, DASS SIE AUF MEHR AKZEPTANZ DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER STÖSST UND NACHVOLLZIEHBARER IST?

Das grundsätzliche Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Demokratie ist hoch, doch schwindet ihr Vertrauen in die etablierten Parteien und den Politikbetrieb. Diese Tendenz hat sich durch die Finanzkrise in der letzten Zeit noch verstärkt. Dazu gehört die sinkende Beteiligung an Wahlen. Sie zeigt ein nachlassendes Interesse der Bürgerschaft an den herkömmlichen Beteiligungsmöglichkeiten in einer repräsentativen Demokratie und ist Ausdruck von Skepsis, ob eine Beteiligung in den gegebenen politischen Strukturen überhaupt sinnvoll ist.

Im Workshop wurde zunächst darüber diskutiert, welche Aspekte zum Erfolg der Piratenpartei beigetragen haben. Die Piratenpartei konnte in den letzten zwei Jahren neben den Wahlerfolgen auch sehr hohe Mitgliederzuwächse verzeichnen – gegen den allgemeinen Trend, dass die etablierten Parteien immer mehr Mitglieder verlieren. Eine wichtige Rolle scheint dabei zu spielen, dass die Partei die Forderung nach mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit in der Politik in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellt⁴ und innerparteilich das Beteiligungssystem der „Liquid Democracy“ einsetzt. Damit konnte die Piratenpartei offenbar viele Menschen dazu motivieren, sich in einer Partei zu engagieren. Das neue

⁴ Diese Forderung nach mehr Transparenz wird auf der Website der Berliner Piratenpartei so beschrieben: „Die Abkehr vom ‚Prinzip der Geheimhaltung‘, der Verwaltungs- und Politikvorstellung eines überkommenen Staatsbegriffs und die Betonung des ‚Prinzips der Öffentlichkeit‘, das einen mündigen Bürger in den Mittelpunkt staatlichen Handelns und Gestaltens stellt, schafft nach der festen Überzeugung der Piratenpartei die unabdingbaren Voraussetzungen für eine moderne Wissensgesellschaft in einer freien und demokratischen Ordnung.“ Vgl. <http://berlin.piratenpartei.de/transparenz/> (25.03.2012).

Verfahren ist mit der Hoffnung verbunden, dass die Bürgerinnen und Bürger hier eine andere Möglichkeit haben, sich politisch zu beteiligen.

Das Beteiligungssystem der „Liquid Democracy“ brachte einige Fragen mit sich: Wie kann dieses Verfahren funktionieren, wenn sehr viele Leute daran teilnehmen? Hier haben erste Erfahrungen der Piratenpartei gezeigt, dass diese Form der Beteiligung nur mit Delegationssystemen funktioniert, da nicht alle ständig über alles entscheiden können. Auch stellt sich die Frage, wie sich dort Bürgerinnen und Bürger einbringen können, die offline sind: Bleiben diese Teile der Bevölkerung von den Delegationsstrukturen der Partei ausgeschlossen? Schließlich gehe es in einer Demokratie ja darum, potenziell allen Bürgerinnen und Bürgern die gleichen Chancen zur Mitwirkung zu geben.

Aus Sicht der Piratenpartei stellt ein fehlender Onlinezugang keine unüberwindliche Hürde dar. So gibt es zum Beispiel in der Geschäftsstelle der Partei einen Computer, wo jemand ohne Internet online partizipieren kann, und bei Parteitreffen stehen Laptops zur Verfügung. Die Piratenpartei sieht aber durchaus das Problem, dass jemand grundsätzlich in vielen Lebensbereichen strukturell benachteiligt ist, wenn er nicht online ist. Deshalb sei es notwendig, alle Menschen zu dieser Kulturtechnik zu befähigen und die digitale Analphabetenquote genauso zu senken wie beim Schreiben und Lesen.

In der folgenden Diskussion wurden verschiedene Fragen angesprochen:

- Was können die etablierten Parteien aus dem Erfolg der Piratenpartei für sich ableiten?
- Wovon profitiert die Partei, was bietet sie den Menschen an?
- Wie ist der Umgang der Parteimitglieder untereinander und mit Personen, die sich für eine Mitarbeit in der Partei interessieren?
- Können diese neuen Formen der Kommunikation und Beteiligung zu einer Veränderung der Parteien und des politischen Systems insgesamt führen?

Die Antworten auf diese Fragen waren sehr unterschiedlich, teilweise auch kontrovers. Kritisch wurde zum Beispiel die Forderung nach vollständiger Transparenz gesehen, die den Verzicht auf Vertraulichkeit bei allen staatlichen Vorgängen einschließt.

Auch wurde darüber gesprochen, ob man mit modernen Technologien, insbesondere dem Internet, eine modernere Demokratie schaffen kann, die mehr Transparenz und Beteiligung ermöglicht und bisherige Vorstellungen von Geheimhaltung auf den Prüfstand stellt. Konsens war, dass in einer öffentlichen Debatte geklärt werden muss, welches Verhältnis künftig zwischen Öffentlichkeit und Privatheit, Vertraulichkeit und Geheimhaltung bestehen sollte: Wie viel Transparenz wollen und brauchen wir? Hier steht die Diskussion noch ganz am Anfang. Doch ein gesellschaftlicher Selbstverständigungsprozess über diese Frage scheint dringend notwendig, vor allem angesichts der Veränderungen durch die neuen Medien.

Darüber hinaus wäre darüber zu diskutieren, wo die Probleme im parlamentarischen System liegen und wie diese beseitigt werden können, damit die Arbeit des Parlaments öffentlich besser wahrgenommen wird.

Aus dem Erfolg der Piratenpartei wird deutlich, dass der Parlamentarismus in seiner aktuellen Ausprägung von Teilen der Bevölkerung sehr kritisch wahrgenommen wird, insbesondere im Hinblick auf demokratische Beteiligung. Viele Bürgerinnen und Bürger wünschen sich mehr Mitwirkungs- und Beteiligungsmöglichkeiten und mehr Transparenz in politischen Prozessen. Auf diese Bedürfnisse muss unbedingt eingegangen werden, wenn das Vertrauen in die Politik gestärkt werden soll.



WORKSHOP III

WIE KANN DIE INDIVIDUELLE BEFÄHIGUNG ZUR POLITISCHEN BETEILIGUNG UNTERSTÜTZT UND VERSTETIGT WERDEN?

Ein wichtiges Fundament zur Stärkung des Vertrauens in die Politik liegt darin, die Menschen in die Lage zu versetzen, sich politisch zu beteiligen.

Dieses Thema wurde am Beispiel des Patenmodells der Bürgerstiftung Neukölln diskutiert. Hier wird das Ziel verfolgt, sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche so zu unterstützen, dass sie über positive Erfahrungen Vertrauen in sich selbst und in Erwachsene gewinnen. Mentoren und Mentorinnen verbringen gemeinsam Zeit mit einem Kind oder Jugendlichen, die darüber persönliche Anerkennung finden, Zuversicht entwickeln und ihre eigenen Fähigkeiten entdecken sollen. Das Patenmodell wird in Zusammenarbeit mit Schulen durchgeführt und von einer professionellen Struktur koordiniert. Bisher konnten mit diesem Projekt erhebliche Erfolge in den Schulen und positive Wirkungen bei den Kindern und Jugendlichen erzielt werden. Viele der teilnehmenden Schülerinnen und Schüler bringen sich engagierter und erfolgreicher in den Unterricht ein. Die persönliche Beziehung mit den Patinnen und Paten führt offenbar dazu, dass Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien die notwendige Anerkennung und Unterstützung bekommen, sodass sie mit mehr Selbstvertrauen agieren können. Diese Entwicklung wirkt sich auch auf die Situation in der Klasse und das Schulklima sehr positiv aus.

Wenn die positiven Effekte so deutlich spürbar sind, stellt sich die Frage, warum die Schulen nicht offensiver solche Modelle unterstützen. Denn es ist nach wie vor schwer, bei dieser Form bürgerschaftlichen Engagements Schulen als Kooperationspartner zu gewinnen. Als mögliche Gründe wurden in der Diskussion mangelnde Ressourcen, aber auch fehlende Bereitschaft zur Zusammenarbeit genannt. Vielleicht fällt es Schulen manchmal schwer, sich zivilgesellschaftlichem Engagement zu öffnen, weil ein gewisses Misstrauen besteht. In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, dass es zuallererst Aufgabe der Schule wäre, Kinder und Jugendliche zu politischer Teilhabe zu befähigen bzw. in dieser Form stark zu machen. Von den Schulen sollte dieser Teil ihres Bildungsauftrags expliziter eingefordert werden. Gleichwohl zeigt sich, dass sich viele Schulen diesem Auftrag bereits stellen und in diesem Kontext auch bürgerschaftliche Projekte und Initiativen unterstützen.

Eine Kernfrage des Workshops lautete: Wo besteht die Verbindung von solchen Modellen, mit denen das soziale Kapital der Kinder und Jugendlichen gefördert wird, zur politischen Beteiligung und zum Vertrauen in die Politik?

Das vorgestellte Patenmodell verfolgt das primäre Ziel, das einzelne Kind zu stärken und ihm Selbstwirksamkeitserfahrungen zu ermöglichen. Doch wie gelingt dabei der Brückenschlag über die Beteiligung zum Vertrauen in die Politik? Konsens unter den Diskutierenden war, dass diese Verbindung nicht automatisch gelingt: Wenn ein Kind in seiner individuellen Entwicklung unterstützt wird, heißt das noch lange nicht, dass es sich später in politische Beteiligungsprozesse einbringen oder an Wahlen teilnehmen wird.

Es bedürfe weiterer Bausteine, die dafür sorgen, dass sich die Erfolge solcher Modelle bürgerschaftlichen Engagements langfristig in politischen Prozessen niederschlagen und verstetigen: So sollte die Institution Schule vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche bereithalten, ihnen also Raum zum Engagement geben und entsprechende Strukturen schaffen, damit sie demokratische Verfahren erproben und erleben können. So können sie

Selbstwirksamkeitserfahrungen ermöglichen

schon früh erfahren, dass es möglich ist, mit politischem Engagement etwas zu erreichen.

Auf der nächsten Ebene ist die kommunale Politik gefordert: Den Jugendlichen müssen in ihren Sozialräumen adäquate Beteiligungsmöglichkeiten geboten werden, von denen sie sich angesprochen fühlen. Wichtig ist dabei, dass es sich um wirkliche Beteiligungsformen handelt und sich die Ergebnisse auch politisch auswirken. Pseudobeteiligungsverfahren ohne realen Einfluss würden Vertrauen eher weiter zerstören. Die Jugendlichen müssen die Erfahrung machen, dass das, was sie einbringen, auch ernst genommen wird.

Deutlich wurde, dass sich Beteiligung nicht immer sofort und im ersten Schritt auf die großen Politikfelder bezieht. Vielmehr verwirklicht sie sich häufig in kleinen Schritten und in Vor-Ort-Strukturen: in persönlichen Beziehungen, in der Schule und kommunalpolitischen Zusammenhängen. Hier können wichtige Grundlagen für weitere Entwicklungen gelegt werden, die das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik unterstützen können.

PLENUMSDISKUSSION

VERTRAUEN UND MISSTRAUEN ALS AUSDRUCK VON BÜRGERBETEILIGUNG?

Nach der Vorstellung der Workshopergebnisse wurde im Plenum darüber gesprochen, welchen Stellenwert das (mangelnde) Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in der Politik eigentlich hat.

Bei der Frage, wie wieder mehr Vertrauen in die Politik hergestellt werden kann, wurde die Gefahr gesehen, dass es der Politik allein darum gehen könnte, Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürger zu schaffen.

Eine Demokratie basiere aber neben dem Vertrauen auch auf Misstrauen, weil die Arbeit der Politikerinnen und Politiker nicht wie in einem Glaubenssystem auf Gefolgschaft oder „blindem Vertrauen“ beruhen kann. In demokratischen Systemen habe die Bürgerschaft ein Recht auf Skepsis und Kritik. Insofern sei es nicht grundsätzlich problematisch, wenn Parteien einen Vertrauensverlust erleiden.

Dazu wurde angemerkt, dass zwischen pauschalem Vertrauensverlust und einer gesunden Skepsis gegenüber der Politik unterschieden werden muss. Ein allgemeiner Vertrauensverlust führe tendenziell dazu, dass sich eine große Zahl von Bürgerinnen und Bürgern aus demokratischen Prozessen und aus der Mitgestaltung des Gemeinwesens insgesamt ausklinkt. Skepsis sei hingegen durchaus ein Ausdruck von kritischer, aber aktiver Teilhabe der Bürgerschaft. Entscheidend sei deshalb, inklusive Prozesse zu organisieren, die die Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger am Gemeinwesen ermöglichen. Wenn sich zu viele aus der politischen Beteiligung zurückziehen, könne das die Demokratie und die Legitimation ihrer Entscheidungen stark gefährden.

Schließlich wurde noch einmal die Notwendigkeit des Vertrauens in einer Demokratie betont: In ausdifferenzierten Gesellschaften, in denen Vertrauen zur Komplexitätsreduktion unverzichtbar ist, basieren demokratische Entscheidungen im Kern auf Vertrauen. Nur dann könnten Entscheidungen getroffen werden, ohne vorher alle Informationen zu einem Sachverhalt zu kennen – was in der politischen Praxis fast immer so sei. In diesem Sinne befördere Vertrauen gemeinsame Entscheidungen in einer Demokratie, während Misstrauen das fast unmöglich mache.

Eine Demokratie basiert auf Vertrauen und Misstrauen.



VERBINDLICHKEIT SCHAFFT VERTRAUEN ODER: DAS KLEINE EINMALEINS DER BÜRGER- BETEILIGUNG. EIN KOMMENTAR

SERGE EMBACHER
Politikwissenschaftler und Publizist

BÜRGERSCHAFTLICHES SELBSTBEWUSSTSEIN

WIR BRAUCHEN FAIRE UND VERBINDLICHE VERFAHREN DER BÜRGERBETEILIGUNG.

Im Grunde ist demokratische Politik ganz einfach: Es geht dabei – ähnlich und doch ganz anders als im Privatleben – um Vertrauen. Ohne das Vertrauen von Menschen in die freiheitlich-demokratische Ordnung kann diese Ordnung nicht bestehen. Sowohl die Verfassung als auch die demokratischen Institutionen von Bundestag und Bundesrat über die Gerichte bis hin zu Länderparlamenten und Kommunalverwaltungen wären ohne ein Grundvertrauen in die Legalität und Legitimität ihres Handelns und ihrer Entscheidungen nur leere Hülsen – Simulation von demokratischer Politik wie in autoritären Regimen, die ja fast alle auch Parlamente haben, um sich den Anschein von Volkslegitimation zu geben.

Doch um die Erosion von Vertrauen gegenüber der Politik zu beobachten, muss man nicht nach Russland oder China blicken. Auch demokratische Politik leidet an hartnäckigen Vertrauens- und damit Legitimationsproblemen, was man an stetig sinkender Wahlbeteiligung und dem sehr schlechten Ansehen von Berufspolitikerinnen und Berufspolitikern ohne Mühe erkennen kann. Nun macht sich in den letzten Jahren langsam die Erkenntnis breit, dass eine Ursache für die Legitimationskrise der Politik in der Nichtbeachtung eines massiv gestiegenen bürgerschaftlichen Selbstbewusstseins liegen könnte. Vielen engagierten Menschen genügt es heute nicht mehr, alle vier oder fünf Jahre zur Wahl zu gehen. Sie wollen bei Fragen, die sie interessieren oder von denen sie betroffen sind, mitbestimmen oder wenigstens ihren Teil zur Meinungsbildung und Entscheidungsfindung beitragen.

Das sprichwörtlich gewordene „Durchregieren“ ist heute nahezu aussichtslos geworden. Hierarchische Vorstellungen von Politik kollidieren mehr und mehr mit einem gesteigerten Selbstbewusstsein von Engagierten. Und mag das auch für machtbewusste Politikerinnen und Politiker und profitfixierte Investoren eine schwierige Nachricht sein,

Massiv gestiegenes bürgerschaftliches Selbstbewusstsein

für die Demokratie ist es eine gute. Aus dieser Situation lässt sich vernünftigerweise nur der Schluss ziehen, nicht länger zu zögern und über „proaktive“ Strategien zum Ausbau der Bürgerbeteiligung nachzudenken. Selbstverständliche und klar geregelte Beteiligung bringt nämlich vor allem für die Politik selbst Vorteile. Sie kann von der „Weisheit der Vielen“ profitieren, sie kann sich ein genaueres Bild davon machen, was

Betroffene wollen, und sie kann sicher sein, dass mit umfassender Bürgerbeteiligung eine erhebliche Akzeptanzsteigerung verbunden ist.

Eine politische Kultur der Bürgerbeteiligung steht allerdings noch ganz am Anfang. Sie erfordert von allen Seiten Zugeständnisse: Staatliche Politik wird Macht- und Kontrollverzicht erlernen müssen; Engagierte werden lernen müssen, mit Abstimmungsergebnissen zu leben; und alle gemeinsam werden lernen müssen, dass die Demokratie auf Dauer beschädigt wird, wenn man den freien öffentlichen Diskurs nicht als Normalfall des demokratischen Streits akzeptiert und installiert, das heißt verfahrensmäßig durch Bürgerbeteiligungsgesetze oder andere Regularien absichert.

Ein ganz wesentliches Element von Bürgerbeteiligung ist Verbindlichkeit. In den letzten Jahren ist es immer wieder vorgekommen, dass man zwar Beteiligung zugelassen hat, sich anschließend aber nicht daran gebunden fühlte. So geschehen in Frankfurt am Main, wo man sich in einem umfassenden und vorbildlich moderierten Beteiligungsverfahren auf den Ausbau des Flughafens unter der Bedingung eines strikten Nachtflugverbots geeinigt hatte. Nach Fertigstellung der neuen Start- und Landebahn hieß es dann von Seiten der Flughafenbetreiber, ein Nachtflugverbot schädige den „Standort Flughafen“ und könne daher leider nicht realisiert werden. Die vom Fluglärm Betroffenen hatten der Planung aber genau unter der zentralen Bedingung eines Nachtflugverbots zugestimmt. Wer so etwas einmal erlebt hat, wird den Planungen und Zusagen der öffentlichen Hand und privater Investoren niemals wieder Vertrauen schenken können.

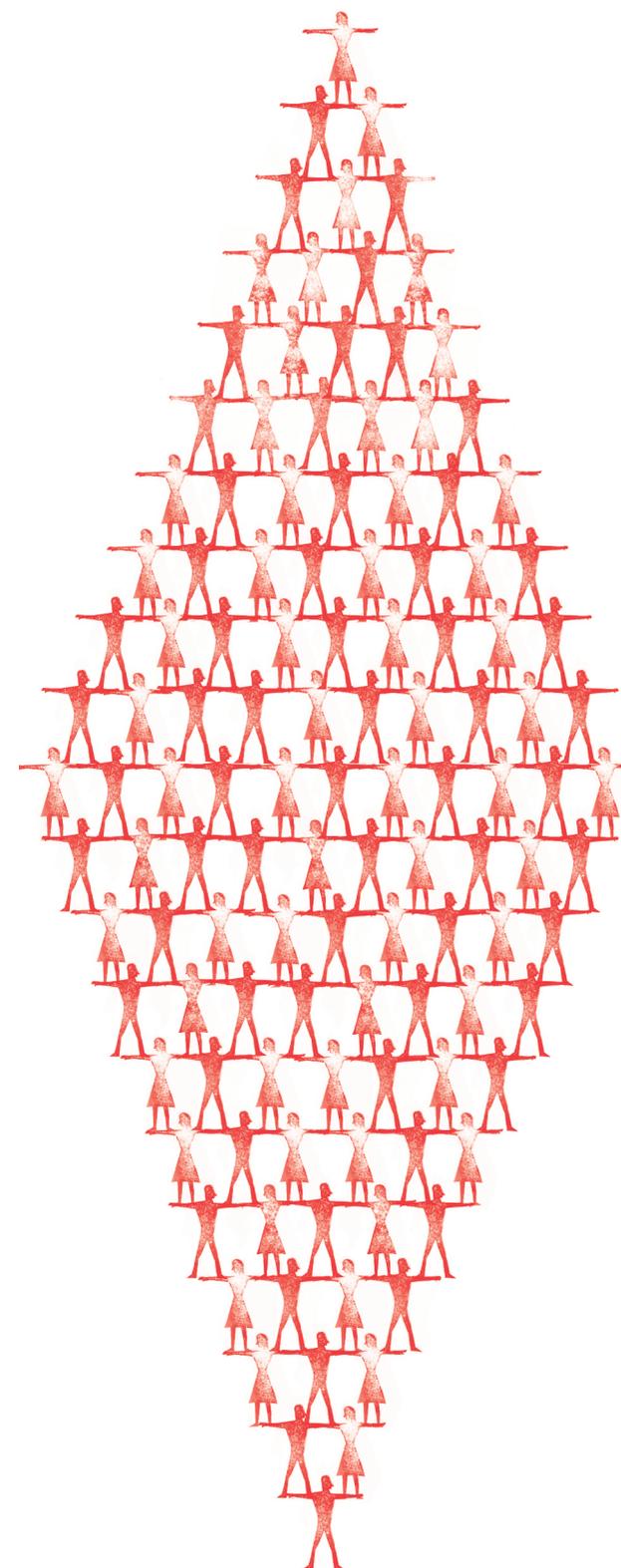
Solche Verhaltensmuster zeigen einen Staat, der sich regelrecht vor seinen Bürgerinnen und Bürgern fürchtet. Sie wiederholen sich in Varianten immer wieder, sei es beim Streit um An- und Abflugrouten am neuen Hauptstadtflughafen Berlin Brandenburg International oder bei der Auseinandersetzung um den neuen Stuttgarter Hauptbahnhof



(„Stuttgart 21“). Statt die engagierte Bürgergesellschaft in Planungsprozesse einzubeziehen, sucht man stets nach Mitteln und Wegen, ohne Beteiligung auszukommen. Warum eigentlich? Gut, diese Frage ist naiv, denn sie lässt sich ganz einfach beantworten: Jeder Planer von jedem Großprojekt weiß ganz genau, dass er mit Akzeptanzproblemen und Protesten rechnen muss. Daher scheint es zunächst „vernünftig“, möglichst lange und möglichst ohne umfassende Beteiligung auszukommen – zumindest solange, bis eine Diskussion über die grundlegende Sinnhaftigkeit von Projekt A oder B nicht mehr möglich ist, weil die Vorbereitungen so weit fortgeschritten sind, dass ein Projektstopp erhebliche finanzielle und rechtliche Probleme erzeugen würde.

Da solches in den letzten Jahrzehnten immer wieder vorgekommen ist, steht die verfasste Politik in Parlament, Regierung und Verwaltung heute unter großem Rechtfertigungsdruck, der sich oft dadurch entlädt, dass auch kooperative Akteure – die es in Politik und Verwaltung selbstverständlich auch gibt – die Erfahrung machen, wie schwer es ist, mit engagierten und/oder betroffenen Bürgerinnen und Bürgern tatsächlich in eine konstruktive Auseinandersetzung zu kommen. Entscheidend für die Zukunft der Bürgergesellschaft und damit auch für die Frage des Vertrauens in staatliche Politik wird sein, ob es in den nächsten Jahren gelingt, zu klaren und eben *verbindlichen* Verfahren der Bürgerbeteiligung zu gelangen. Die Energiewende wird die große Bewährungsprobe dafür sein, denn bei der Planung von neuen Stromtrassen und der Entwicklung eines dezentralen Systems regenerativer Energieerzeugung wird auf Dauer nichts ohne kooperative und faire Beteiligungsverfahren gehen.

Klare und verbindliche Bürgerbeteiligungs- verfahren



KOMMUNAL- POLITIK, PARTI- ZIPATION UND VERTRAUEN. EIN KOMMENTAR

INGO SIEBERT

Geschäftsführer und Studienleiter des August Bebel Instituts in Berlin

BÜRGERBETEILIGUNG

IN DER KOMMUNALPOLITIK KÖNNEN BÜRGER/INNEN VERTRAUEN IN DIE POLITIK ZURÜCKGEWINNEN.

Ein wichtiger Befund unserer Diskussionen in der Denkwerkstatt „Politik und Vertrauen“ ist, dass Bürgerinnen und Bürger stärker an politischen Entwicklungen und Entscheidungen in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld beteiligt werden wollen und dies – wie viele der diskutierten Beispiele zeigen – auch einfordern. So ist Kommunalpolitik sicher ein wichtiges Feld für die Rückgewinnung von Vertrauen in die Politik.

Erfahrungen in den Bezirken Berlins bestätigen diesen Befund, ob bei der Umgestaltung einer städtischen Grünanlage, der Ansiedlung eines Unternehmens, dem Neubau von Wohnungen oder der Schließung einer Schule. Für immer mehr Anliegen finden sich Bürgerinnen und Bürger, um ihre Interessen zu artikulieren. Die überwiegende Zahl dieser Initiativen betreffen Entscheidungen der Bezirksämter und Bezirksverordnetenversammlungen (BVV). Häufig ist das Engagement und die Energie zur Veränderung dann am höchsten, wenn sich handfeste Konflikte abzeichnen und die Bürgerinnen und Bürger nicht erwarten, dass die repräsentative Politik für einen Ausgleich der Interessen sorgt. Dabei ist Misstrauen häufig ein starker Beweggrund, was gleichzeitig einen lösungsorientierten Entscheidungsprozess erschwert. Oft formiert sich der Protest erst dann, wenn die Entscheidungen bereits gefallen sind und Auswirkungen deutlich werden.

Auf der anderen Seite haben sich, nicht zuletzt durch gesetzliche Vorgaben des Berliner Abgeordnetenhauses, die unterschiedlichsten Formen von Dialog- und Beteiligungsverfahren in den Bezirken etabliert. So wurden 2009 die Möglichkeiten der direkten Demokratie z. B. durch Bürgerentscheide erleichtert und seit 2011 wird durch ein „Handbuch zur Partizipation“⁵ der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt und durch Qualifikationen in den verschiedenen Verwaltungen eine stärkere Offenheit für partizipative Verfahren angeregt. Damit wird versucht, die Konflikte bei politischen Entscheidungen schon frühzeitig mit der Bürgerschaft zu diskutieren und den notwendigen Interessenausgleich herbeizuführen: In den letzten Jahren wurden in vielen Bezirken die Bürgerinnen und Bürger mit den unterschiedlichsten Instrumenten in politische Entscheidungsprozesse einbezogen. Das Spektrum reichte von Stadtteilforen, „aktivierenden“ Befragungen, Runden Tischen, bis zu Verfahren der Haushaltsaufstellung (Bürgerhaushalt) und bezirklichen Bürgerbegehren. Viele Bürgerinnen und Bürger haben bei diesen Beteiligungsprozessen auch ihre Vorstellungen wirkungsvoll eingebracht.

So entstand im kommunalpolitischen Kontext ein großer praktischer Erfahrungsraum für Partizipation und ihre Umsetzung. Die Vorteile gelingender Partizipation liegen auf der Hand: Die Akzeptanz von politischen Entscheidungen kann erhöht werden. Durch den Dialog zwischen Bürgerschaft, Politik und Verwaltung kann eine Qualitätsverbesserung und effektive Nutzung von sozialen Ressourcen erwartet werden. Nicht zuletzt ist mit solchen Beteiligungsverfahren die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement im Wohnumfeld verbunden.

Vorteile gelingender Partizipation

Eine offene Frage ist, wie die repräsentative Demokratie in Form der Bezirksverordneten und die zunehmenden Prozesse der Partizipation auf kommunaler Ebene zueinander stehen. Hier scheint es einige Fallstricke zu geben, die leicht zu Kommunikationsproblemen führen können und Vertrauen eher beeinträchtigen. Deshalb will ich hier einige Gedanken aufzeigen, die das Verhältnis von Kommunalpolitik und Bürgerbeteiligung betreffen. Die Frage von Vertrauen im Kontext von Partizipation möchte ich dabei in Bezug auf drei Kategorien diskutieren:

1. die beteiligten Akteure,
2. die Institutionen der repräsentativen Demokratie und
3. die Methoden der Beteiligung.

Zunächst geht es um die Akteure: In der Kommunalpolitik sind überwiegend ehrenamtlich Engagierte aktiv. Abgesehen von den Mitgliedern des Bezirksamtes sind die Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlungen vor allem Bürgerinnen und Bürger, die motiviert Politik vor Ort gestalten wollen und hierfür durch Wahlen ein Mandat erhalten haben. Sie verfügen nicht über die gleichen Ressourcen wie Abgeordnete im Abgeordnetenhaus oder Bundestag, haben mehrmals wöchentlich Termine und generieren häufig ein umfangreiches kommunales Fachwissen. In der Bevölkerung ist dieser Unterschied häufig nicht bekannt. Die ehrenamtlichen Mandatsträger in der BVV und mehr noch die sachkundigen Bürgerinnen und Bürger (Bürgerdeputierte) sind zwar einerseits bürgerschaftlich Engagierte, doch müssen sie häufig

⁵ Vgl. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin (Hg.): Handbuch zur Partizipation. 2. Aufl., Berlin 2012, http://www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale_stadt/partizipation/download/Handbuch_Partizipation.pdf.



genauso mit dem Misstrauen kämpfen wie ihre hauptamtlich tätigen Kolleginnen und Kollegen, die Politik als Beruf ausüben.

1. Die kommunalen *Akteure* haben unterschiedliche Ressourcen, Zugänge und Interessen zu politischen Sachverhalten vor Ort. Schon die Startbedingungen in Form von Informationen, beispielsweise bei Stadtentwicklungsprojekten, sind zwischen Verwaltung, Investoren und Bürgerschaft ungleich verteilt. Zudem können die Bürgerinnen und Bürger angesichts ihrer Vielfalt auch nicht als einheitliche Interessengruppe gesehen werden, denn ihre Zugänge, Ressourcen und Interessen werden durch Faktoren wie Alter, Geschlecht, soziale Herkunft etc. bestimmt. Zusätzlich gibt es das Phänomen der „üblichen Verdächtigen“, die sich auf kommunaler Ebene engagieren: nämlich Bürgerinnen und Bürger

meist aus mittelständischen Milieus, die gut mit Ressourcen ausgestattet sind, genügend Zeit haben, sich Informationen zu beschaffen und in spezifische Themen einzuarbeiten, und die darüber hinaus besonders aktiv im Internet oder redogewandt sind. Hier geht es auch um die Frage, wer die Definitionsmacht über Problemstellungen und Lösungen hat. Diese ressourcenstarken

Gruppen können Entscheidungsprozesse eher beeinflussen als Gruppen, die nicht über solche Ressourcen verfügen, aber dennoch stark von den politischen Entscheidungen betroffen sind. An diesem Punkt werden die Grenzen dialogbasierter Beteiligungsformen wie Internetforen oder Stadtteilversammlungen deutlich. Auch Formen der direkten Demokratie schließen nicht alle Beteiligten und Betroffenen ein. Ein starkes Beispiel für dieses Phänomen ist das Ergebnis des Volksentscheides in Hamburg zur Schulreform im Jahr 2010. Hier waren jene, die am stärksten von der Reform profitiert hätten, am wenigsten am politischen Entscheidungsprozess beteiligt.

2. Auf der institutionellen Ebene möchte ich auf die Potenziale der Bezirkverordnetenversammlung als *Institution* der repräsentativen Demokratie aufmerksam machen. Es wäre dringend notwendig, dass sich die Arbeitsweise der BVV, aber auch ihre Wahrnehmung in der Öffentlichkeit verändert. Die BVV könnte aus dieser Sichtweise als eine Form der Bürgerbeteiligung betrachtet werden, zumal durch verschiedene neue Verfahren die Bürgerinnen und Bürger direkte Einflussmöglichkeiten in dieser Institution bekommen haben. Beispiele sind das Rederecht in den Ausschüssen, die Fragestunde im Plenum oder auch das Antragsrecht von Gremien, wie dem Kinder- und Jugendparlament, das direkt an die BVV gerichtet ist. Als Arena der politischen Diskussion und Einflussnahme wird der BVV bisher leider zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Dies ist sicher der Struktur eines Stadtstaates wie Berlin geschuldet, wo das Abgeordnetenhaus die größte Aufmerksamkeit auf sich zieht. Dabei ist zu fragen, was die BVV als Institution tun kann, um im doppelten Sinne stärker wahrgenommen zu werden: zum einen in ihrer Bedeutung für politische Entscheidungen, die Verwaltungshandeln anregen und kontrollieren, zum anderen als Adresse für politische Anliegen der Bürgerinnen und Bürger. Hierzu gehören auch die Fragen der Transparenz und der Vermittlung von politischen Entscheidungen sowie das niedrigschwellige Angebot, an politischen Prozessen teilzuhaben.

3. Im Hinblick auf die *Methoden* der Beteiligung ist der Ausgangspunkt für politische Partizipation in der Kommunalpolitik – und damit für politische Entscheidungen – der Sozialraum als das direkte Lebensumfeld der Bürgerinnen und Bürger. Wenn man davon ausgeht, dass Bürgerinnen und Bürger zunehmend in ihrem direkten Lebensumfeld beteiligt werden wollen, dann gelingt Partizipation vor allem

Politische Beteiligung ist ungleich verteilt.

Was nährt das Misstrauen der Bürgerschaft?

sozialräumlich mit Strategien, die von den Bedürfnissen und Ressourcen der Betroffenen ausgehen, beispielsweise den Bewohnerinnen und Bewohnern eines Stadtteils. Erfahrungen mit sozialräumlicher Orientierung gibt es mittlerweile viele, darunter Quartiersmanagement, Sozialraumorientierung in der Jugendhilfe, lokale Bildungsnetzwerke und stadtteilbezogene Gesundheitsförderung. Allerdings ist die „klassische“ Kommunalpolitik noch stark von einer fachspezifischen Sichtweise geprägt, die erst langsam durch eine raumbezogene, fachübergreifende und vernetzte Denkweise abgelöst wird.

Partizipation im direkten Lebensumfeld ist jedoch besonders anfällig für die Produktion von Misstrauen und Demotivation, weil die Bürgerinnen und Bürger den kommunalen Mandatsträgern oft persönlich begegnen und direkt miteinander kommunizieren können. Diese Kommunikation ist häufig von hohen Erwartungen geprägt, was Wertschätzung und Verständnis für die jeweilige Situation betrifft. Bürgerinnen und Bürger werden enttäuscht, weil Anliegen, die ihr direktes Lebensumfeld betreffen, nicht zügig umgesetzt werden können oder auf einer anderen politischen Ebene entschieden werden müssen. Ehrenamtliche kommunale Mandatsträger werden in Konflikten in ihrer Rolle als Vertreter der repräsentativen Demokratie angegriffen, was diese mitunter sehr persönlich nehmen etc.

Viele Erfahrungen zeigen, dass es mannigfaltige Möglichkeiten gibt, ein maximales Misstrauen zu erzeugen, das engagierte Bürgerinnen und Bürger auf lange Zeit demotiviert. Dazu gehören intransparente Ziele, unklare und bürokratische Spielregeln, Pseudo-Beteiligung, Geheimnisse statt notwendiger Transparenz, mangelhafte Kommunikation von Ergebnissen und Entscheidungen etc. Gerade partizipative Verfahren wie Zukunftswerkstätten, Open Space oder Worldcafé mobilisieren in der Bürgerschaft häufig viel Energie, Ideen und Hoffnungen vor dem Umsetzungsprozess. Der Einsatz solcher Methoden muss deshalb immer von den Bürgerinnen und Bürgern her gedacht werden und der Umgang mit den Ergebnissen von Beteiligungsverfahren muss von Anfang an transparent sein. Auch die Grenzen politischer Entscheidungen müssen vor Beginn des Beteiligungsprozesses deutlich sein.

Am Ende spielt im Dialog zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Politik und Verwaltung beiderseitiges Vertrauen eine wichtige Rolle: Partizipation und Transparenz sind wesentliche Voraussetzungen für die Rückgewinnung von Vertrauen in der Politik. Dabei werden sich die Techniken der politischen Entscheidungsprozesse und das Profil der Mandatsträger ständig verändern, da der Lernprozess in diesem Bereich erst begonnen hat.

Angesichts dessen sind die Anforderungen an ehrenamtliche Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker hoch, denn sie benötigen Empathie und Einsicht in die Diversität der Beteiligten und deren unterschiedlichen Interessen und Ressourcen, sie müssen politische Prozesse verständlich erklären können und gleichzeitig klar Position beziehen und durchsetzungsstark sein.

Sicher ist, dass künftig bei jeder konfliktbehafteten politischen Entscheidung darüber nachgedacht werden muss, welche Form der Partizipation sinnvollerweise eingesetzt werden sollte. Eine zentrale Frage wird sein, welche Entscheidungen durch direkt demokratische Verfahren und welche durch Verfahren der repräsentativen Demokratie getroffen werden sollten. Von der jeweiligen Antwort wird abhängen, ob das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik wieder gestärkt werden kann.



IDENTITÄT

VERBINDLICHKEIT

BETEILIGUNG

MOTIVATION

SELBSTWIRKSAMKEIT

ENTTÄUSCHUNG

KRITIK

ZUSAMMENARBEIT

PARTIZIPATION

VERLÄSSLICHKEIT

DEMOKRATISCHER STREIT

ÖFFENTLICHKEIT

KOMMUNIKATION

AKTEURE

GESTALTUNGSMACHT

SOUVERÄN

BÜRGERPROTESTE

EUROPA

ENGAGEMENT

POLITISCHER DISKURS

VIELFALT IN EINHEIT

VISIONEN

SELBSTBEWUSSTSEIN

OFFENE GRENZEN

POLARISIERUNG

FREIHEIT

EHRLICHKEIT

PLATTFORM

BERECHENBARKEIT

VERTRAUTHEIT

EINFÜHRUNG

HELLA DUNGER-LÖPER

Staatssekretärin, Bevollmächtigte des Landes Berlin beim Bund,
Europabeauftragte und Beauftragte für Bürgerschaftliches Engagement

Warum widmen wir uns im zweiten Zyklus der Denkwerkstatt dem Thema Europa?

Aus der Überzeugung, dass Vertrauen eine der unverzichtbaren Größen für ein erfolgreiches Funktionieren in Gesellschaften ist, haben wir in einem ersten Zyklus Erfahrungen und methodische Herangehensweisen aus Wirtschaft, Medien und sozialen Netzwerken untersucht und Fragen der Vertrauensbildung in diesen Referenzfeldern erörtert.

Leitender Gedanke dabei war, für politisches Handeln im engeren Sinne aus diesen Feldern Anregungen zu finden, die übertragbar sind und für die Politik adaptiert werden können. Dabei haben sich Transparenz und Partizipation als wesentliche Elemente herausgestellt.

Das Thema „Politik und Vertrauen“ war von Anfang an nicht auf kurzfristige Aktualität angelegt, sondern sollte aus der grundsätzlichen Perspektive demokratischer Zusammenhänge betrachtet werden. Dennoch wurde die Relevanz des Themas durch aktuelle Ereignisse wie den Konflikt um Stuttgart 21 unterstrichen.

In der zweiten Hälfte des Jahres 2011 drängte sich angesichts der Krise des Euros, die sich schnell ausweitete in eine vermeintliche Krise der europäischen Idee, der Europäischen Union und der europäischen Institutionen, das Thema „Vertrauen/Misstrauen in Europa“ auf.

Angesichts der Vorteile des gemeinsamen Marktes in Zeiten der Globalisierung, einer weit verbreiteten gemeinsamen Währung und der – allerdings nur langsam – voranschreitenden Angleichung der Lebensverhältnisse schien es uns als überzeugten Europäerinnen und Europäern nicht denkbar, diese Fortschritte als Konsequenz der Krise aufzugeben.

Von daher näherten wir uns dem Thema „Vertrauen und Europa“/ „Vertrauen in Europa“ mit einer Suche nach Erfolgsgeschichten in der Geschichte der europäischen Idee. Das deutsch-französische Verhältnis kann dafür sicher immer als herausragendes Beispiel gelten. Der Aufbau von Vertrauen aus einer Situation von gegenseitigem Hass und kriegerischen Auseinandersetzungen in einem nie gekannten Maße muss als ein Paradebeispiel für Vertrauensbildung gelten.

Es stellte sich die Frage nach der Übertragbarkeit dieses Modells auf das Verhältnis Polen und Deutschland. Ist das Modell des „Weimarer Dreiecks“ – eines ausschließlichen Top-down-Modells – die Antwort?

Blickt man zurück auf den Prozess der Vertrauensbildung zwischen Frankreich und Deutschland, fällt ins Auge, dass die ursprünglichen Antriebsmotive, dabei vor allem die Friedenssicherung nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs, heute nicht mehr hinreichend sind, um eine europäische Identität zu stiften. Aufgabe ist es deshalb, die europäische Idee neu zu erzählen und zu begründen.

Dieser aktuellen Schwäche, Begründungs- und Herleitungszusammenhänge zu kommunizieren, steht eine kräftige Kritik an der Europäischen Union gegenüber. Diese Kritik richtet sich vor allem gegen Bürgerferne, ein Übermaß an Bürokratie, Intransparenz und mangelnde Beteiligungs- und Einwirkungsmöglichkeiten – just die Elemente, die wir als Treiber von Vertrauensverlusten aus anderen Feldern kennen.

Was also muss geleistet werden, um der europäischen Idee wieder Leben zu geben? Wie kann eine „europäische Pyramide“, wenn wir bei diesem schon in den vorherigen Reports gebrauchten Bild bleiben, als Symbol des Vertrauens in Europa aussehen?

Muss es erst zu einer äußeren Bedrohung kommen? Welche Rolle spielen vielfältige Ängste? Welche Rolle haben einzelne Persönlichkeiten in der europäischen Geschichte gespielt und welche Personen könnten diese Rolle heute ausfüllen? Wie kann aus dem Top-down ein Bottom-up-Prozess werden?

Und wie kann eine europäische Identität wachsen? Eine europäische Identität, die der spanische Kulturphilosoph José Ortega y Gasset 1929 so überzeugend formuliert hat:

„Wenn wir uns ... vorstellen, wir sollten lediglich mit dem leben, was wir als ‚Nationale‘ sind, wenn wir etwa den durchschnittlichen Deutschen aller Sitten, Gedanken und Gefühle zu entkleiden probieren, die er von anderen Ländern des Erdteils übernommen hat, werden wir bestürzt sein, wie unmöglich eine solche Existenz schon ist; vier Fünftel unserer inneren Habe sind europäisches Gemeingut.“⁶

Vielfältige Fragen, die einen Zyklus zu Europa und Vertrauen sicher begründen!

⁶ Zitat von José Ortega y Gasset in der Einleitung zur Europaausstellung des Berliner Museums für europäische Kulturen.



VERTRAUEN IN DER EURO- PÄISCHEN UNION

DANIELA SCHWARZER

Leiterin der Forschungsgruppe EU-Integration bei der
Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin

POLITISCHE HANDLUNGSFÄHIGKEIT IN DIE EUROPÄISCHE POLITIK MUSS TRANSPARENZ, VERLÄSSLICHKEIT UND BERECHENBARKEIT ZURÜCKKEHREN.

In meinem Vortrag möchte ich die Frage, wie es in der Europäischen Union momentan um Vertrauen bestellt ist, in drei Dimensionen betrachten:

- Erstens: dem Verhältnis zwischen Politik und Bürgerinnen und Bürgern in der EU;
- zweitens: dem Verhältnis zwischen den Regierungen;
- drittens: dem Verhältnis zwischen Staat und Finanzmarkt.

Der letzte Punkt ist besonders interessant, da wir uns gegenwärtig in einer Verschuldungskrise befinden, die weitestgehend von Finanzmarktakteuren getrieben wird.

Bei jedem Themenkomplex werde ich zwei Fragen stellen. Wessen Vertrauen in wen ist eigentlich erschüttert? Und was kann getan werden, um es wiederherzustellen?

VERHÄLTNIS ZWISCHEN EU-BÜRGER/INNEN UND POLITIK

Die Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union stehen unter dem Eindruck einer länger währenden Krise, die – in ihren verschiedenen Ausprägungsformen – bereits seit 2007 andauert. Letztendlich müssen wir also schon fast fünf Jahre mit den Folgen einer Krise umgehen. Für die Bevölkerung wurde die Krise Ende 2008/2009 relevant. Damals wurde die realwirtschaftliche Krise – zumindest in einigen EU-Mitgliedstaaten – richtig spürbar, indem das Wachstum einbrach, die Arbeitslosigkeit zunahm und die materielle Unsicherheit wuchs. In der Geschichte der europäischen Integration über die letzten fünfzig Jahre ist feststellbar, dass es eine Korrelation gibt zwischen der selbst wahrgenommenen materiellen Sicherheit einerseits und der Zustimmung zur Europäischen Union andererseits. Dies ist ganz klar korreliert, wenn auch in den Mitgliedstaaten unterschiedlich. Das Besondere an der gegenwärtigen Krise ist, dass 2009 die gesamte Europäische Union in eine Wirtschaftskrise schlitterte und alles darauf hindeutete, dass sich unter diesem Druck die Zustimmung der EU-Bürgerinnen und -Bürger zur Europäischen Union und auch ihr Vertrauen in die EU verändern würden.

Das ist auch geschehen. Aber – und das ist die gute Nachricht: Wir haben es in keiner Weise mit einer pauschalen Abkehr von Europa zu tun. Es zeigt sich aber insgesamt ein nachlassendes Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in politische Institutionen. Auch die Umfrageergebnisse für Deutschland machen deutlich, dass das Vertrauen der Bevölkerung in einzelne Politikerinnen und Politiker und in politische Institutionen sinkt. Genauso sinkt auch das Vertrauen in die europäischen Institutionen.

Darüber hinaus schätzt die Bevölkerung den Nutzen der Mitgliedschaft des eigenen Landes in der Europäischen Union zunehmend kritisch ein. Das zeigen die Umfragedaten in sogenannten Geberländern, zum Beispiel in Deutschland. Wenn die Bürgerinnen und Bürger wissen, dass ihr Land materielle Risiken für ein anderes Land in der Europäischen Union mitträgt, ist es aber auch nicht verwunderlich, dass viele denken, es würde dann für sie selbst weniger übrigbleiben.

Zudem haben sich die Erwartungen der Bevölkerung an die Europäische Union in der Wirtschafts- und Finanzkrise verändert. So haben die Erwartungen im wirtschafts- und sozialpolitischen Bereich relativ zugenommen. Wenn man die Bürgerinnen und Bürger heute fragt, was die Europäische Union leisten soll, wird eine klare Tendenz deutlich: Die Europäische Union soll etwas dafür tun, dass der Sozialstaat in der Form, wie man ihn kennt oder wie man ihn gerne weiterentwickeln würde, erhalten bleibt, und dass etwas für Wachstum und Beschäftigung getan wird.

Diese Ergebnisse sind mit großer Sensibilität zu betrachten, denn sie bedeuten, dass das Enttäuschungspotenzial ungeheuer groß ist. Wenn diese Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger nicht erfüllt

werden, wird ihr Vertrauen in die Europäische Union weiter erodieren. Und diese Gefahr besteht durchaus, da die Europäische Union in vielen dieser Bereiche nicht die Kompetenz besitzt, um diese Erwartungen zu erfüllen. Gleichzeitig besteht ein globales Umfeld, in dem viele dieser Dinge auch nicht auf nationaler Ebene geliefert werden können – angesichts von überschuldeten

Staaten plus großem Druck auf den globalen Märkten und Problemen der Wettbewerbsfähigkeit in einigen Ländern.

Das Vertrauen könnte
weiter erodieren.



Darüber hinaus zeigen Analysen, dass die Bevölkerung kritisch sieht, wie mit der Verschuldungskrise seit Ende 2009/Anfang 2010 umgegangen wird. Die Bürgerinnen und Bürger ziehen daraus offenbar den Schluss, dass die Politik in diesem Fall nicht problemlösungsfähig ist. Wenn man die Zeitung aufschlägt, wird deutlich, dass seit 2010 eine Verschuldungskrise besteht und keiner eine Lösung hat. Alles wird immer teurer und am Ende werden vielleicht sogar Entscheidungen getroffen, die ursprünglich ausgeschlossen worden waren.

All das ist nicht vertrauensfördernd. Wenn man die Kriterien der Verlässlichkeit und Berechenbarkeit für Vertrauen schaffende Politik anlegt, dann passiert im Moment das genaue Gegenteil. Wenn man wie Gesine Schwan die Kriterien Gerechtigkeit, Wahrhaftigkeit und Kompetenz⁷ auf die Lage der Europäischen Union anwendet, ziehen viele Bürgerinnen und Bürger ebenfalls eine schlechte Bilanz. Das zeigt sich in Überlegungen wie: „Ist es gerecht, dass wir für Griechenland zahlen? Nein! Wart Ihr wahrhaftig? Nein, Ihr habt uns das Gegenteil gesagt! Seid Ihr kompetent? Sowieso nicht.“

Ein Element, das in der Verschuldungskrise, insbesondere im ersten Halbjahr 2010, neu hinzukam, war eine zwischengesellschaftliche Polarisierung. Die Art, wie in Zeitungen wie der „Bild“ pauschal gegen „Griechen“ polemisiert wurde und wie man in griechischen Medien, jüngst auch in italienischen und britischen Medien über Deutschland schrieb, hatte es bisher nicht gegeben. Diese Polarisierung verstärkt empirisch haltbare Negativmeldungen und unterlegt sie mit einer Rhetorik, die Vertrauen zerstört.

Was ist in dieser Gemengelage zu tun? Das Dringendste, was die Europäische Union und die Bundesregierung brauchen, ist eine ganz klare Demonstration von politischer Handlungsfähigkeit in dieser Krise. Es gab Momente, wo durchaus Handlungsfähigkeit gezeigt wurde. Doch diese war nicht mit dem nötigen politischen Diskurs verbunden, um die Bürgerinnen und Bürger davon zu überzeugen, dass man weiß, was man tut, und dass man in der Lage ist, kurzfristige Maßnahmen in einen Gesamtkontext zu setzen. Es muss jedoch aufgezeigt werden, dass die vielen einzelnen Schritte im Krisenmanagement bewusst durchgeführt werden, sie müssen offen kontextualisiert werden: Wohin führt uns das? Was machen wir als nächstes? Wie gehen wir mit bestimmten Entwicklungen um? So hat sich zum Beispiel die Natur der Währungsunion durch die Einrichtung der Rettungsmechanismen maßgeblich verändert. Ein anderes Beispiel ist die Rolle der Europäischen Zentralbank, die ihr ursprüngliches Mandat bei Weitem überschreitet. Das Krisenmanagement wird von allen hingenommen, weil man politisch keine Alternative sieht. Erst wenige Parteien denken darüber nach, was aktiv getan werden kann, um aus dieser Situation wieder herauszukommen.

Zweiter Punkt: Man muss sehr aktiv kommunizieren, was man macht und wozu. Es geht nicht nur um die Frage, warum wir uns einst für die europäische Integration entschieden haben. Wichtig ist zu vermitteln, welches Ziel wir damit verfolgen, wie wir Europa als Projekt situieren. Dazu gehört die Information, wie die Hilfsmaßnahmen für einzelne Mitgliedstaaten und notwendige Reformen innerhalb der Euro-Zone in diesem Zusammenhang eingeordnet werden. Nur wenn

Über Europa muss aktiv kommuniziert werden.

⁷ Vgl. Gesine Schwan: Notwendigkeit und Chancen von Vertrauen in der Demokratie. In: Politik und Vertrauen. Report 02, Dezember 2011, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, S. 30-35.

es gelingt, Transparenz, Verlässlichkeit und Berechenbarkeit in die europäische Politik zurückzubringen, kann man die Bevölkerung auch wieder „abholen“.

Dafür ist es wichtig, dass wir uns innerhalb der Europäischen Union ernsthaft Gedanken über die wachsenden und immer intensiver diskutierten Legitimationsdefizite der Europäischen Union machen. Im wissenschaftlichen Diskurs unterscheidet man zwischen Input-Legitimation – also wie die demokratische Beteiligung organisiert ist –, und Output-Legitimation – also dem, was ein politisches System seinen Bürgerinnen und Bürgern liefert. In Europa haben wir im Moment das Problem, dass in einer Krisenphase der Output zwangsläufig nicht sehr stark überzeugt. Umso mehr müssen wir darüber nachdenken, wie man die Legitimationsketten zwischen Bürgerinnen und Bürgern und europäischem System stärken könnte. Das kann auch in eine grundsätzliche Demokratiedebatte münden.

Wenn ich die Union heute betrachte, ist für mich als Bilanz festzuhalten: Der ursprüngliche Gedanke, dass sich die Legitimation von europäischer Politik vor allem durch nationale Politikerinnen und Politiker in die Bevölkerung zurückspiegelt, trägt nicht mehr. Diese Legitimationskette ist brüchig geworden, in vielen Ländern hält sie fast gar nicht mehr. Man kann sich nicht mehr darauf verlassen, dass der „Permissive Consensus“, also die schweigende Zustimmung der Bevölkerung zu mehr Europa, immer da ist und gleichzeitig die Regierungen schon dafür sorgen werden, dass alle zustimmen. Mit diesen Variablen können wir in der Zukunft nicht mehr arbeiten.

VERHÄLTNIS ZWISCHEN REGIERUNGEN

Im Bezug auf das Verhältnis zwischen den Regierungen in der EU will ich drei Phänomene beleuchten.

Das Erste ist, dass zwischen den Regierungen eine neue Gruppenbildung festzustellen ist, nämlich die Gruppe der Geberländer und die Gruppe der Nehmerländer. Bei den europäischen Rettungsmechanismen wird von Geberseite ein bislang nie da gewesenes Maß an finanzieller Solidarität aufgefahren, und dies unter Bedingungen, wo das Vertrauen in die Nehmerländer – Stichwort: Griechenland – nicht besonders weit entwickelt ist. Das macht das Ganze politisch zu einer extrem sensiblen Operation. Denn wenn man einem politischen System Überbrückungskredite gibt, aber nicht darauf vertraut, dass es aufgrund seiner administrativen Strukturen überhaupt Reformen umsetzen

kann, die es wieder auf einen guten Pfad bringen, dann ist das eine höchst problematische Situation. Gleichzeitig ist aber auch das Vertrauen der Nehmerländer gegenüber den Geberländern extrem erschüttert, was zum Beispiel in Äußerungen wie „Europa spricht Deutsch“ zum Ausdruck kommt. Hier ist ein Grad an Polarisierung entstanden, der auch auf Regierungsebene ein großes Problem darstellt und mit dem umgegangen werden muss.

Eine zweite Gruppenbildung zeigt sich zwischen Euro-Zone und Nicht-Euro-Zone. Innerhalb der Euro-Zone wurden insbesondere in der Finanz- und Verschuldungskrise Mechanismen geschaffen, die man wahrscheinlich vor drei bis fünf Jahren niemals für möglich gehalten hätte: Rettungsfonds, europäische Finanzaufsicht, Diskussionen um gemeinsame Bankenauffangfonds, Eurobonds, vielleicht eine politische Union. Wir sind hier einen Quantensprung weitergekommen. Und so groß die Probleme zwischen Geber- und Nehmerländern innerhalb der

Polarisierung innerhalb der EU zerstört Vertrauen.



Euro-Zone sind, so groß ist auch das Problem der Mitglieder der Nicht-Euro-Zone gegenüber jenen der Euro-Zone. Ich nehme das Beispiel Polen. Warschau schaut mit Sorge auf die Entwicklung in der Euro-Zone, was auch schon während seiner Ratspräsidentschaft der Fall war. Nun, da es wieder frei von dieser Rolle ist, besteht diese Sorge immer noch. Polen sperrt sich zunehmend gegen Entwicklungen, die andere Länder ausschließen könnten. Das zeigt deutlich die Angst, es könnte zu einer Spaltung kommen. Dieses Thema hat auch etwas mit Vertrauen zu tun, weil letztendlich befürchtet wird, dass innerhalb der Euro-Zone Beschlüsse gefasst werden, die nicht nur die Euro-Zone betreffen, sondern auch Länder, die zur Europäischen Union insgesamt gehören.

Die Länder der Nicht-Euro-Zone denken auch, dass sich für sie die Eintrittshürde in den Euro erhöht. Beispiel: Fiskalpakt. Dieses Thema muss mit großer Sensibilität angegangen werden. Hier sehe ich Deutschland in einer echten Mittlerrolle und als klare Führungskraft innerhalb der Euro-Zone, sowohl im Krisenmanagement als auch in der Governance-Debatte, also der Reformdebatte – und: als Brückenkopf zu Polen. Im „Weimarer Dreieck“⁸ unterscheiden sich die Interessenslagen zwischen Berlin und Paris im Verhältnis zu Polen sehr stark. In Paris nehme ich immer wieder ein erstaunliches Desinteresse am „Weimarer Dreieck“ wahr. Deshalb hat Berlin eine besondere Verantwortung, in beide Richtungen zu wirken. Polen hat während seiner Ratspräsidentschaft und insbesondere durch die Rede des Außenministers gezeigt, wie groß die Offenheit dort für Europa ist und welche großen Erwartungen man in diesem Zusammenhang an Deutschland hat.

In der Gruppe Deutschland, Frankreich und Polen stellen sich Vertrauensfragen in zweierlei Hinsicht. Über Polen habe ich schon gesprochen. Beim Krisenmanagement wurden verschiedene deutsch-französische Kompromisse deutlich. Deutschland und Frankreich haben fast zwei Jahre lang alte Sitten vergessen, nämlich die anderen Länder frühzeitig zu informieren und einzubinden, und somit eine *Fait-accompli*-Politik zu verhindern, wo die Lösung letztendlich schon auf dem Tisch liegt und die anderen, auch unter dem Druck der Krise, nur noch Ja und Amen sagen können.

Die Rolle Deutschlands und Frankreichs ist in der Europäischen Währungsunion unter dem doppelten Effekt der Wirtschafts- und Finanzkrise – der Verschuldungskrise – noch einmal sehr viel wichtiger geworden. Denn es geht dabei um schnelle Handlungsfähigkeit. Beide Länder sind dazu bereit, sie geben bei den Rettungsmechanismen insgesamt fast 50 Prozent der Garantien. Eine Rolle spielt auch der Effekt des Lissabon-Vertrags, der den Europäischen Rat aufgewertet hat. Der Präsident des Rates leiht in der Regel den größten Mitgliedstaaten sein Ohr. Diese Möglichkeit haben Angela Merkel und Nicolas Sarkozy, aber auch EU-Präsident Herman Van Rompuy in den letzten Monaten bei der Umsetzung ihrer politischen Vorstellungen sehr intensiv genutzt. Dieses Vorgehen hat andere Staaten entfremdet. Die kleinen und mittelgroßen Mitgliedstaaten entdecken umso mehr ihr Interesse an den supranationalen Organisationen, weil diese ihnen helfen, auch das nötige Gehör zu finden. Sie sehen diese Orientierung als Weg, die Großen etwas einzuhegen.

⁸ Das sogenannte Weimarer Dreieck (Komitee zur Förderung der Deutsch-Französisch-Polnischen Zusammenarbeit) ist ein loses Gesprächs- und Konsultationsforum Deutschlands, Frankreichs und Polens. Wichtige Ziele sind, die Politik der drei Länder aufeinander abzustimmen und die europäische Integration zu stärken. Gegründet wurde der Dreierbund anlässlich eines Treffens der Außenminister Hans-Dietrich Genscher, Roland Dumas und Krzysztof Skubiszewski 1991 in Weimar (Thüringen).

Der zweite Aspekt im deutsch-französischen Verhältnis ist die Frage nach dem Vertrauen in der bilateralen Beziehung. Wichtige Punkte sind dabei:

- Was kann man aus diesem Verhältnis lernen?
- Wie wurde hier Vertrauen aufgebaut?
- Was kann man davon auf andere Beziehungen übertragen?

Zunächst ist das bilaterale Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich ganz besonders vom Gedanken der Aussöhnung geprägt.

Das ist meiner Ansicht nach die Grundlage des deutsch-französischen Verhältnisses, das heute politisch sehr weit entwickelt ist. Es gibt hier einen unausgesprochenen Kodex, der nicht von der politischen Ebene und auch nicht von der Arbeitsebene im Regierungsaustausch getragen wird, sondern von den Medien und letztendlich auch von der Bevölkerung: Entsprechend

gibt es gewisse Dinge, die man über den anderen nicht sagt. Wenn so etwas dennoch passieren würde, wäre eine ganz kritische Linie überschritten. In diesem bilateralen Verhältnis haben wir Geschichte anders und intensiver bewältigt, als es zwischen Deutschland und anderen Partnern, aber auch zwischen anderen Ländern in der Europäischen Union der Fall ist.

Auf der politischen Ebene sind die Konsultationsmechanismen und die Formen der Zusammenarbeit sehr eng, über die Jahrzehnte getragen von persönlichem Austausch und einem großen Wissen über das andere Land. Trotzdem hat mich in den letzten fünf Jahren im deutsch-französischen Verhältnis immer wieder der Grad an gegenseitigem Misstrauen erschreckt. Das will ich anhand einer Anekdote verdeutlichen. Ich war als Mitglied in der Weißbuch-Kommission im französischen Außenministerium eingeladen, um an dem Teil über Europa mitzuarbeiten. Ich war dort die einzige Ausländerin. Als ich während dieser Zeit in Berlin an einer Diskussionsrunde teilnahm, wurde ich von einem damaligen Staatssekretär mit den Worten begrüßt: Ach, Sie sind übergelaufen?! – Er meinte das als Witz, denn er ist selber ein großer Frankreichfreund. Aber das Gefühl war mir in dieser Zeit nicht ganz fremd, dass Leute sich nicht ganz sicher waren, wo ich stehe. Ich fand es ganz erstaunlich, dass so etwas an einen herangetragen wird.

Auf der anderen Seite war es übrigens genauso. Diese französische Gruppe hatte jede Woche Gäste, von denen viele nicht wussten, dass ich Deutsche bin, bis ich die ersten Sätze gesagt hatte. Der Diskurs änderte sich ab dem Moment, als sie wussten, dass jemand aus Deutschland dabei ist. Als nicht bekannt war, dass ich als Deutsche mit am Tisch sitze, habe ich dort Dinge über Deutschland und das deutsch-französische Verhältnis gehört, die von einem tiefen Misstrauen getragen waren und mich sehr entsetzt haben. Dieses Problem habe ich somit auf beiden Seiten erlebt, in Deutschland und in Frankreich.

Das bedeutet für mich, dass wir auf gar keinen Fall die Bemühungen um das bilaterale Verhältnis einstellen dürfen, sondern es bleibt eine tagtägliche Aufgabe und auch eine Aufgabe für jede neue Generation, die sich damit befasst.

Selbst zwischen Deutschland und Frankreich, im engsten bilateralen Verhältnis der Welt, spielen Themen wie Transparenz, Berechenbarkeit und Kommunikation also immer noch eine große Rolle, und es fehlt noch an Vertrauen. Das ist meiner Ansicht nach darauf zurückzuführen, dass Vertrauen etwas damit zu tun hat, die Interessen des anderen zu kennen und zu verstehen. Man wird niemals Interessenhomogenität erreichen. Aber man muss wissen, was der andere will und man sollte in einem gewissen Maß auch seine Strategien verstehen,



also wie er Probleme angeht und wo er hin will. In den letzten Jahrzehnten wurde etwas Wichtiges versäumt: Es braucht noch etwas über die operative Zusammenarbeit und den Interessensabgleich hinaus, der am Ende steht und zwischen den Staats- und Regierungschefs ausgetragen wird, wenn es nötig ist, gemeinsam zu handeln. Es ist zudem wichtig, den strategischen Dialog beider Seiten auf höchster Ebene zu fördern. Man muss sich wirklich Zeit nehmen, gemeinsam darüber nachzudenken, wie mit gewissen Herausforderungen umgegangen werden kann. Es bedarf dringend einem Austausch über strategische Fragen, aber ohne konkreten Handlungsbedarf und ohne konkrete Entscheidungssituation. Nur das erlaubt uns, auf die großen Fragen, die weiter auf uns einströmen werden, reagieren zu können.

VERHÄLTNISS ZWISCHEN FINANZMARKT UND POLITIK

Im Verhältnis von Finanzmarkt und Politik erleben wir momentan eine Verschuldungskrise, die maßgeblich von den Märkten getrieben ist. Wir haben es mit einer Krise zu tun, die in keiner Weise in ihrer ganzen Breite von wirtschaftlichen Fundamentaldaten reflektiert ist. Vielmehr handelt es sich um eine sich selbst erfüllende Prophezeiung:

Wenn erwartet wird, dass sich eine Lage verschlechtert und sich Verluste materialisieren, dann ziehen Anleger ihr Geld ab. Und wenn sie dieses Geld abziehen, dann verschlechtert sich die Lage. Im Rahmen dieser Verschuldungskrise erleben wir genau diesen Effekt, der natürlich viel mit Vertrauen zu tun hat.

Wir können aber nicht einfach sagen: Die Märkte sind spekulative Bewegungen. Gegenwärtig haben wir damit zu kämpfen, dass langfristig orientiertes Kapital aus der Euro-Zone abgezogen wird, dass Anleger, die eigentlich hier bleiben wollen, das Vertrauen verlieren und deshalb die Euro-Zone verlassen. Mittlerweile sieht man auch, dass Kapital aus Ländern abfließt, in denen es gar keinen Grund gibt, von einer Staatsschuldenkrise zu sprechen.

Ich kann jetzt nicht auf die einzelnen Faktoren eingehen, die zu dieser Entwicklung geführt haben. Aber wenn man heute Anleger fragt, welche Faktoren entscheidend sind, die das Vertrauen zurückgeben können, dann zeigt sich, dass wir längst über eine Phase hinaus sind, wo nur die Daten der Länder eine Rolle spielen, etwa die Konsolidierungspolitik Italiens oder Griechenlands oder die Wachstumsraten. Inzwischen wird die Euro-Zone insgesamt betrachtet, es wird auf die Problemlösungsfähigkeit der Politik geachtet. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, ob die Anleger das Vertrauen haben können, dass hier langfristig ein Rahmen neu zusammengesetzt bzw. gebaut wird, der es erlaubt, den Euro zu erhalten, die Schwächen, die durch die Krise aufgedeckt wurden, zu bearbeiten und letztendlich eine neue Regierungsform für diesen Währungsraum herzustellen. Auf diese Weise könnte auch die marktgetriebene Krise, die im Wesentlichen auf einem Vertrauensverlust basiert, behoben werden.

WIE KANN VERTRAUEN GEWONNEN WERDEN?

Wie können wir das Vertrauen der Bevölkerung wieder herstellen? Die Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass Politik transparent und verständlich ist, dass Handlungsfähigkeit gezeigt und die erforderliche Reformpolitik umgesetzt und annonciert wird. Zugleich sollte gemeinsam eine Aussicht entwickelt werden, wie dieser Währungsraum wieder zu einem soliden Wirtschaftsraum mit einer soliden Wachstumsaussicht werden kann.

Politische Vision und politischer Diskurs

Das heißt: In Summe haben wir es mit einer enorm großen politischen Aufgabe zu tun – in allen Dimensionen, die ich beschrieben habe. Ganz offen ist noch die Frage, wo die Europäische Union hinsteuert. Wenn wir uns darüber bewusst werden, dass Vertrauen dafür ein zentrales Element ist, können wir auch die Frage neu bewerten, welche Rolle die politische Vision und der politische Diskurs dabei spielen muss und kann. Wir befinden uns in einer Zeit, in der das Stückwerk an kurzfristigen Antworten auf Tageskrisen eingebettet werden muss in ein größeres Narrativ und in ein wirkliches Konzept, wie die Euro-Zone weiterentwickelt werden kann.

Um mit einem positiven Gedanken zu schließen: In Deutschland ist die Debatte schon relativ weit fortgeschritten. Die Diskussion, die wir in Deutschland seit Sommer 2011 über Zukunftsfragen der Europäischen Union erleben, ist eine, die innerhalb der EU am weitesten entwickelt ist. Der Kritik, dass Deutschland kein Europa mehr will und keiner mehr genau weiß, ob wir eigentlich überhaupt noch europäische Interessen haben oder nur noch nationale – was einem ja aus europäischen Medien und auch von anderen Europäern immer wieder entgegengespielt wird –, kann man etwas entgegensetzen. Wir haben noch keine definitive Antwort, aber wir stehen mitten in der Diskussion.

Die Verschuldungskrise hat mit Vertrauen zu tun.



IMPULSE: ERFAHRUNGEN AUS DER PRAXIS

DIPLOMATIE IST VERTRAUENSACHE

GUNTER PLEUGER

Präsident der Europa-Universität Viadrina, Botschafter a. D.

KENNENLERNEN LEHRT AUCH VERTRAUEN

SIGRID E. NIKUTTA

Vorstandsvorsitzende der Berliner Verkehrsbetriebe

DIPLOMATIE IST VERTRAUENSACHE

GUNTER PLEUGER

Vor meiner jetzigen Tätigkeit als Präsident der Europa-Universität Viadrina war ich 38 Jahre im Auswärtigen Dienst tätig und habe die Hälfte meines Lebens im Ausland verbracht. Jeder, der längere Zeit im Ausland gelebt hat, kann würdigen, was in Europa in den letzten 65 Jahren geschehen ist. Es ist so unglaublich, was hier geschaffen wurde: eine Entwicklung hin zu Transnationalität, Kooperation, Konfliktmanagement und Konfliktverhinderung, wie sie auf der Welt einzigartig ist. Auf keinem anderen Kontinent hat eine vergleichbare Entwicklung stattgefunden.

Jetzt erlebe ich an der Universität, wo die Studierenden um die 20 Jahre alt sind, dass für sie die „Wende“ um 1989/1990 entfernte Geschichte ist. Das ist für sie so weit weg wie für uns früher der deutsch-französische Krieg 1870. In der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Umgebung, in der die jüngere Generation lebt, wird die gegenwärtige Situation in Europa für selbstverständlich genommen – was ja schön ist. Man muss aber erkennen, dass Europa eben keine Selbstverständlichkeit ist, sondern dass ständig darum gekämpft werden muss. Diese Notwendigkeit erschließt sich jungen Menschen vor allen Dingen dadurch, dass sie wissen, woher wir kommen und wie wir zum heutigen Europa gekommen sind.

GESTALTUNGSMACHT EUROPAS

An der Europa-Universität Viadrina wurde deshalb auf Initiative der Studierenden eine „Geschichtswerkstatt Europa“ eingerichtet. Eine solche Institution ist sinnvoll, um den jungen Menschen wieder den Idealismus, die Begeisterung für Europa einzupflanzen. Denn diese Begeisterung braucht es, um mit den Gefahren fertig zu werden, die momentan in Europa sichtbar sind: Gefahren wie Re-Nationalisierung, die Einschränkung von wichtigsten EU-Erreugnissen wie Schengen, eine gewisse Europamüdigkeit – auch in Bezug auf die Expansion der EU –, und wenig Gestaltungswillen für die europäische Gemeinschaft. Ein Gestaltungswille wäre aber dringend notwendig. Denn Europa ist der Kontinent, der am ehesten weltpolitisch gestalten und dazu beitragen kann, globale Probleme zu lösen.

In den internationalen Institutionen, in denen ich vornehmlich gearbeitet habe, insbesondere in den Vereinten Nationen, hat Europa einen ganz anderen Ruf als es unsere eigene Vorstellung von Europa nahelegen würde. In den Vereinten Nationen ist Europa der Hauptsprechpartner für jeden, der dort eine Initiative ergreifen will. Nicht die USA! Nicht Russland! Nicht China! Auch nicht die aufstrebenden BRICS-Staaten.⁹ Es ist immer die Europäische Union. Das gilt für alle Konferenzen weltweit. Warum ist das so? Auf solchen Konferenzen wird ja mit Mehrheiten entschieden. Die Europäische Union verfügt bereits über 27 Stimmen. Ihr folgen im Schnitt noch 30, 35 Stimmen, vornehmlich aus Lateinamerika und Osteuropa. Das heißt: Jeder, der auf einer UN-Konferenz die Europäische Union hinter sich weiß, der hat um die 60 Stimmen, was über Gewinnen oder Verlieren entscheiden kann. 97 Stimmen sind die Mehrheit. Deshalb wendet sich jeder zunächst einmal mit seinem Anliegen an die Europäische Union und bittet um Unterstützung.

⁹ Zu den BRICS-Staaten zählen Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika.



Umgekehrt bedeutet das für die EU, dass sie ungeheure Gestaltungsmöglichkeiten hat. Denn sie kann sagen: Wir machen das, aber Ihr müsst diesen oder jenen Punkt so ändern, dass das für uns und die westlichen Staaten akzeptabel ist. Das geschieht meist auch. Deswegen hat Europa im Grunde viel größere Gestaltungsmöglichkeiten, als es gegenwärtig von den europäischen Staaten selbst wahrgenommen wird.

Nun konkret zum heutigen Thema „Vertrauen in Europa“. Vertrauen in Europa, überhaupt Vertrauen im politischen Raum, ist die Grundlage jeglicher erfolgreicher Diplomatie. Das hat ganz einfache, menschliche Gründe: Wenn man in der bilateralen Diplomatie ein Problem lösen will, geht man zu seinem Verhandlungspartner und versucht, einen Kompromiss auszuhandeln, bei dem beide Seiten als Sieger nach Hause gehen können. Es gibt in der Diplomatie keine Lösung, wo der eine gewinnt und der andere verliert, da die Verhandlungspartner völlig unabhängig voneinander sind. Man wird also immer einen Kompromiss finden müssen. Den findet man aber nur, wenn beide Seiten darauf vertrauen, dass dieser Kompromiss auch fair und richtig umgesetzt wird.

Das gilt noch mehr in der multilateralen Politik, in der Entscheidungen mit Mehrheiten gefällt werden. Um dafür Stimmen einzuwerben, gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder man macht dem Counterpart klar, dass das eigene Interesse auch sein Interesse ist. Wenn das nicht geht, hilft nur Offenheit, indem man sagt: Ich weiß, dass Euch das Thema nicht so interessiert. Aber bitte unterstützt uns hier. Wir wissen, dass Ihr in einem anderen Teil der Konferenz besondere Interessen habt, dann verpflichten wir uns, Euch in diesem Punkt zu unterstützen. – Man macht also einen Deal. Das geht aber nur, wenn sich beide Seiten gegenseitig vertrauen und davon ausgehen, dass der Deal eingehalten wird. Wenn man um eines Vorteils willen einen Kollegen auch nur ein einziges Mal hinters Licht führt, profitiert man vielleicht kurzfristig davon. Aber im internationalen Geschäft kommt letztlich alles heraus und dann ergibt sich langfristig ein massiver Nachteil, der nicht mehr rückgängig gemacht werden kann: Ein Mensch, der belogen wurde, wird niemals mehr einen Deal mit der Person machen, die sein Vertrauen enttäuscht hat. Dies hat gravierende Folgen: Da der Anteil der multilateralen Diplomaten in allen Auswärtigen Diensten relativ klein ist, trifft man den Kollegenkreis sein ganzes Leben lang immer wieder. Deshalb ist es so wichtig, dass man sich das Vertrauen dieser Leute erhält. Ansonsten kann man nachher nicht mehr erfolgreich zusammenarbeiten.

GRUNDELEMENTE VON VERTRAUEN

Wesentliche Grundelemente des Vertrauens sind aus meiner Erfahrung Transparenz, Kommunikation und Ehrlichkeit. Diese Auffassung möchte ich im Folgenden anhand einiger praktischer Beispiele aus meinem Berufsleben verdeutlichen.

Sehr wichtig für Vertrauen ist Transparenz. Als ich Staatssekretär im Außenministerium war, fuhr ich regelmäßig in den Ministerrat, um dort an Entscheidungen mitzuwirken, zu denen in der Regel Einstimmigkeit erforderlich war. Damals reichte die deutsch-französische Partnerschaft aus, um Dinge in Bewegung zu setzen – jedenfalls in der Zeit, als wir noch 15 Mitglieder in der Europäischen Union waren.¹⁰ Das deutsch-französische Paar war aber wiederum nicht so stark, dass

es in den Verdacht kam, ein „Direktorat“ bilden zu wollen, das Vorherrschaft ausübt. Deswegen ist England niemals in diesen Pakt mit einbezogen worden, denn ein Triumvirat England, Frankreich und Deutschland wäre auf den Widerstand der kleineren Mitgliedstaaten gestoßen, die darin ein Direktorat vermutet hätten – selbst wenn sich die drei Staaten nicht so verhalten hätten.

Wir haben damals immer darauf geachtet, dass bei allen Entscheidungen, die Deutschland und Frankreich im Verbund mit anderen durchzusetzen versuchten, die kleineren Staaten von Anfang an mit einbezogen wurden. Das ist die Voraussetzung dafür, dass diese Staaten das Vertrauen gewinnen, dass nicht über ihren Kopf hinweg entschieden wird.

Ganz wesentlich ist aber auch die Transparenz der Entscheidungsvorbereitung. Dazu diente früher das Gremium der politischen Direktoren, das es heute in dieser Form leider nicht mehr gibt. Diese Direktoren trafen sich praktisch jede Woche, mindestens zweimal im Monat. Bei diesen Treffen herrschte eine Art Clubatmosphäre vor, die auf gegenseitigem Vertrauen und der Kenntnis der Partner basierte.

Ein Vorteil war, dass die politischen Direktoren in engem Kontakt zu ihren Ministern standen und genau wussten, was sie sich leisten konnten und was nicht. Dadurch haben sie sich getraut, auch selbst Entscheidungen zu treffen und sich dann hinterher – falls nötig – mit ihrem Minister darüber auseinanderzusetzen.

Nach ihren Treffen berichteten die politischen Direktoren ihren Ministern, zu welchem Ergebnis man gekommen war und was verabschiedet werden sollte. – Das hat in der Regel auch geklappt.

Die Gespräche der politischen Direktoren waren gekennzeichnet von einer transparenten Kooperation, die meines Erachtens sehr wichtig ist, um Vertrauen zu schaffen.

Wichtig ist darüber hinaus Kommunikation. Das Paradebeispiel ist für mich die Vorbereitung der Nizza-Konferenz. Dort wurde heftig getäuscht, getarnt und gelogen – mit der Folge, dass die Konferenz glorios gescheitert ist. Sie erzielte nicht nur schlechte Ergebnisse, sondern führte im Endeffekt zu einem eisigen Schweigen zwischen Deutschland und Frankreich. In der Folge sagte die französische Seite: Jetzt ist Schluss mit europäischer Integration und Zusammenarbeit auf supranationaler Art; wir machen das künftig nur noch intergovernmental. In der Folge war die Kommunikation zwischen Bonn und Paris drei Monate lang weitgehend unterbrochen. Dann hat man auf beiden Seiten eingesehen, dass das in Nizza verlorengegangene Vertrauen wieder hergestellt werden muss. Da hat sich ein Satz bewährt, den ich am Anfang meines Dienstes in New York von meinem Gesandten gehört habe. Er sagte: Sie müssen eins wissen: Wenn Sie erstmal lange genug zu jemandem nett sein mussten, dann finden Sie ihn auch nett. – Und genau das ist eingetreten. Die Regierungschefs von Frankreich und Deutschland haben sich alle sechs Wochen zu einem Abendessen getroffen. Das erste Treffen fand in Blaesheim statt – daher der spätere Name „Blaesheim-Prozess“. Die Außenminister verabredeten sich alle vier Wochen, setzten sich bei Wein und gutem Essen zusammen und sprachen miteinander, ganz ohne Agenda und ohne Beschlüsse. Nach einem Dreivierteljahr kannten sich die Beteiligten so gut, dass sie sich vertrauten. Dann gab es bei den Gesprächen auch wieder eine Agenda und Beschlüsse. Diese Entwicklung wirkte sich dann auf die gesamte Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich aus, innerhalb und außerhalb der Union.

Kommunikation kann Vertrauen schaffen.

Zusammenarbeit setzt Vertrauen voraus.

¹⁰ Die EU hatte von 1995 bis einschließlich April 2004 15 Mitgliedstaaten.



Vertrauensbildung beruht auf Ehrlichkeit.

Der dritte wichtige Punkt für Vertrauensbildung ist, dass man ehrlich miteinander umgehen muss. Hier will ich als Beispiel das „Weimarer Dreieck“ nennen. Ein Kernanliegen dieses Dreierbundes war, Polen bei den sehr schwierigen Verhandlungen zum Beitritt zur Europäischen Union zu unterstützen. Es ist schwierig für ein Land, sich bei der EU um die Mitgliedschaft zu bewerben. Der Bewerber kann nicht verhandeln, sondern muss allen Forderungen der EU zustimmen, da er den „Acquis communautaire“ übernehmen muss. So können keine Kompromisse, höchstens Übergangsfristen in bestimmten Bereichen erreicht werden. Diese Situation führt oft zu Konfrontationen und Missverständnissen. Das konnte im Fall Polen durch das Weimarer Dreieck weitgehend vermieden werden.

Als Mitte der 1990er-Jahre dann klar war, dass die Verhandlungen laufen, schloß die Initiative wieder ein. Das Weimarer Dreieck wurde dann im Kosovo-Krieg wiederbelebt, weil man Polen als wichtigen Spieler brauchte. Das führte dann dazu, dass insbesondere zwischen den drei Außenministern – Joschka Fischer, Hubert Védrine und Bronislaw Geremek – ein solches Vertrauensverhältnis entstand, dass in diesem Dreiergremium wirklich Politik gemacht werden konnte – und zwar gemeinsame Politik, die sich nachher auch sehr positiv auf die Entschlüsse der Europäischen Union und auch im Rahmen der G8 ausgewirkt hat.

Seit einiger Zeit versucht die Politik wieder – und auch wir als Universität – dazu beizutragen, das Weimarer Dreieck wieder stärker mit Leben zu erfüllen, weil nach der Erweiterung der Europäischen Union der deutsch-französische Motor sehr schwach geworden ist. Er braucht einen zusätzlichen Zylinder, und der kann nur Polen sein: als größter und wichtigster, neu beigetretener EU-Staat, und als ein Staat, der die Transformation von allen Neubreitritten am effektivsten und besten bewältigt hat.

NOTWENDIGKEIT VON VERTRAUENSSTRUKTUREN

Schließlich möchte ich noch auf die Notwendigkeit tragfähiger Vertrauensstrukturen eingehen, was sich am Beispiel des deutsch-polnischen Verhältnisses zeigen lässt. Was sich da in den letzten zwanzig Jahren getan hat, grenzt an ein Wunder, wenn man sich die Geschichte bis 1989 vor Augen hält. Was sich seitdem entwickelt hat, sowohl in der politischen Psychologie wie auch in der praktischen Zusammenarbeit, ist unglaublich. Allein die neu gebildeten Strukturen zur Vertrauensschaffung, zum Beispiel durch die Europa-Universität Viadrina, die 1991 wiedergegründet wurde, machen dies sehr deutlich. Die deutsche Wiedervereinigung alleine hätte nicht ausgereicht, da man vermutlich gesagt hätte: Was brauchen wir in Frankfurt/Oder, 80 km östlich von Berlin, eine weitere Universität, wenn wir drei große Universitäten in Berlin haben?!

Der Grund für die Wiedergründung war die Brückenfunktion nach Polen und Osteuropa. Das ist für die Universität nicht nur Gründungsauftrag, sondern auch in der brandenburgischen Verfassung festgehalten, also Verfassungsauftrag. Wie ist dieser Auftrag ausgeführt worden?

Zunächst wurde eine Partnerschaft zwischen einer deutschen und einer polnischen Universität etabliert, zwischen der Viadrina-Universität und der Adam-Mickiewicz-Universität in Posen. Ergänzt wird diese Partnerschaft durch ein Joint Venture mit dem Kollegium Polonikum auf der anderen Seite der Oder, fünf Minuten zu Fuß von der Viadrina. Eine

solche Art der Kooperation zwischen zwei Universitäten verschiedener Nationalitäten besteht in ganz Europa nicht. Diese Kooperation haben wir dazu genutzt, um beispielsweise mit anderen Universitäten in Warschau, in Breslau, im alten Grünberg, in Stettin weitere Kooperationsrahmen aufzubauen, die das Verhältnis zwischen beiden Seiten immer enger werden ließen. Als die Universität Breslau vor einiger Zeit ihr 200-jähriges Bestehen feierte, wurde ein neuer Museumsflügel eröffnet, der im Wesentlichen aus der deutschen Geschichte dieser Universität bestand. Der Rektor sagte zu mir: Wissen Sie, wir entwickeln hier in Schlesien und in Breslau einen neuen schlesischen akademischen Patriotismus; wir sehen die Geschichte dieser Stadt, dieser Universität und dieses Landes als ein gemeinsames Kulturerbe. – Eine solche Aussage wäre vor zwanzig Jahren noch gar nicht möglich gewesen.

Wir haben inzwischen weitere Rahmen für die Vertrauensbildung gefunden, die für eine kleine Universität wie die Viadrina doch recht beachtlich sind. Das ist zum einen die Oder-Partnerschaft, in der wir federführend sind, was die Zusammenarbeit zwischen Universitäten, außeruniversitären Forschungsinstituten und der Wirtschaft angeht. Wir haben uns an der östlichen Kooperation beteiligt. Ein polnisches Anliegen war dabei, zu verhindern, dass neue Hürden an der neuen Ostgrenze der EU aufgebaut werden. Stattdessen soll auch hier Vertrauen durch Zusammenarbeit, Transparenz und Offenheit geschaffen werden. Die EU-Kommission hat vor eineinhalb Jahren diese östliche Kooperation formalisiert und stellt dafür 700 Millionen Euro für die nächsten fünf Jahre zur Verfügung. Ich glaube, dass sich dieses Unterfangen als vertrauensbildende Maßnahme und als Zukunftssicherung lohnt.

Wie kann man so viel Vertrauen schaffen, dass es gelingt, über jahrhundertalte politische Bräuche hinweg etwas Neues zu schaffen? Ein Beispiel für einen möglichen Weg kann ich aus meiner Zeit im Sicherheitsrat 2003 bis 2004 geben. Damals haben mein französischer Kollege und ich vereinbart, zwei Jahre lang die „Union franco-allemande“ zu bilden. Wenn also einer dem anderen sagte, dass ihm etwas wichtig sei, bekam er von dem anderen sofort volle Unterstützung. – Das haben wir auch zwei Jahre lang durchgehalten, in sehr schwierigen Zeiten. In der Folge war das Vertrauen dann so groß, dass wir uns über alles informierten, auch über die Zeit des Sicherheitsrats hinaus.

Eine deutsch-französische Union steht vielleicht im Moment politisch nicht auf der Tagesordnung. Doch zeigt dieses Beispiel, dass in der Praxis solche Unionen geschmiedet werden können. Man sollte das immer versuchen, weil es langfristig Vertrauen und damit die Voraussetzung für erfolgreiche Diplomatie schafft.

KENNENLERNEN LEHRT AUCH VERTRAUEN

SIGRID E. NIKUTTA

Sie werden sich vielleicht fragen, wieso ich in meiner Rolle als Vorstandsvorsitzende der BVG, eines Berliner Unternehmens, über Polen referiere. – Bevor ich zur BVG kam, war ich Vorstand Technik der DB Schenker Rail Polska, einer hundertprozentigen Tochter der Deutschen Bahn AG, die mittels dieser Gesellschaft Güterverkehr in Polen betreibt.

Kurz zur Historie: Die Deutsche Bahn hat vor einigen Jahren drei kleine polnische private Güterbahnen gekauft und diese zu einem Unternehmen zusammengeschweißt, der DB Schenker Rail Polska. Es entstand die Überlegung, dort auch deutsche Vorstände zu integrieren. So kam es, dass ein rein polnisches Unternehmen mit knapp 6.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von einem fünfköpfigen Vorstandsgremium mit



zwei polnischen und drei deutschen Kollegen geführt wurde. Ich gehörte zu den deutschen Kollegen, die für die Technik zuständig waren, also für die Lokführer, die Lokomotiven und die Güterwagen und die Sicherheit. Das war eine große Herausforderung – vor allem, da alle drei deutschen Kollegen der polnischen Sprache nicht mächtig waren.

Der Sitz des Unternehmens befindet sich in Zabrze, dem ehemaligen Hindenburg in Oberschlesien – eine Region mit einer sehr wechselvollen Geschichte. Ich selbst bin zwar in Polen geboren, im ehemaligen Ostpreußen, doch habe ich dort nur die ersten zwei Monate meines Lebens verbracht. Das hat allerdings gereicht, um eine hohe Affinität zu Polen auszuprägen.

Ich möchte nun aus meiner persönlichen Erfahrung in einem Unternehmen berichten, was in der Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Polen gut läuft und was weniger gut, und was man aus meiner Sicht besser machen könnte.

In der Zusammenarbeit wird deutlich, dass sich Deutsche und Polen relativ ähnlich sind. Diese Ähnlichkeit schafft Vertrauen. Am Anfang, als der Vorstand mit deutschen Kollegen besetzt wurde, herrschte auf beiden Seiten noch sehr großes Misstrauen. Dann haben wir aber festgestellt, dass wir an vielen Stellen ähnlich sozialisiert sind – bis hin zu einer großen Liebe zur Bürokratie. Man kann wirklich sagen: Bürokratie ist in diesem Fall ein verbindendes Glied. In Polen ist die Bürokratie sogar noch viel ausgeprägter als in Deutschland, was ich persönlich nicht für möglich gehalten hätte. In Polen geht nichts ohne einen Stempel. Eine weitere Ähnlichkeit ist die Prägung durch Pragmatismus. In meiner Wahrnehmung haben die Polen, wahrscheinlich durch ihre Erfahrungen im Sozialismus, eine pragmatische Art entwickelt, die sehr wohltuend ist. Vorherrschend ist dabei die Fähigkeit, aus wenig viel zu machen. Das überträgt sich auch in das Berufsleben – nach dem Motto: Ich kann die Situation ohnehin nicht ändern, also mache ich das Beste daraus. Widerstand ist nicht wirklich ausgeprägt, weil klar ist, dass wir uns alle mit der Situation, in der wir uns befinden, arrangieren müssen.

Was ich ganz deutlich empfunden habe: Die jüngere Generation in Polen, die von den historischen Ereignissen unbelastet ist, hat ein extremes Vertrauen in Europa. Sie sagt: Europa – und die damit verbundene Öffnung – bietet mir die Möglichkeit, meine Leistung zu

zeigen. Ich war überrascht von der großen Leistungs- und Bildungsbereitschaft der jüngeren Generation in Polen. In meinem Unternehmen gab es kaum einen Mitarbeiter unter 40, der nicht nebenberuflich studierte, sich in irgendeiner Form weiterbildete oder ein Zweitstudium absolvierte. Auch unter extremen

persönlichen Belastungen, etwa nach einem zwölfstündigem Arbeitstag, wird völlig selbstverständlich in die Fortbildung oder in den Zweitjob gegangen. Und das ohne ein Murren. Vielmehr wird es als Chance begriffen, sich dadurch das notwendige Geld zu verdienen, um sich Dinge zu ermöglichen, die man vor Jahrzehnten nicht hatte. Es wird ganz selbstverständlich gesagt: Diese neue Welt in Polen bietet mir die Möglichkeit, so viel zu arbeiten, dass ich mir gewisse Träume verwirklichen kann. Es dominiert eine Sichtweise der Chancenorientierung.

Das ist ein Übergang zu dem, was nach meinen Erfahrungen nicht so ideal läuft. Gerade in solchen Regionen wie Schlesien mit einer wechselvollen Geschichte merkt man sehr deutlich, dass es historische Wunden gibt. In vielen Gesprächen wurde deutlich, dass das Verhältnis

zwischen Polen und Deutschen keinesfalls so entspannt ist, wie es häufig auf den ersten Blick wirkt.

Es sind noch Ressentiments vorhanden. Bildung ist dabei ein großer Knackpunkt: So konnten die Kaczynski-Brüder seinerzeit in Polen auf dem Lande mit ihrer sehr radikalen, auch antideutschen Politik große Erfolge erzielen. Diese plakative Politik genießt in der einfachen Bevölkerung hohe Akzeptanz – und ist auch meinungsbildend.

Was könnte das Vertrauen zwischen Polen und Deutschen stärken? Aus meiner Erfahrung kann Vertrauen dadurch gestärkt werden, dass man sich kennenlernt, miteinander am Tisch sitzt und miteinander arbeitet. Ressentiments gibt es ja nicht nur in Polen, sondern auch in Deutschland. Wenn ich in Deutschland erzählt habe, dass ich in Polen arbeite und gleich nach Kattowitz fliege, löste das erstaunlich negative Reaktionen aus, von völligem Unverständnis bis hin zum Unglauben, dass man auf die Idee kommen kann, in Polen zu arbeiten. Diese Reaktionen sind vor allem damit zu erklären, dass man das andere Land nicht kennt. Viele Deutsche kennen Polen nicht wirklich – ihr Bild speist sich ausschließlich aus Vorurteilen.

Um zu substanziellem Vertrauen auf allen Ebenen zu kommen, ist es deshalb aus meiner Sicht notwendig, sich gegenseitig kennenzulernen – sei es über Zusammenarbeit in Projekten, gemeinsame Joint Ventures, Aktionen und Kulturveranstaltungen, aber auch über intensiven Schüler- und Studierendenaustausch. Darüber entdecken wir Ähnlichkeiten. Diese Ähnlichkeiten können dann dazu führen, dass wir wahrnehmen, dass das Gegenüber auch kompetent und wahrhaftig ist.

Mein Fazit: Nur über gegenseitiges Kennenlernen können wir es schaffen, Vertrauen nachhaltig aufzubauen.

Europa als Chance



DISKUSSION IN WORKSHOPS – ERGEBNISSE

ANGELA BORGWARDT
Wissenschaftliche Publizistin

Nach den Impulsvorträgen diskutierten jeweils etwa zehn Akteure aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Zivilgesellschaft parallel in drei Workshops.

Ausgangspunkt war, dass Vertrauen in Europa nur dann erreicht werden kann, wenn die politische und wirtschaftliche Integration durch ein emotionales Zusammenwachsen der Bürgerinnen und Bürger ergänzt wird und das Gefühl einer europäischen Zusammengehörigkeit entsteht. Doch worauf könnte sich eine Gemeinsamkeit der Bürgerinnen und Bürger in Europa gründen? Welche neue Erzählung von Europa könnte im 21. Jahrhundert eine integrative Kraft für alle Europäerinnen und Europäer entfalten und europäische Identität stiften – und somit auch zu mehr Vertrauen in Europa beitragen?

In den Workshops standen zunächst verschiedene Erzählungen von Europa im Mittelpunkt. Im Anschluss wurde diskutiert, welche dieser Erzählungen zukunftsfähig erscheint und mit welchen Akteuren und Hebeln diese Erzählung zu wachsendem Vertrauen in Europa beitragen könnte.

WORKSHOP I

In einem ersten Schritt wurden verbindende Elemente gesammelt, die Grundsteine für eine neue *Erzählung von Europa* sein könnten. Genannt wurden unter anderem das antike europäische Erbe, das friedliche Zusammenwachsen von West- und Osteuropa, die Bedeutung transnationaler Interessen und Gemeinsamkeiten. Konsens war, dass die europäische Einigung nach Jahrhunderten kriegerischer Auseinandersetzungen eine große Errungenschaft darstellt, die inzwischen aber zur Alltäglichkeit geworden ist.

In der Diskussion zeigte sich, dass das gemeinsame Europa einerseits durchaus emotional positiv besetzt ist (z. B. multinationales Miteinander, persönliche Begegnung), andererseits aber auch negative Bilder von den europäischen Institutionen verbreitet sind (z. B. administratives Monster). Neben der Vision eines demokratischen und sozialen Europa und einer europäischen Bürgergesellschaft steht das Bild einer Zweckgemeinschaft, die sich auf gemeinsame Interessen gründet.

Der wichtigste Anknüpfungspunkt für eine aktuelle Erzählung von Europa wurde in den transnationalen Interessen und Gemeinsamkeiten gesehen: Europa als Zusammenschluss von Staaten, die dadurch ihre gemeinsamen Interessen und Ziele besser verfolgen können. Die Teilnehmenden entschieden sich also für einen eher nüchternen,

rationalen Ansatz – und nicht für ein emotionales Konzept, in dem gemeinsame Werte im Mittelpunkt stehen. Allerdings wurde darauf hingewiesen, dass sich die Prioritäten immer verändern können: Da die europäische Integration ein andauernder Prozess ist und Europa sich in einem permanenten Wandel befindet, werden sich auch die Erzählungen von Europa immer wieder verändern.

An einer neuen Erzählung könnten zahlreiche *Akteure* mitwirken, unter anderem Bildungseinrichtungen, Unternehmen, transnationale Körperschaften und EU-Institutionen. Auch die Bürgerinnen und Bürger werden als wichtige Akteure betrachtet.

Als wichtige *Hebel* einer neuen Erzählung wurden wirtschaftliche und politische Verflechtung, Europäisierung und Stabilität genannt. Länger wurde darüber diskutiert, ob sich Europa vor allem über die wirtschaftliche Dimension definiert und welche Bedeutung den anderen Dimensionen zukommt: Die Wirtschaft sei zwar nicht der alleinige, aber doch ein zentraler Faktor, da wesentliche Fragen innerhalb Europas und in ihrer Auswirkung nach außen vom Bereich der Wirtschaft abhängen. Wenn die wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht zum gegenseitigen Vorteil funktioniere, sei auch die Stabilität des politischen Europas bedroht. Als

entscheidender Hebel wurde auch der persönliche Austausch zwischen den Menschen betrachtet, sei es im Rahmen kultureller oder wissenschaftlicher Kontakte. Das Erasmus-Programm ist nur ein Beispiel für erfolgreiche Konzepte europäischer Integration. Auch eine gemeinsame europäische Öffentlichkeit könnte ein guter Hebel für Europa sein. Hier ist jedoch zu berücksichtigen, dass sich

die Öffentlichkeit und die Kommunikationsformen in den letzten Jahrzehnten – vor allem durch die internetbasierten Medien – stark verändert haben. Heute kann man sehr schnell eine große Zahl an Menschen über räumliche Grenzen hinweg in Europa und der ganzen Welt erreichen.

Schließlich wurde noch auf die große Bedeutung gemeinsamer Symbole hingewiesen: Je komplexer Zusammenhänge werden, wie zum Beispiel in Europa, umso wichtiger werden mächtige Symbole, durch die Inhalte komprimiert und in einer eingängigen Botschaft kommuniziert werden können.

Transnationale Interessen und Gemeinsamkeiten

Europäische Öffentlichkeit



WORKSHOP II

Zu Beginn wurden positive Seiten und Bilder Europas gesammelt, auf die man bei einer neuen *Erzählung von Europa* rekurren könnte. Wichtige Punkte waren dabei: Vielfalt in Einheit, bereichernde Identitäten, Frieden und Aussöhnung, Konfliktlösung nach innen, Städte, Gestaltungsfähigkeit, kulturelle und soziale Begegnungen.

Der Aspekt Vielfalt in Einheit wurde als besonders wichtig gekennzeichnet: Die Vielfalt in Europa wird als positiv wahrgenommen. Hier spielen die Städte eine besondere Rolle, denn sie sind Orte, an denen diese Vielfalt, aber auch das wirtschaftliche und soziale Versprechen Europas erlebbar wird – also das Europa, das soziale Aufstiegsmöglichkeiten und Chancen bietet. Auch in der kulturellen Begegnung werden große Chancen gesehen, da darüber neue Kulturräume entdeckt und Vorurteile überwunden werden können. Von großer Bedeutung seien zudem Kooperationen auf allen Ebenen, vom kleinen Stadtmuseum

bis zur großen Nationalgalerie. Ausstellungen und Kulturprojekte sollten möglichst europäisch orientiert sein, da sie für die europäischen Bürgerinnen und Bürger erfahrbar machen, worin die kulturellen Gemeinsamkeiten Europas bestehen und wie groß die kulturellen Räume Europas sind.

Ein wichtiger Diskussionspunkt, der auch in der Außensicht auf Europa immer wieder eine Rolle spielt, war die Gestaltungsfähigkeit Europas: Einerseits erleben die Menschen, dass Europa trotz aller Schwierigkeiten ein handlungsfähiger Raum ist, in dem wichtige Entscheidungen getroffen werden, die zum Teil auch für die ganze Welt prägend sind. Andererseits wird aber auch die Notwendigkeit gesehen, die Entscheidungsstrukturen der Europäischen Union zu verbessern, um die Gestaltungskraft Europas weiter zu optimieren.

Welche *Akteure* könnten dazu beitragen, eine neue Erzählung von Europa zu entwickeln? Hier wurden in relativ gleicher Gewichtung vorgeschlagen: Bürgerinnen und Bürger, Parteien, nationale Politikerinnen und Politiker, Kulturschaffende, Lehrende, Pädagoginnen und Pädagogen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Unternehmen, Medien, Gewerkschaften etc. All diese Akteure haben unterschiedliche Möglichkeiten, an einer Erzählung von Europa mitzuwirken, sie im Leben der Menschen zu verorten und Anknüpfungspunkte herzustellen. In diesem Vermittlungsprozess könnten Leitfiguren eine wichtige Orientierung bieten. Auch soziale Netzwerke sind in diesem Zusammenhang von Bedeutung.

Bei den *Hebeln* wurde als zentrales Element Partizipation und Teilhabe genannt: Die europäische Bürgerschaft muss sich an politischen Entscheidungen in Europa beteiligen können. Somit sind mehr Möglichkeiten zu schaffen, dass Bürgerinnen und Bürger Europa mitgestalten und Einfluss nehmen können. Dies sei ein wesentlicher Hebel, um europäische Identität zu schaffen und Vertrauen in die europäische Integration zu stärken. Neben dieser vertikalen Dimension, als Bürger oder Bürgerin in Richtung Europa mitwirken zu können, spielt auch die horizontale Dimension eine wichtige Rolle: Die Herausbildung einer europäischen Identität hängt nach Auffassung der Diskutierenden davon ab, dass sich Europäerinnen und Europäer persönlich begegnen und Gemeinsamkeiten erfahren, zum Beispiel in Kultureinrichtungen und in der Schule, durch Schüleraustausche und Städtepartnerschaften, gemeinsame Kultur- und Bildungsprojekte, Kooperationen im Hochschul- und Wissenschaftsbereich, aber auch durch gemeinsame politische Praxis oder Bürgerinitiativen.

Vielfalt in Einheit

Partizipation und Teilhabe

Der Euro wurde als letzter Hebel genannt, um die Europäerinnen und Europäer zu verbinden. Offenbar wird der gemeinsamen Währung nur eine geringe einigende Kraft zugeschrieben bzw. sie wird nicht als entscheidender Faktor gesehen, der dazu beitragen könnte, eine gemeinsame Identität Europas zu schaffen.

WORKSHOP III

In der Diskussion wurden als wichtige *Erzählungen von Europa* seit 1945 angeführt: Zweiter Weltkrieg und Kalter Krieg (das geteilte Europa), Westintegration/transatlantische Beziehungen (Erfahrung der Versöhnung), deutsche Vereinigung (friedliches Zusammenleben in einem gemeinsamen Europa), Universalisierung der Menschenrechte (Europa der Rechtsstaatlichkeit).

Es wurde festgestellt, dass in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts der Zweite Weltkrieg und seine Folgen sowie 1989 der Mauerfall von zentraler Bedeutung für die Stiftung einer europäischen Identität waren. Diese Bezugspunkte verblissen aber zunehmend und sind deshalb nicht mehr geeignet, um eine Gemeinsamkeit der Europäerinnen und Europäer im 21. Jahrhundert zu begründen. Vor allem für die jüngere Generation spielen diese Referenzen nur noch eine geringe Rolle, da sie in ihrem Alltag ganz selbstverständlich in einem Europa der offenen Grenzen leben und die damit verbundenen Möglichkeiten nutzen. Während das Reisen durch Europa (etwa mit Interrail-Ticket) vor einigen Jahrzehnten noch als besondere Freiheit wahrgenommen wurde, gilt das Reisen durch Europa ohne Pass inzwischen als normal, ebenso die vielfältigen Möglichkeiten der Mobilität und des Austauschs.

In einigen Mitgliedstaaten der EU haben jüngere Generationen eine besonders positive Vorstellung von Europa, weil sie damit vielfältige berufliche Chancen verbinden. Vor allem in Ländern mit hoher Arbeitslosigkeit und einem großen Bevölkerungsanteil in prekären Lebens- bzw. Arbeitssituationen hoffen die jungen Menschen, dass ihnen der europäische Arbeitsmarkt neue Perspektiven eröffnet.

Einigkeit herrschte in der Auffassung, dass die Wahrnehmung Europas stark subjektiv geprägt ist. Es gibt aber bestimmte Bilder von Europa, die in der Öffentlichkeit weit verbreitet sind:

- Europa der Nationen: Viele Bürgerinnen und Bürger nehmen Europa als Gruppe von Nationalstaaten wahr, die nur ihre jeweiligen Interessen im Blick haben und miteinander „feilschen“. Bei diesem „Europa der Nationen“ entsteht nicht der Eindruck, dass die gemeinsamen Ziele im Vordergrund stehen.
- Europa als bürokratisches Monster: Europa wird häufig als Gebilde wahrgenommen, das durch ein Übermaß an Bürokratie, Intransparenz und zahlreiche Vorschriften gekennzeichnet ist. Tatsächlich wirkt die europäische Gesetzgebung mit ihren Richtlinien und Verordnungen stark in die nationale Politik und in den Alltag der Menschen hinein (z. B. „Glühbirnenverbot“).
- Europa der Finanzmärkte: Sehr stark ist gegenwärtig die Wahrnehmung, dass Europa von den Finanzmärkten dominiert wird – insbesondere vor dem Hintergrund der jüngsten Wirtschafts- und Finanzkrise. Die Politik erscheint in dieser Perspektive nur noch als Getriebene der Finanzmärkte, deren Gestaltungsmacht stark begrenzt ist.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops assoziierten viele negative Erzählungen über Europa, wobei die persönlichen

Europa der offenen Grenzen



Beziehungen und sozialen Netzwerke in Europa meist positiver erfahren werden als das „politische Europa“. Wie kann dennoch erreicht werden, dass die Menschen Vertrauen in Europa fassen? Zwei Punkte wurden hier besonders betont: Zum einen müssten die sozialen Ungerechtigkeiten innerhalb Europas (z. B. hohe Jugendarbeitslosigkeit, ungleiche Bildungs- und Arbeitschancen) gelöst werden. Nur dann könne ein solidarisches, soziales und damit zukunftsfähiges Europa entstehen, dem die Menschen mit Vertrauen begegnen können. Zum anderen müsse die Politik Handlungsfähigkeit gegenüber den Finanzmärkten demonstrieren und die wirtschaftliche Krise meistern, damit das Vertrauen in Europa wächst. Weitere Punkte waren:

- Im 21. Jahrhundert kann ein „Europa der Nationen“ keine geeignete Erzählung für Europa mehr sein. Nur durch die Aufhebung der Nationen ist es möglich, eine gemeinsame europäische Identität zu entwickeln. Die Europäerinnen und Europäer müssen sich als Bürgerinnen und Bürger eines Europa begreifen.
- Europa muss seine Rolle in der Welt zwischen „Selbstbehauptung und Mitgestaltung“ wahrnehmen. Auslandseinsätze sollten grundsätzlich nur noch europäisch geführt, die Bürgerinnen und Bürger Europas durch eine europäische Armee verteidigt werden.
- Auf der Suche nach einer europäischen Erzählung muss darüber diskutiert werden, welche Idee Europa zugrunde liegen soll und was das Gemeinsame der Europäerinnen und Europäer ist. Dabei könnte der Aufbau einer gemeinsamen Erinnerungskultur hilfreich sein, indem danach gefragt wird, welche Rolle die gemeinsame europäische Geschichte für Identität spielt.
- Es bedarf einer gesellschaftlichen Selbstverständigung über Werte: Welche Bedeutung haben europäische Werte und wie wären diese zu definieren? Und wie kann ein solcher Prozess der Selbstverständigung organisiert werden?

Wichtig ist die Erkenntnis, dass Vertrauen in Europa letztlich dadurch entsteht, dass die Menschen Vertrauen zu Personen und Institutionen in Europa aufbauen. Vertrauen bildet sich über direkte positive Erfahrungen auf persönlicher Ebene und auf Systemebene. In diesem Kontext wurde auf die Notwendigkeit positiver Vorbilder hingewiesen: Es braucht auf europäischer Ebene mehr glaubwürdige Persönlichkeiten – insbesondere Politikerinnen und Politiker – mit Autorität, die durch integres Handeln dazu beitragen können, das Vertrauen in Europa zu stärken.

Die Diskutierenden stellten fest, dass ein Grundvertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Europa durchaus vorhanden ist. Auf dieser Basis gebe es allerdings Kritik und unterschiedliche Meinungen über die Ausgestaltung und die Weiterentwicklung des Systems. Umso wichtiger sei es, einen öffentlichen Diskurs über diese Fragen zu führen. Nur über kritische Auseinandersetzung und demokratischen Streit werde es möglich sein, die notwendigen Veränderungen zu erkennen und umzusetzen: Kritik an Europa zu üben heiße keineswegs, antieuropäisch zu sein. Dabei sei auch über die zentrale Frage zu diskutieren, wie Europa regiert werden soll.

Damit ein Europa entsteht, dem die Bürgerinnen und Bürger mit Vertrauen begegnen, müssen in diesen Diskurs alle Akteure einbezogen werden. Im Workshop bestand Einigkeit darüber, dass Vertrauen in Europa heute nicht mehr als Basiskonsens vorausgesetzt werden kann. Vielmehr entstehe Vertrauen jeden Tag neu, indem sich die Akteure

Kritische Auseinandersetzung und demokratischer Streit

über ihre verschiedenen Auffassungen permanent austauschen. Dieser kritische Diskurs über die Zukunft Europas, so die Auffassung der Diskutierenden, habe bereits begonnen.

PLENUMSDISKUSSION

KRITISCHER DISKURS – DIE NEUE ERZÄHLUNG VON EUROPA?

In allen drei Workshops unterschieden sich die Vorgehensweisen, Themenschwerpunkte und Resultate erheblich. Nach der Vorstellung der wichtigsten Diskussionsergebnisse wurde im Plenum darüber gesprochen, welche Schlüsse daraus gezogen werden können. Es dominierte die Auffassung, dass sich die verschiedenen Ergebnisse gegenseitig ergänzen. Für eine neue Erzählung brauche es beides: den Blick auf die positiven und auf die negativen Aspekte Europas.

In Workshop I waren tendenziell die faktischen Gemeinsamkeiten der europäischen Länder, in Workshop II die positiven Seiten Europas hervorgehoben worden. Auf diesem Fundament wurde versucht, eine neue Erzählung von Europa zu generieren, indem die europäischen Ererungschäften, Interessen, Potenziale und Zukunftschancen in den Mittelpunkt gestellt wurden. Diese Perspektive wurde als sehr wichtig für die Entwicklung einer neuen Erzählung erachtet. Doch dürfe man dabei nicht stehenbleiben, da sonst die Gefahr bestehe, Europa zu unkritisch zu betrachten oder gar zu glorifizieren: Dann könne der Eindruck entstehen, dass in Europa alles schon sehr gut sei und man den Bürgerinnen und Bürgern in Europa nur überzeugend vermitteln müsse, dass das so ist – und dann könne sich auch Vertrauen in Europa entwickeln.

Um dieser Gefahr zu entgehen, müssten deshalb – wie in Workshop III – auch die negativen Erzählungen und Aspekte Europas zur Sprache gebracht werden. Denn nur über eine kritische Auseinander-

setzung und schonungslose Thematisierung der Problemstellen und Widersprüche sei letztlich Fortschritt und Weiterentwicklung möglich. Vertrauen könne nur über positive Erfahrungen gewonnen werden, etwa durch persönlichen Austausch, Teilhabe und Partizipation sowie kritischen Diskurs.

Am Ende stand die Überlegung im Raum, dass der öffentliche Diskurs die neue Erzählung für Europa sein könnte.

Dieser Diskurs sollte die widerstreitenden Interessen der beteiligten Akteure deutlich machen und kritische Auseinandersetzung und argumentativen Streit einschließen. Im Rahmen dieser neuen Erzählung könnte dann der bisherige Aufbau von Europa durch eine gemeinsame Weiterentwicklung von Europa ersetzt werden. Um Vertrauen zu schaffen, sollten offene und kontroverse Diskussionen geführt werden. Bei der öffentlichen Meinung zu Europa reiche der „Permissive Consensus“¹¹ schon lange nicht mehr aus.

Weitgehender Konsens in der Debatte war, dass eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in Europa unverzichtbar ist, sowohl im öffentlichen Diskurs wie auch bei politischen Entscheidungsprozessen. Nur dann könne dem oft beklagten Demokratiedefizit etwas entgegengesetzt und Vertrauen sukzessive aufgebaut werden.

¹¹ Der „Permissive Consensus“ (etwa „stillschweigende Zustimmung“) nach L. N. Lindberg und S. A. Scheingold besagt, dass die Bürgerinnen und Bürger dem Prozess der europäischen Integration (Ende der 1940er- bis Ende der 1960er-Jahre) weitgehend uninformiert und desinteressiert mit stillschweigendem Einverständnis zusahen und den Akteuren der Integrationspolitik, den Regierungen bzw. politischen Eliten, weitgehend „freie Hand“ ließen. Dies wurde gefördert durch ökonomischen Fortschritt und wachsenden Wohlstand sowie durch die sicherheits- und friedensstiftende Wirkung der europäischen Integration. Vgl. Anne Laumen/Andreas Maurer: Jenseits des „Permissive Consensus“. Bevölkerungsorientierungen gegenüber Europäischer Integration im Wandel?, Diskussionspapier der FG 1, 2006/13, August 2006, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) Berlin, S. 5.

Vertrauen wird nur über positive Erfahrungen gewonnen.



VERTRAUEN IN EUROPA. EIN KOMMENTAR

GÖTTRIK WEWER

Vice President für E-Government bei der Deutsche Post Consult GmbH

ÖFFENTLICHE MEINUNG

EUROPA MUSS ALS KOLLEKTIVER AKTEUR WAHRGENOMMEN WERDEN, DER ENTSCHLOSSEN UND VEREINT HANDELT.

Das Projekt der europäischen Einigung erlebt laut unserem Außenminister die „schwerste Krise seiner Geschichte“, die im Kern eine Vertrauenskrise sei.¹²

Wer nach Wegen aus der Krise sucht, kann Ausschau halten nach Konzepten, Programmen und Maßnahmen,¹³ die der Idee der europäischen Einigung wieder mehr Glanz verleihen. Man kann aber auch anders ansetzen und danach fragen, wie Vertrauen überhaupt entsteht.¹⁴ Denn wer die falschen Instrumente benutzt, dürfte damit wohl kaum Erfolg haben – auch, wenn er die richtigen Ziele hat.

Vertrauen brauchen wir immer dann, wenn wir keine Gewissheit haben, wenn wir unsicher sind oder verunsichert. Die Dauerkrise seit 2008 (Banken-, Finanz-, Euro- und Schuldenkrise) ist schwerlich geeignet, Vertrauen aufzubauen und ein Gefühl der Sicherheit zu schaffen. Dass die Regierungen die Probleme wirklich im Griff haben, ist schwer zu glauben, wenn ein Krisengipfel den nächsten jagt. Und wenn bis zum Morgenrauen um Milchquoten und Subventionen für die Bauern gestritten und gefeilscht wird, erweckt das auch nicht gerade den Eindruck, die Beteiligten hätten eine gemeinsame Idee von Europa.

Vertrauen brauchen wir immer dann, wenn wir etwas nicht durchschauen und kontrollieren können. Wenn etwas völlig transparent ist, ist Vertrauen überflüssig. Wir wissen dann ja, wie es ist. Totale Transparenz tötet Vertrauen.¹⁵ Dass ein gewisses Maß an Transparenz Vertrauen fördern kann, steht auf einem anderen Blatt.

Vertrauen *versus* Kontrolle, Sicherheit *versus* Freiheit – im Spannungsfeld dieser Koordinaten bewegen wir uns. Jeder muss sich darin selbst verorten, muss selbst entscheiden, wie viel Vertrauen er zu schenken bereit ist. Vertrauen kann enttäuscht werden. Geschenktes Vertrauen ist also eine Hoffnung, eine Investition, eine Art Risikokapital. Wir sind, wenn wir vertrauen, bereit, ein Risiko einzugehen – aber nur in gewissen Grenzen und keineswegs bedingungslos. „Blindes“ Vertrauen ist selten – sogar in der Liebe.

Menschen vertrauen nicht Zukunftsplänen, Konzepten oder Technologien, Menschen vertrauen Menschen. Vertrauen ist immer sozial vermittelt. Menschen vertrauen zunächst einmal sich selbst, ihrem eigenen Wissen, ihren eigenen Erfahrungen. Welche positiven, ganz handfesten Erfahrungen mit Europa habe ich, lautet dann die Frage: Wo kann ich das Thema spüren, wo habe ich Europa „anfassen“ können? Die Älteren wissen noch, dass es Grenzkontrollen in Europa gab, die nicht immer freundlich abliefen, und man in anderen Ländern jeweils mühsam Geld umtauschen musste,

wenn man mit Interrail unterwegs war. Aber für die Jüngeren ist es selbstverständlich, sich im Euro- und im Schengen-Raum zu bewegen und in anderen Ländern zu studieren. Wo ist das neue Projekt, das Europa im Alltag für viele positiv erlebbar macht?

Menschen vertrauen Menschen, die sie kennen: Verwandten, Bekannten, Freunden, Arbeitskollegen, Sportkameraden. Wenn diese positiv über Europa reden (würden), käme man selbst wohl auch auf die Idee, dass das eine gute Sache sein könnte. Und wir verallgemeinern Erfahrungen aus ähnlichen Situationen über Analogieschlüsse.

Menschen vertrauen Menschen, aber in modernen Gesellschaften können wir uns nicht nur auf Menschen verlassen, die wir persönlich kennen. Wir müssen uns auch auf andere verlassen: auf Architekten, auf Autobauer, auf Flugkapitäne, auf Anlageberater, kurz und gut: auf Experten. Ob das, was sie sagen oder tun, richtig ist, können wir nicht beurteilen. Wir müssen darauf vertrauen, dass sie wissen, wovon sie reden. Wenn sich zwei Professoren in einer Talkshow streiten, dann

Menschen vertrauen Menschen

¹² Guido Westerwelle: Vertrauen in Europa (8. Februar 2012), <http://atlantische-initiative.org/2012/02/08/vertrauen-in-europa> (05.03.2012).

¹³ Vgl. etwa die Mitteilung der Europäischen Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Binnenmarktakte. Zwölf Hebel zur Förderung von Wachstum und Vertrauen: „Gemeinsam für neues Wachstum“, vom 13. April 2011.

¹⁴ Vgl. z. B. Niklas Luhmann: Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität, 4. Aufl., Stuttgart (zuerst 1968), und neuerdings Martin Hartmann: Die Praxis des Vertrauens, Berlin 2011.

¹⁵ Byung-Chul Han: Transparent ist nur das Tote, in: Die Zeit vom 12. Januar 2012.



vertrauen wir eher dem, den wir sympathisch(er) finden, oder dem, der uns in unseren eigenen Ansichten bestätigt. Auf unser Thema bezogen heißt das: Wo sind die Sympathieträger, die kompetent und glaubwürdig, mit der nötigen Reputation für Europa stehen? Helmut Schmidt und Joachim Gauck sind Menschen, denen andere vertrauen, weil sie als kompetent, unabhängig und unbestechlich gelten. Martin Schulz genießt ein hohes Ansehen und steht zweifellos für Europa, aber Persönlichkeiten von diesem Kaliber haben wir nicht allzu viele. Kennen Sie die EU-Außenbeauftragte?

Menschen vertrauen Menschen, aber sie hören auch darauf, was andere sagen. Insofern ist auch die öffentliche Meinung über Europa bzw. sein Image wichtig: Wird Europa als bürokratisches Monstrum wahrgenommen, das sich ständig in Dinge einmischt, die wir gar nicht geregelt haben wollen, oder als etwas, das einen Mehrwert für uns alle schafft? Wenn viele der „Marke“ Europa vertrauen, dann fließt das auch in meine eigene Bewertung ein. Das ist ähnlich wie in Wirtschaft und Politik: Menschen entscheiden sich für eine bestimmte Marke (z. B. „Audi“), weil deren Produkte ein bestimmtes Image haben (z. B. „technologisch anspruchsvoll“, „sportlich“), und sie entscheiden sich für eine bestimmte Partei, weil diese für bestimmte Werte steht.

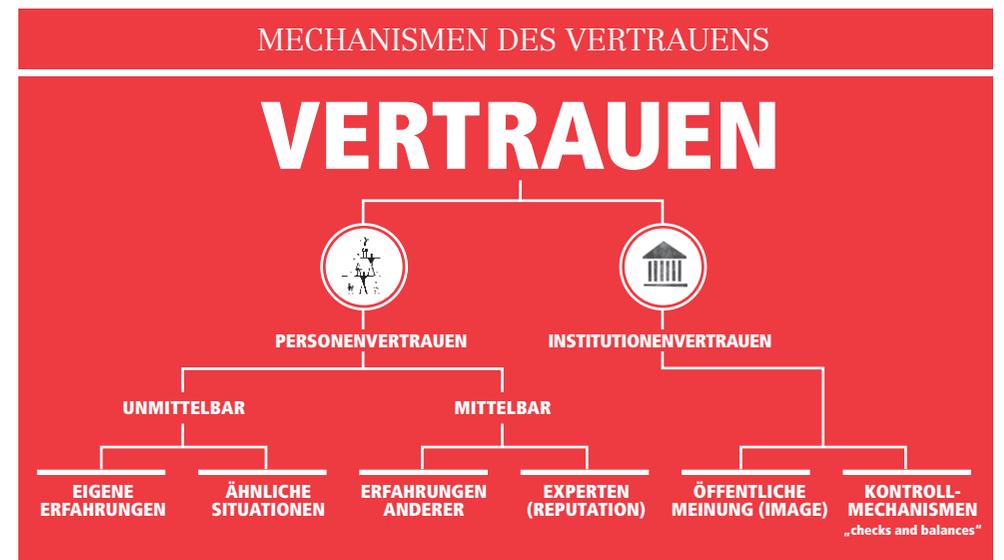
In modernen Gesellschaften können wir nicht nur auf direkte und indirekte Erfahrungen, auf Sachverständige und auf die öffentliche Meinung vertrauen, sondern wir müssen uns auch auf mehr oder minder abstrakte Systeme verlassen: das Gesundheitssystem, das Geldsystem, das Rentensystem. Wir müssen darauf bauen, dass diese Systeme das leisten, was sie versprechen. Kontrollieren können wir das letztlich nicht. Man müsse das „Vertrauen der Märkte“ wieder herstellen, sagen Politikerinnen und Politiker häufig. „Die“ Märkte kann man aber ebenso wenig (be)greifen wie „die“ Kirche oder „die“ Politik. Zum Vertrauen gegenüber Personen muss Vertrauen in Institutionen treten: Vertrauen in Europa, in das Europäische Parlament, in die EU-Kommission usw. Personales Vertrauen und institutionelles Vertrauen überschneiden sich, denn Institutionen werden durch Personen repräsentiert. Wenn eine Person, die weithin als glaubwürdig gilt, eine Institution repräsentiert, dann färbt dieses positive Image auf sie ab; jemand mit einem schlechten Ruf färbt negativ auf die Institution ab, die er vertritt.

Beim Vertrauen in die Demokratie, das in Bevölkerungsumfragen regelmäßig abgefragt wird, unterscheidet man zwischen einem (diffusen) Grundvertrauen in die Demokratie und dem konkreten Vertrauen in ein bestimmtes demokratisches System bzw. gegenüber bestimmten Parteien, Parlamenten oder Regierungen.¹⁶ Ohne ein gewisses Grundvertrauen können weder Demokratien noch moderne Gesellschaften funktionieren; eine „Kultur des Misstrauens“, wo keiner dem anderen über den Weg traut, würde Handel und Wandel zum Erliegen bringen. Das gilt auch für Europa.¹⁷

Das Grundvertrauen in die Demokratie wird üblicherweise mit der Frage erfasst, ob man sich eine bessere Regierungsform vorstellen

16 Nach dem „Eurobarometer“ genoss das Europäische Parlament im Jahr 2011 mit 45 Prozent Zustimmung das meiste Vertrauen, gefolgt von der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank (jeweils 40 Prozent). Beim Rat der Europäischen Union lag der Anteil der Bürgerinnen und Bürger, die ihm „eher vertrauen“, bei lediglich 36 Prozent. Bei allen vier Institutionen ist die Zustimmung seit 2007 zurückgegangen, und zwar zwischen 11 und 13 Prozent, www.bpb.de/wissen/UHSNEU.html (05.03.2012).

17 Eurostat berechnet auf der Basis monatlicher Erhebungen zum Beispiel auch einen Consumer Confidence Indicator (Verbrauchervertrauensindex). Der Economic Sentiment Indicator (ESI), der auf Umfragen unter Unternehmen und Verbrauchern beruht, zeigte Anfang 2010 die schlechtesten Ergebnisse seit der erstmaligen Erhebung 1985, auch der Business Climate Indicator fiel Ende 2009 auf ein Rekordtief (www.euractiv.com).



QUELLE: DARSTELLUNG DES AUTORS

könne.¹⁸ Wenn ein relativ breiter Konsens darüber besteht, dass es trotz aller Mängel und Fehler keine bessere Alternative gibt, dann kann die Zufriedenheit mit den politischen Institutionen durchaus schwanken. Wenn mir die Regierung nicht gefällt, kann ich eine andere wählen; wenn mir meine Partei nicht mehr gefällt, kann ich austreten oder in eine andere eintreten; wenn ich misstrauisch gegenüber Polizei und Geheimdiensten sein sollte, kann ich aber Gerichten vertrauen usw. Darin liegt eine gewisse „List der Vernunft“: Die Unzufriedenheit mit bestimmten Institutionen führt nicht zwangsläufig dazu, dass ich das ganze System in Frage stelle.¹⁹

Systeme, die Vertrauen generieren sollen, müssen aber bestimmte Bedingungen erfüllen: Sie müssen Elemente des Misstrauens (Abwahl, Überprüfung politischer und administrativer Entscheidungen durch Gerichte usw.) und der Kontrolle (Rechnungshöfe, unabhängige Massenmedien usw.) enthalten, es müssen Systeme der „checks and balances“ sein. Möglichst transparente Verfahren können das unterstützen. Die Menschen vertrauen insbesondere einer Kontrolle durch unabhängige Dritte (z. B. TÜV, Stiftung Warentest, Gütesiegel).

Die Unzufriedenheit mit Europa könnte in diesem Sinne auch damit zusammenhängen, dass die richtige Balance zwischen Vertrauen und Kontrolle, zwischen Entscheidung und Verantwortung noch nicht gefunden ist. Wo nationale Interessen zäh verteidigt werden, ist es schwer, daran zu glauben, dass die Akteure eine gemeinsame Idee verbindet. Mehr Vertrauen kann Europa nur gewinnen, wenn es als ein kollektiver Akteur wahrgenommen wird, der entschlossen und vereint handelt, statt als heillos zerstrittene Familie, in der der eine dem anderen nichts gönnt. Das jedenfalls ist die Botschaft, die man aus dem ableiten kann, was wir über Vertrauen wissen.

18 Vgl. Oscar W. Gabriel/Sonja Zmerli: Politisches Vertrauen: Deutschland in Europa, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 30-31/2006, www.bpb.de/publikationen/QN3KYU.html (03.03.2012).

19 Die EU-Kommission fragt im Rahmen des „Eurobarometer“ regelmäßig die Bürgerinnen und Bürger danach, „ob sie der Europäischen Union eher vertrauen oder eher nicht vertrauen“. Während bis 2009 stets ein knappe Mehrheit Vertrauen bekundete, überwiegt seither das Misstrauen: 47 % sagten (im Mai 2011), dass sie der EU nicht vertrauen; der Anteil derjenigen, die der EU vertraut, lag bei 41 %. Der Rest hatte keine Meinung, www.bpb.de/wissen/2JOB76.html (05.03.2012).



WEM GEHÖRT EUROPA? EIN KOMMENTAR

MARTIN WILHELM

Geschäftsführer Citizens For Europe e. V.

DEMOKRATIE 2.0

DIE EUROPÄISCHE DEMOKRATIE DER ZUKUNFT IST PARTIZIPATIV, INKLUSIV UND HUMANISTISCH.

Ich gehöre zur ERASMUS-Generation, zu einer Gruppe von jungen, reisefreudigen Menschen, die Mobilität lieben und leben und es verstehen, die nationalen und europäischen Fördertöpfe anzuzapfen, um die vielfältigen Möglichkeiten in Europa zu nutzen. Man kann gut und gerne drei bis fünf Jahre durch Europa tingeln, hier und da studieren und an sozialen und kulturellen Projekten mitwirken. Kein anderes Instrument der EU ist so effektiv, um bei den Menschen eine Identität hervorzurufen, die stark europäisch geprägt ist. Irgendwann beißt sich die Katze jedoch in den Schwanz. Neben einer ausgeprägten europäischen Identität haben mich meine mobilen Jahre dazu motiviert, das Konstrukt der Europäischen Union genauer zu betrachten. Und gerade meine ausgeprägte europäische Identität veranlasst mich heute dazu, die Funktionsweise des Konstrukts zu kritisieren, das diese Identität erst ermöglicht hat. Auf zwei Konzepte, deren Gestaltung fundamental für die Legitimität der EU ist, möchte ich hier eingehen: europäische Demokratie und europäische Bürgerschaft.

Defizite der europäischen Demokratie

Als Demokrat sehe ich mit Erschrecken, in welche Richtung die Demokratie auf europäischer Ebene gedrängt wird. Während auf lokaler Ebene und in der digitalen Welt sich der Souverän selbst entdeckt und erfolgreich Mitsprache, Kontrolle, Informationen und Begründungen für politisches Handeln verlangt, wird im Rahmen des europäischen Fiskalpakts ein neues supranationales Entscheidungsgremium etabliert, das jenseits der europäischen Verträge und jeglicher Einflussnahme durch den Bürger bzw. die Bürgerin und die Parlamente walten soll – der Euro-Gipfel. Dieser ist der Höhepunkt einer mehrjährigen Entwicklung, bei der die Regierungschefs, allen voran Angela Merkel und Nicolas Sarkozy, das Entscheidungsmonopol an sich gerissen haben. Dieses Monopol fußt leider auch auf der Outputschwäche der Europäischen Kommission und des EU-Parlaments. Vor allem Merkel wird dafür sorgen, dass dem Euro-Gipfel in Zukunft eine zentrale Rolle zukommen wird, und dies nicht nur in Wirtschafts- und Finanzfragen. Die Interdependenzen zwischen Wirtschafts- und Finanzsystem und allen anderen Systemen (Umwelt, Bildung, Außenpolitik etc.) bergen die Gefahr, dass der Euro-Gipfel die Arbeit der Kommission, des EU-Parlaments und sogar des Rates in vielen Bereichen untergraben wird. Mit dem Euro-Gipfel bauen sich die Regierungschefs ihr Europa, wie sie wollen, und erklären damit 500 Millionen Menschen in der EU für unmündig. Mögen die Herausforderungen und Fragen auf EU-Ebene noch so komplex sein – wer glaubt, die Allgemeinheit sei in ihrer Vielfalt nicht in der Lage, qualifiziert Stellung zu nehmen und Vorschläge zu machen, hat die Idee einer europäischen und vor allem einer partizipativen Demokratie begraben. Dies ist unso gravierender vor dem Hintergrund, dass mit interaktiven und partizipativen Methoden der deliberative Diskurs der Massen in ganz Europa an Fahrt gewinnt (G1000²⁰, Europäische BürgerInitiative²¹, Avaaz²²). Im Moment gehört Europa jedoch den Regierungschefs, die nicht mehr den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber verantwortlich scheinen, sondern in Zeiten der Finanzkrise von der Logik der Schuldner-Geber-Beziehung getrieben werden.

Fehlt der europäischen Demokratie zur Zeit ihre partizipative und damit zentrale Dimension, ist sie bezüglich ihres Souveräns genauso mangelhaft. In Europa leben 25 Millionen Menschen, die nicht die Nationalität eines der 27 Mitgliedstaaten und somit auch nicht die Unionsbürgerschaft besitzen. Ihnen werden fundamentale Rechte und Freiheiten in der EU vorenthalten, vor allem politische. Obwohl sie vom EU-Parlament repräsentiert werden – die Anzahl der Sitze in der EU speist sich aus der Gesamtbevölkerung jedes EU-Staats und nicht aus dessen wahlberechtigtem Volk – haben sie weder das aktive noch passive Wahlrecht. Von den 99 deutschen EP-Abgeordneten repräsentieren zehn die nicht deutsche Bevölkerung, ohne von ihr gewählt werden zu können. Es gibt auch das umgekehrte Beispiel: Ungarn und Slowenien befinden sich zur Zeit in einem Wettlauf um die Produktion von

20 G1000 hat 1.000 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger aus ganz Belgien für einen Tag zusammengebracht, um von diesen Politikvorschläge in den Bereichen Integration, soziales Sicherheitssystem und Umverteilung erarbeiten zu lassen. Dank interaktiver und inklusiver Diskussions- und Informationsformaten wurde diese Initiative ein voller Erfolg. Vgl. www.G1000.org.

21 Die Europäische BürgerInitiative (EBI) erlaubt es Bürgerinnen und Bürgern der EU mit Hilfe von einer Million Unterschriften ein Thema auf die Agenda der EU-Kommission zu setzen. Vgl. www.citizens-initiative.eu.

22 Avaaz ist ein weltweites Kampagnen-Netzwerk, das mit Bürgerstimmen politische Entscheidungen beeinflusst. Vgl. www.avaaz.org.



Europa muss seinen eigenen Souverän definieren.

Staatsangehörigen, und damit Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union, außerhalb ihres Territoriums. Die ungarische Regierung unter Viktor Orbán hat Hunderttausenden, die ungarische Vorfahren nachweisen können, in den USA, Israel, Serbien, Australien etc. die Einbürgerung ermöglicht und damit gleichzeitig das Wahlrecht für das EU-Parlament verliehen. Das kann man den 25 Millionen Menschen in der EU, die direkt von den Entscheidungen des Parlamentes betroffen sind, nicht erklären. Dies ist nur eines von vielen Beispielen, das veranschaulicht, wie diskriminierend sich die Definition der Unionsbürgerschaft über die nationalen Bürgerschaften auswirkt.

Will Europa mehr sein als nur ein Abklatsch seiner Nationalstaaten, muss es seinen eigenen Souverän definieren und zusammen mit diesem partizipative und inklusive Teilungsformen im politischen Prozess etablieren. Eine Unionsbürgerschaft, welcher der Wohnsitz neben den 27 Nationalitäten als gleichberechtigte Qualifizierung genügt, macht es möglich, die Gesamtheit der EU-Bevölkerung zum demokratischen Souverän zu erheben. Diesem Souverän sollte dann aber nicht eine europäische Identitätspille verabreicht werden: Die EU-Kommission gibt jährlich eine Milliarde Euro für „identitätsfördernde“ Programme aus, mit dem Ziel, eine europäische Demokratie aufzubauen. Der Glaube, eine auf einem diffusen kulturellen Erbe begründete europäische Identität sei unabdingbar für eine europäische Demokratie, basiert auf der Entstehungsgeschichte der nationalen Demokratien, die sich entlang von Ausgrenzungen gründeten. Ein schlichtes „Copy and Paste“ von der nationalen auf die europäische Ebene wird jedoch nicht gelingen – auch, weil die Bürgerinnen und Bürger das nicht wollen. Viel besser kann der rechtliche Bürgerstatus, der auch aus der EU-Grundrechtscharta abzuleiten ist, als Grundlage für einen europäischen Souverän dienen. Denn nur dieser vermag es, die kulturelle, ethnische, nationale und religiöse Vielfalt in der Bevölkerung der EU gleichberechtigt in einem Souverän zu vereinen. Dieser rechtliche Bürgerstatus basiert auf humanistischen Errungenschaften, Werten und Überzeugungen, die auch meine persönliche europäische Identität ausmachen.

Europa gehört denen, die das politische und wirtschaftliche Nachkriegsprojekt in eine neue partizipative, inklusive und humanistische Demokratie überführen, und es gehört allen Menschen, die Europa als ihre Heimat wählen, seine Werte internalisieren und verteidigen und sich bemühen, aktiv an seiner Gestaltung mitzuwirken. Allen – unabhängig von nationalen, kulturellen oder religiösen Färbungen. Wir haben 500 Millionen Chancen, lasst sie uns nutzen.

DIE TEILNEHMER/INNEN DES 4. UND 5. WERKSTATTGESPRÄCHS

CHRISTIAN BERG Jusos Berlin · DR. ANGELA BORGWARDT Wissenschaftliche Publizistin · THOMAS BOSCH Leiter des Büros von Klaus Wowereit im Willy-Brandt-Haus · PROF. DR. MICHAEL DAXNER Freie Universität Berlin · DR. ANDREA DESPOT Europäische Akademie Berlin · ANNE DOMNICK Büro Katja Mast, Deutscher Bundestag · HELLA DUNGER-LÖPER Senatsverwaltung für Stadtentwicklung/Senatskanzlei Berlin · DR. SERGE EMBACHER Politikwissenschaftler und Publizist · CORNELIUS EVERDING Ministerium des Innern des Landes Brandenburg · MATHIAS GILLE Senatsverwaltung für Stadtentwicklung · CAROLA GOLD Gesundheit Berlin-Brandenburg e. V. · PROF. GUNNAR GRÄF Unternehmer · GUSTAV GREVE Unternehmensberater · HANS HAGEDORN DEMOS Gesellschaft für E-Partizipation · SVEN HEINEMANN Abgeordnetenhaus von Berlin · SEVERIN HÖHMANN Politikwissenschaftler · MATTHIAS KAMMER Deutsches Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI) · ALEXANDRA KAST Quartiersmanagerin · KARL-HEINZ LÖPER Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin · MARIA-LUISE LÖPER Senatskanzlei Berlin · PAVEL MAYER Piratenpartei · DR. SIGRID EVELYN NIKUTTA Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) · DR. GUNTER PLEUGER Europa-Universität Viadrina · MARTINA RELLIN Autorin und Verlegerin · PROF. EM. DR. DIETER RUCHT Bewegungsforscher · BENJAMIN SCHÖNDELEN Debattenportal sagwas · PROF. DR. ULRICH SCHWANTES Charité Universitätsmedizin Berlin · DR. DANIELA SCHWARZER Stiftung Wissenschaft und Politik · DR. BIRGIT-KATHARINE SEEMANN Landeshauptstadt Potsdam · INGO SIEBERT August Bebel Institut · BRICE SOMMERLATTE Osiris MIC · PROF. DR. TOM W.H.A. SOMMERLATTE Unternehmensberater und Autor · FRÉDERIC VERRYCKEN Abgeordnetenhaus von Berlin · PROF. DR. ANDREA VERSTEYL Rechtsanwältin · FRIEDEMANN WALTHER Bürgerstiftung Neukölln · DR. GÖTTRIK WEWER Deutsche Post Consult GmbH · MARTIN WILHELM Citizens For Europe e. V. · DR. KRISTINA R. ZERGES TU Berlin · UWE ZIEGLER ehemals Friedrich-Ebert-Stiftung · DORO ZINKE DGB Berlin-Brandenburg



DIE INITIATOR/ INNEN DER DENKWERKSTATT

DIE AUTOR / INNEN DER TEXTE

DIE INITIATOR/INNEN DER DENKWERKSTATT

FRANZISKA RICHTER

REFERENTIN BEI DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Franziska Richter, geboren 1974, studierte in Leipzig „Arabistik“ sowie „Deutsch als Fremdsprache“ (DaF) und absolvierte in Passau den Diplomstudiengang „Sprachen, Wirtschafts- und Kulturraumstudien“ mit dem Schwerpunkt auf Politikwissenschaften. Von 2001 bis 2004 war sie in England, in der Ukraine und Russland bei verschiedenen NGOs und an Sprachinstituten als Dozentin beschäftigt, anschließend Lehrbeauftragte an der Freien Universität Berlin im Bereich DaF. Seit 2004 arbeitet sie bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, wo sie seit fünf Jahren als Referentin des Projekts „Gesellschaftliche Integration“ im Forum Berlin tätig ist. 2006 wurde sie bei ABF e. V. zur Verhaltens- und Kommunikationstrainerin ausgebildet. Franziska Richter ist Gastgeberin der Denkwerkstatt „Politik und Vertrauen“.

HELLA DUNGER-LÖPER

STAATSEKRETÄRIN, BEVOLLMÄCHTIGTE DES LANDES BERLIN BEIM BUND, EUROPABEAUFTRAGTE UND BEAUFTRAGTE FÜR BÜRGER-SCHAFTLICHES ENGAGEMENT

Hella Dunger-Löper, geboren 1951, studierte Literatur-, Medien- und Politikwissenschaft und Geschichte in Hannover und Berlin. Anschließend lehrte sie an verschiedenen Berliner Hochschulen, schwerpunktmäßig an der Technischen Universität Berlin. Von 1989 bis 1992 war sie Stadträtin für Volksbildung in Berlin-Wilmersdorf, von 1993 bis 2004 Referatsleiterin für Öffentlichkeitsarbeit und Außenbeziehungen an der Europäischen Wirtschaftshochschule EAP Berlin. Von 1999 bis 2004 war sie Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, dort stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Vorsitzende des Hauptausschusses. Von 2004 bis 2011 war Hella Dunger-Löper Staatssekretärin in der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung. Seitdem ist sie Bevollmächtigte des Landes Berlin beim Bund, Europabeauftragte des Landes Berlin und Beauftragte für das bürgerschaftliche Engagement. Sie ist seit 1977 SPD-Mitglied, hatte unterschiedliche Funktionen auf Kreis-, Landes- und Bundesebene inne und gehört dem Landesvorstand der Berliner SPD an.

PROFESSOR GUNNAR GRÄF

UNTERNEHMER UND PROFESSOR AN DER ESCP EUROPE, PARIS

Gunnar Gräf, geboren 1970, studierte Wirtschaftsingenieurwesen, internationales Management und Politik in Berlin, Paris, Oxford, Shanghai und Philadelphia und erwarb einen MBA und einen MPA. Er ist Absolvent der ENA in Paris. Gegenwärtig ist er Unternehmer und Professor für Innovation und Entrepreneurship an der ESCP Europe Business School in Paris. Er berät Geschäftsführungen bei der Durchführung komplexer Transformationsprozesse und bei der Entwicklung neuer Geschäftsmodelle. Gunnar Gräf ist als Business Angel in Deutschland, Frankreich und Singapur tätig und Mitglied mehrerer Bei- und Aufsichtsräte. Seinen beruflichen Werdegang begann er bei der Unternehmensberatung Arthur D. Little. Als Bereichsvorstand für die Deutsche Post DHL leitete er mehrere Jahre lang die Internationalisierung und strategische Neuausrichtung des Briefbereichs in Europa und Asien.



DIE AUTOR / INNEN DER TEXTE

PROFESSOR EM. DR. DIETER RUCHT

BEWEGUNGSFORSCHER

Dieter Rucht, geboren 1946, promovierte 1980 an der Universität München zum Dr. rer. pol. Im Jahr 1995 erfolgte die Habilitation im Fach Politikwissenschaft an der Freien Universität (FU) Berlin. 1996/97 übernahm er die Lehrstuhlvertretung am John F. Kennedy-Institut für Nordamerikastudien und am Soziologischen Institut der Freien Universität Berlin. Von 1998 bis 2000 war er Professor für Soziologie an der University of Kent at Canterbury. 2001 wurde er zum Honorarprofessor für Soziologie an der FU Berlin ernannt. Prof. Rucht war am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) tätig, von 2001 bis 2004 als Leiter der Forschungsgruppe „Politische Öffentlichkeit und Mobilisierung“, von 2005 bis 2011 als Ko-Leiter der ehemaligen Forschungsgruppe „Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in Europa“. Seit Sommer 2011 ist Dieter Rucht emeritiert. Seine Forschungsthemen sind unter anderem Soziologie politischer Öffentlichkeit, Soziale Bewegungen und politischer Protest, politische Partizipation sowie Konfliktsoziologie.

HANS HAGEDORN

GESCHÄFTSFÜHRER DER DEMOS GESELLSCHAFT FÜR E-PARTIZIPATION

Nach dem Zivildienst als Rettungssanitäter und einem Studium als Stadtplaner arbeitete Hans Hagedorn als Junior-Berater und Moderator von gesellschaftspolitischen Dialogen. Im Jahr 2001 begann er, die klassischen Moderationsmethoden von Pinnwand und Flip-Chart auf die neu entstehenden Telekommunikationsmedien zu übertragen. Seitdem hat Hans Hagedorn zahlreiche Online-Dialoge für öffentliche Institutionen von der kleinen Stadt Esslingen bis hin zum Bundespräsidialamt begleitet. Seit 2011 ist Hans Hagedorn Geschäftsführer der DEMOS Gesellschaft für E-Partizipation mbH. Zusammen mit seinen Kunden und seinem Team entwickelt er Online-Dialoge zu gesellschaftspolitischen Themen und begleitet sie von der Ideenfindung bis hin zur konkreten Umsetzung.

PAVEL MAYER

UNTERNEHMER UND MITGLIED DES BERLINER ABGEORDNETENHAUSES, PIRATENPARTEI

Pavel Mayer, 1965 in Prag geboren, studierte Informatik in Braunschweig und arbeitete als Hard- und Softwareentwickler. Seit 1990 lebt er in Berlin. Mayer ist Mitgründer der Datango AG und der ART+COM AG. Er arbeitet seit 2011 als Geschäftsführer und Mehrheitsgesellschafter der Hoccer GmbH, die aus der ART+COM AG hervorgegangen ist. 2009 trat Pavel Mayer in die Piratenpartei ein. Im Landesverband Berlin ist er seit 2010 als Beisitzer im Vorstand mit den Aufgaben eines Generalsekretärs tätig. Am 18. September 2011 wurde Pavel Mayer auf Platz 3 der Landesliste der Piratenpartei in das Abgeordnetenhaus von Berlin gewählt. Parallel trat er auch als Direktkandidat für den Wahlkreis Pankow an. Drei Angestellte seiner Firma wurden mit ihm für die Piratenpartei in das Abgeordnetenhaus gewählt.

FRIEDEMANN WALTHER

VORSTANDSVORSITZENDER DER BÜRGERSTIFTUNG NEUKÖLLN

Friedemann Walther, geboren 1966, studierte Politische Wissenschaft in Freiburg und an der Freien Universität Berlin. Seit 1994 ist er beim Berliner Senat tätig, aktuell arbeitet er als Referatsleiter in der Senatskanzlei. Ehrenamtlich engagiert sich Friedemann Walther als Mitglied der Jury der Aktiven Bürgerschaft e. V. und als Vorsitzender des Vorstands der Bürgerstiftung Neukölln. Initiiert wurde die Bürgerstiftung von einigen Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Kultur, Kirche und Politik in Neukölln. Ihr Ziel ist die Teilhabe aller Menschen vor Ort an der Gestaltung ihres Lebensumfelds und ein respektvolles Miteinander.

DR. SERGE EMBACHER

POLITIKWISSENSCHAFTLER UND PUBLIZIST

Serge Embacher, geboren 1965, lebt in Berlin. Er ist Politikwissenschaftler und Publizist. Seine Arbeitsschwerpunkte sind unter anderem Bürgergesellschaft und Demokratiepoltik. Zuletzt leitete er die Koordinierungsstelle des Nationalen Forums für Engagement und Partizipation beim Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE).

INGO SIEBERT

GESCHÄFTSFÜHRER UND STUDIENLEITER DES AUGUST BEBEL INSTITUTS IN BERLIN

Ingo Siebert, geboren 1969, ist Stadtsoziologe, Sozialwissenschaftler, Gendertrainer. Aktuell ist er Geschäftsführer und Studienleiter des kommunalpolitischen August Bebel Instituts in Berlin. Er arbeitet und publiziert zu den Themenschwerpunkten soziale Stadtentwicklung, Migration, Diversität, politische Partizipation und beschäftigt sich insbesondere mit diesen Themen in urbanen künstlerischen Projekten. Ingo Siebert verfügt über langjährige Erfahrungen in der Erwachsenenbildung zu den Themen Demokratie, Toleranz und Strategien gegen Rechtsextremismus; er war unter anderem für Verwaltungen, Politiker/innen und Pädagog/innen tätig. Seit über zehn Jahren engagiert er sich in der ehrenamtlichen Kommunalpolitik (Bezirksverordnetenversammlung).

DR. DANIELA SCHWARZER

LEITERIN DER FORSCHUNGSGRUPPE EU-INTEGRATION, STIFTUNG WISSENSCHAFT UND POLITIK

Daniela Schwarzer studierte Politikwissenschaft und Linguistik in Tübingen, Reading (UK) und in Paris an der Sciences Po. Sie promovierte in Politischer Ökonomie an der Freien Universität (FU) Berlin. Daniela Schwarzer war Lehrbeauftragte an verschiedenen Hochschulen, darunter an der FU Berlin, dem Collège d'Europe Brügge und dem European Institute Macau (China). Von 1996 bis 1999 leitete sie den Bereich Information bei der Association for the Monetary Union of Europe in Paris. Von 1999 bis 2004 arbeitete sie für die Financial Times Deutschland als Leitartiklerin und Frankreichkorrespondentin. Sie ist Mitgründerin und Ko-Herausgeberin der European Political Economy Review und der Internetseite Eurozone Watch. Von Oktober 2007 bis März 2008 war sie Mitglied der Arbeitsgruppe Europa



der Weißbuchkommission zur französischen Außen- und Europapolitik und Gastwissenschaftlerin am ifri in Paris. Heute ist Dr. Daniela Schwarzer Leiterin der Forschungsgruppe EU-Integration bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin.

DR. GUNTER PLEUGER

PRÄSIDENT DER EUROPA-UNIVERSITÄT VIADRINA,
BOTSCHAFTER A. D.

Gunter Pleuger, 1941 geboren, studierte Rechtswissenschaft und Politische Wissenschaft an den Universitäten Köln und Bonn. 1966 wurde er zum Dr. jur. promoviert. 1969 trat er in den Auswärtigen Dienst ein und war bis 1974 in der Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York als Referent tätig. Von 1974 bis 1977 war er im Auswärtigen Amt Referent für Außenbeziehungen der EG zu Industrie- und Entwicklungsländern, von 1977 bis 1979 Pressereferent an der Deutschen Botschaft in New Dehli (Indien). Bis 1999 arbeitete Gunter Pleuger unter anderem als Referent für Europapolitik und Dritte-Welt-Politik, als Politischer Gesandter in der Botschaft in Washington und als Leiter der Abteilung für Vereinte Nationen, Menschenrechte, humanitäre Hilfe und globale Fragen. Von 1998 bis 1999 war er als Politischer Direktor und Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts auch beratend für den Außenminister tätig, insbesondere im Bereich EU, Osteuropa, USA und Kanada und bei den Verhandlungen des Nizzavertrages. Von 1999 bis 2002 war Gunter Pleuger Staatssekretär des Auswärtigen Amts, von 2002 bis 2006 Ständiger Vertreter Deutschlands bei den Vereinten Nationen. Heute ist Dr. Gunter Pleuger Präsident der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder.

DR. SIGRID EVELYN NIKUTTA

VORSTANDSVORSITZENDE DER BERLINER
VERKEHRSBETRIEBE (BVG)

Sigrid Evelyn Nikutta, geboren 1969, studierte Psychologie mit dem Schwerpunkt Arbeits-, Betriebs- und Organisationspsychologie an der Universität Bielefeld. Sie promovierte an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Von 1993 bis 1996 war sie im Management und in der Restrukturierung in einer mittelständischen Unternehmensgruppe in Ostwestfalen tätig. Von 1996 bis 2010 arbeitete sie im Bildungsbereich der Deutsche Bahn AG in verschiedenen Leitungsfunktionen. Von 2001 bis 2010 war sie Leiterin der Personalplanung, Personalcontrolling und Personalleiter bei DB Schenker Rail in Duisburg und Mainz sowie Leiterin der Produktion und Sprecherin der Geschäftsführung des Transportbereichs Ganzzugverkehr in Mainz. Zudem war sie Vorstand Produktion der DB Schenker Rail Polska S.A. in Zabrze/Polen. Seit Oktober 2010 ist Sigrid Evelyn Nikutta Vorstandsvorsitzende und Vorstand Betrieb der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG).

DR. GÖTTRIK WEWER

VICE PRESIDENT FÜR E-GOVERNMENT BEI DER DEUTSCHE
POST CONSULT GMBH

Göttrik Wewer, 1954 geboren, studierte Politikwissenschaften, Soziologie, Volkswirtschaftslehre, Öffentliches Recht und Neuere Geschichte in Braunschweig und Hamburg. Anschließend war er Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Hamburg und Geschäftsführer der

Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW). Ab 1991 arbeitete Göttrik Wewer in der Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein, 1996 wurde er Direktor der schleswig-holsteinischen Verwaltungsfachhochschule. Von 2001 bis 2003 war er Staatssekretär im niedersächsischen Kultusministerium, 2003 bis 2006 Staatssekretär im Bundesministerium des Innern. Im Anschluss wurde er Staatsrat beim Senator für Bildung und Wissenschaft in Bremen. Göttrik Wewer war von 2008 bis 2010 als Geschäftsführer der Nationalen Anti-Doping-Agentur Deutschland (NADA) tätig. Seit 2010 ist er Vice President für E-Government bei der Deutsche Post Consult GmbH.

MARTIN WILHELM

GESCHÄFTSFÜHRER UND GRÜNDER VON CITIZENS FOR
EUROPE E. V.

Martin Wilhelm, geboren 1981, ging nach seinem Abitur für ein Freiwilligenjahr nach Bournemouth, England. Sein anschließendes Studium der Politikwissenschaft absolvierte er in Greifswald, Schweden und Serbien und engagierte sich in dieser Zeit in einem europäischen Netzwerk von studentischen Kulturfestivals, unter anderem in Norwegen, Ungarn und Portugal. Nach seinem Studium arbeitete er für verschiedene Institutionen (Goethe-Institut, die Europäische Bewegung, GTZ, Deutsche Botschaft) und politische Stiftungen, darunter in Serbien und Frankreich. Mit ARTE brachte er eine Dokumentation zum Thema „Mobilität in Europa“ heraus. Im Jahr 2009 kam Martin Wilhelm nach Berlin und arbeitete zunächst für die Stiftung Zukunft Berlin. Nach kurzer Zeit baute er den Verein „Citizens for Europe e.V.“ auf, der zu den Themen Unionsbürgerschaft, Migration und Partizipation in ganz Europa arbeitet. Seit 2010 führt Martin Wilhelm den Verein als Geschäftsführer und engagiert sich zu Themen der europäischen Demokratie.

DR. ANGELA BORGWARDT

WISSENSCHAFTLICHE PUBLIZISTIN

Angela Borgwardt studierte Politologie, Germanistik und Publizistik an der Freien Universität Berlin und wurde dort 2001 am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaften promoviert. In ihrer Dissertation „Im Umgang mit der Macht“ analysierte sie Strategien individueller Selbstbehauptung gegenüber einem autoritären Staat. Anschließend war sie als Lehrbeauftragte an der FU Berlin und freie Lektorin tätig. Gegenwärtig arbeitet Angela Borgwardt als wissenschaftliche Publizistin, Redakteurin und Moderatorin für verschiedene Verlage (u. a. Suhrkamp, Akademie Verlag) und Stiftungen (u. a. Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsche Kinder- und Jugendstiftung). Sie ist Mitautorin einer Reihe von Politik-Lehrbüchern (Duden Paetec Verlag), verantwortlich insbesondere für die Bereiche politische Theorie und gesellschaftliche Entwicklung. Aktuelle Arbeitsschwerpunkte sind Machtanalyse und Konfliktforschung, die Auswirkungen des sozialen Wandels, Bildungs- und Hochschulpolitik sowie das Spannungsverhältnis von Kultur/Kunst und Politik.



IMPRESSUM

HERAUSGEGEBEN VON DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

FRANZISKA RICHTER
HELLA DUNGER-LÖPER
GUNNAR GRÄF

Forum Berlin, Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin

REDAKTIONELLE BETREUUNG:
Franziska Richter und Dr. Angela Borgwardt

LAYOUT: Onlab

DRUCK: Druckerei Brandt GmbH, Bonn

ISBN: 978-3-86498-118-0



DENKWERKSTATT „POLITIK UND VERTRAUEN“

ISBN: 978-3-86498-118-0

VERTRAUEN DURCH MEHR BETEILIGUNG

VERTRAUEN IN EUROPA

PROJEKT

GESELLSCHAFTLICHE INTEGRATION